

**Hochschule Düsseldorf**

Fachbereich 06: Sozial und Kulturwissenschaften

Bachelor of Arts: Sozialarbeit/Sozialpädagogik

SS 2020

Prüfer\*innen: 1. Dipl.-Soz. Arb. Alexander Flohé

2. Prof. Dr. Lilo Schmitz

# **Geschichte und Entwicklung von Hausbesetzungen in Deutschland**

Düsseldorf, 14.07.2020

**Bachelorthesis vorgelegt von:**

Niclas Lansing

Matr.-Nr.: XXXXXXXXXX

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 3
2. Stadtentwicklung	S. 5
2.1 Industrialisierung bis zum zweiten Weltkrieg	S. 5
2.2 Entwicklung ab dem zweiten Weltkrieg	S. 6
2.3 Aktuelle Entwicklungen	S. 7
2.3.1 Gentrifizierung / „Recht auf Stadt“	S. 8
2.3.2 „Stadt als Marke“	S. 9
3. Recht auf Wohnen	S. 10
4. Geschichte der Hausbesetzungen in Deutschland	S. 13
4.1 Frankfurter Westend	S. 13
4.2 Westberlin Anfang der 1980er	S. 15
4.3 Hafenstraße Hamburg	S. 20
4.4 Kiefernstraße Düsseldorf	S. 25
4.5 Mainzer Straße (Ost-)Berlin	S. 31
5. Aktuelle Entwicklungen	S. 34
5.1 Gängeviertel Hamburg	S. 35
5.2 Zülpicher Straße 290 Köln	S. 42
5.3 Rathausgasse 6 L!Z Bonn	S. 46
5.4 Elster Köln	S. 48
5.5 Zentrale Münster	S. 52
6. Fazit	S. 54
Literaturverzeichnis	S. 57
Anhang	S. I
Persönliche Erklärung	S. II

## 1. Einleitung

Die Besetzung von Häusern geschieht aus unterschiedlichen Gründen und aus unterschiedlicher Motivation. Oftmals sind es mehrere Gründe gleichzeitig sich die Gründe, die zur Besetzung führen. Charakteristisch ist die klare Hervorhebung des politischen Charakters als Ablehnung und Protest gegen die herrschenden „Norm- und Wertevorstellungen“ (amantine, 2012, S. 10). Besetzungen entstehen aus „Protest gegen kapitalistische und staatliche Wohnungspolitik [...], als Strategie im politischen Kampf gegen existierende Herrschaftsverhältnisse und Machtstrukturen [...], zur Schaffung von Freiräumen für Kultur-, Kommunikations-, Stadtteil-, Jugend- oder FrauenLesben Zentren und Häusern [...], zur Realisierung alternativer und Kommuneartiger Lebens und Arbeitsformen“ (amantine, 2011, S. 13) und/oder „wegen Obdachlosigkeit oder weil das Anmieten von Wohnraum finanziell kaum möglich erscheint“ (ebd, S. 14).

Im Laufe der Jahre gab es deutschlandweit vermutlich weit mehr als 1000 besetzte Häuser. Sehr viele Städte haben ihre eigene Geschichte der Hausbesetzungen vorzuweisen. Hochburgen sind vor allem Großstädte, doch auch in kleineren Orten bildete sich eine Jugendzentrumsbewegung aus, welche auch Besetzungen durchführte bzw. aus welcher auch Besetzungen entstanden (amantine, 2012, S. 11 f.). Die Zusammensetzung der Hausbesetzer\*innen ist folglich heterogen. Viele Besetzungen werden durch Arbeiter\*innen, Schüler\*innen, Student\*innen, Menschen aus Zusammenhängen der Frauen-, Lesben- und Schwulenbewegung, sowie Punks und Autonome getragen (amantine, 2012, S. 32 ff.).

Gesetzlich stellt die Besetzung von Häusern nach §129a Strafgesetzbuch Hausfriedensbruch dar. Weitere Straftatbestände können je nach Umgang mit dem besetzten Gebäude beispielsweise durch Sachbeschädigungen nach §303 Strafgesetzbuch oder durch Widerstand bei der Räumung nach §113 Strafgesetzbuch hinzukommen (Rote Hilfe Ortsgruppe Frankfurt, 2013). In einigen Fällen werden diese Verfahren allerdings eingestellt oder es kommt zu Freisprüchen (vgl. Küchenhoff et al., 1982, S. 157 ff.; Katzmarik, 2016).

Eine Zusammenfassung der Ziele und Geschehnisse aktueller Hausbesetzungen ist im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs nicht zu finden. Anhand ausgewählter Beispiele möchte diese Arbeit eine Vergleichbarkeit zwischen aktuellen und historischen Hausbesetzungen ermöglichen. Hierzu werden Ziele und Motivationen von Besetzer\*innen dargestellt, die durch unterschiedliche Herangehensweisen der Besetzer\*innen oder durch verschiedene Reaktionen der Politik oder der Polizei zu divergierenden Ergebnissen führten.

Die vorliegende Arbeit nähert sich diesem Thema, indem sie eine Einführung in die Stadtentwicklung Deutschlands leistet und das Recht auf Wohnen erläutert. Im weiteren

Verlauf wird ein Überblick über bedeutende Ereignisse in der Geschichte der Hausbesetzungen in Deutschland sowie ausgewählte gegenwärtige Beispiele gegeben. Dadurch ergibt sich folgende Gliederung:

In Kapitel 2. wird der Versuch unternommen, die Entwicklung der Stadt seit der Industrialisierung nachzuzeichnen.

Das Recht auf Wohnen, erstmalig in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert, wird in Kapitel 3. näher erläutert. Hierbei werden auch Probleme Deutschlands bei der Einhaltung analysiert.

Kapitel 4. stellt die Geschichte von Hausbesetzungen zusammenfassend vor. Dabei wird die Bewegung anhand von drei Hochphasen skizziert. Kapitel 4.1 betrachtet den Beginn der Hausbesetzungsbewegung und ihre erste Hochphase, ausgehend von der Eppsteinerstraße 47 im Frankfurter Westend. In den Kapiteln 4.2 bis 4.4 wird die zweite Hochphase durch die Entwicklungen in Westberlin Anfang der 1980er Jahre und den Beginn der autonomen Bewegung sowie die beiden bis heute in legaler Form existierenden Beispiele der Hafensstraße in Hamburg und der Kiefernstraße in Düsseldorf nachgezeichnet. Der geschichtliche Abschluss einer breiteren Besetzer\*innenbewegung wird in Kapitel 4.5 anhand der Besetzung sowie der Räumung der Mainzer Straße in Berlin gesetzt. Die Beispiele wurden auf Grund ihrer historischen Bedeutung gewählt und stellen nur einen Ausschnitt einer breiten, heterogenen Bewegung dar.

In Kapitel 5. werden fünf aktuelle Hausbesetzungen durch ihre Ziele, Motivationen, Herangehensweisen und Forderungen exemplarisch vorgestellt. Als Beispiele werden hierfür die erfolgreichen Besetzungen des Hamburger Gängeviertels und der Zülpicher Straße 290 in Köln sowie die gescheiterten Besetzungen der Rathausgasse 6 in Bonn, der Vogelsangerstraße 230 in Köln und der Zentrale in Münster herangezogen. Aufgrund der hohen Anzahl weiterer Beispiele gescheiterter Besetzungen wurden bewusst mehr geräumte als erfolgreiche Beispiele ausgewählt. Die Auswahl der Beispiele fand aufgrund ihrer Bedeutung, ihrer Aktualität und der Dauer ihres Bestehens statt. Zwar lassen sich weitere, auch aktuellere Beispiele finden, durch die zeitnahen Räumungen der meisten Besetzungen wäre die Zusammenfassung allerdings auf die Darstellung der Ziele beschränkt. Auch können Besetzungen, welche weitestgehend außerhalb des Blickfelds der Öffentlichkeit durchgeführt werden, durch die fehlende Zugänglichkeit von Informationen nicht vorgestellt werden.

Auch in den Zeiten zwischen und nach den betrachteten Besetzungen fanden immer wieder Besetzungen statt. Aufgrund der Vielzahl der Besetzungen und des eingeschränkten Umfangs dieser Arbeit kann nicht auf alle Besetzungen eingegangen werden. Die

beschriebenen Besetzungen bilden nur einen Teilausschnitt einer breiten, vielfältigen Bewegung ab, die zu anderen Zeiten und in anderen Städten ebenfalls in Erscheinung trat. In der vorliegenden Arbeit werden nur die Ziele, Motivationen und Mittel sowie eine kurze Geschichte der als Beispiel ausgewählten Besetzungen dargelegt. Die historischen Vorläufer wie die Freistadt Barracia 1872 oder die Mietstreiks in den 1920er und 1930er Jahren finden ebenfalls aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit keine Beachtung.

Aufgrund fehlender wissenschaftlicher Arbeiten zu den ausgewählten Beispielen musste in vielen Fällen auf graue Literatur zurückgegriffen werden. Durch die oftmals auf ein Minimum reduzierte mediale Berichterstattung muss allem voran in Kapitel 5 in vielen Beispielen hauptsächlich auf die von den Besetzer\*innen zur Verfügung gestellten Informationen zurückgegriffen werden. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Schließungen von Bibliotheken und Archiven erschwerten die Suche nach geeigneten Quellen zusätzlich.

## **2. Stadtentwicklung**

Das uns heute als Stadt bekannte, geprägt durch Architektur, Verkehrsinfrastruktur, Grünflächen, Gewerbegebiete, Wohnquartiere und vieles weiteres, wurde beeinflusst durch einen radikalen Wandel seit der Industrialisierung, insbesondere nach dem 2. Weltkrieg. Weltweit änderte sich das Stadtbild in den vergangenen 60 Jahren tiefgreifend. Der Wandel unterscheidet sich je nach Physiognomie, demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen und sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen (Bähr & Jürgens, 2005, S. 7). Im folgenden Kapitel soll ein kurzer Überblick über die Entwicklung deutscher Städte seit der Industrialisierung gegeben werden. Ähnliche Rahmenbedingungen lassen eine Vergleichbarkeit zwar zu, dennoch kommt es zu spezifischen Unterschieden.

### **2.1 Industrialisierung bis zum zweiten Weltkrieg**

Im Zuge der Industrialisierung änderte sich auch das Stadtbild grundsätzlich. Rasantes Bevölkerungswachstum, Fortschritt in der Landwirtschaft sowie neue Produktionsstätten in den Städten führten zu einer Binnenwanderung vornehmlich junger Männer auf der Suche nach Arbeit vom Land in die Stadt. Die räumlichen und wirtschaftlichen Umstrukturierungen führten auch zu gesellschaftlichen Veränderungen innerhalb der Städte (Häußermann & Siebel, 2004, S. 19 f.). Die ehemaligen Landbewohner passten ihre Lebensweisen an die neuen Bedingungen in der Stadt an. Die Veränderung des Alltags betrafen allem voran die Trennung von Wohnen und Arbeiten und die Umstellung auf einen neuen

Versorgungsapparat. Bedürfnisse konnten jetzt durch den Kauf von Gütern und Dienstleistungen sowie die Inanspruchnahme der öffentlichen Infrastruktur erfüllt werden. Die früheren Abhängigkeiten von Familie und Dorfgemeinschaft wurde durch gesteigerte Individualisierung ersetzt (Häußermann et al., 2008, S. 27 f.). Das Leben in der Stadt wurde geprägt durch das Bild individueller Freiheiten und Lebenschancen, welches im Zeitraum von 1860 bis 1925 deutschlandweit circa 22-25 Millionen Menschen verfolgten (Häußermann & Siebel, 2004, S. 21).

Die Entstehung des Industrieproletariats auf der einen Seite und des Bürgertums auf der anderen ließ sich auch im Stadtbild beobachten. Das industrielle Stadtbild war geprägt durch funktionale und residentielle Segregation. In den peripher gelegenen Arbeiterwohnsiedlungen nahe den Produktionsstätten kam es zu einer erhöhten Umweltbelastung sowie einer hohen Bau- und Einwohnerdichte. Dementsprechend waren die Wohnverhältnisse sehr schlecht (ebd. S. 25 f.). Zum Ende des 19. Jahrhunderts und Beginn des 20. Jahrhundert wurde der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und die Erweiterung des Stadtgebiets zur Schaffung neuer Wohngebiete und zur Entzerrung der bisherigen Wohngebiete vorangetrieben (Becker, 2014, S. 37).

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen begannen die ersten Genossenschaften und kommunalen Wohnungsgesellschaften mit dem Bau von Großsiedlungen in bisher wenig bebauten, grüneren Gegenden, um dort neue Formen des Wohnungsbaus zu etablieren, in denen zum Beispiel auf die Durchflutung der Räume mit Luft und Licht geachtet wurde. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde dann erneut mehr Wert auf durch Neoklassizismus geprägte Stadtzentren und den Ausbau traditioneller Wohnformen gelegt (Rüthers, 2018).

## **2.2 Entwicklung ab dem zweiten Weltkrieg**

Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg orientierte sich an den bisherigen, historischen Aufbau der Stadt. Die große Wohnungsnot durch Zerstörung und Flucht führte zum Versuch der Erhaltung der nicht zerstörten Wohnungen, dem Wiederaufbau zerstörter Wohnungen und komplettem Neubau. Der Bau neuer Wohnungen richtete sich nach den Prinzipien der Charta von Athen. In dieser ist die weitestgehende Trennung von Arbeit, Wohnen, Verkehr sowie Erholung beschrieben. Der Wohnungsbau fand dezentral im suburbanen Raum statt, der Weg in die Stadt wird mit dem Auto zurückgelegt (Becker, 2014, S. 37). Dies geschah auch durch die Erfahrungen mit flächendeckender Zerstörung im Zweiten Weltkrieg.

Auch die Aufgaben und Spezialisierungen einzelner Städte wurden dezentraler verteilt. So wurden nicht mehr alle Aufgaben gebündelt in Berlin untergebracht, es fand in unterschiedlichen Städten eine Spezialisierung auf einen Bereich statt. Köln spezialisierte sich beispielsweise auf das Versicherungswesen, Hamburg auf den Handel und in Bonn wurden die politischen Belange geregelt (Rüthers, 2018).

Das städtebauliche Leitbild in den Jahren zwischen 1950-1970 richtete sich auf den Aufbau einer autogerechten Stadt aus. In den Innenstädten wurde die Ausrichtung auf den Konsum vorangetrieben. Zur Konsumteilhabe der suburbanen Bevölkerung war der Ausbau von Straßen und Parkplatzflächen notwendig. In den 1960er Jahren wurden die Zentren neu geplant und modernisiert. Das Wunschbild der meisten Familien mit Kindern war ein Eigenheim im Grünen (Strubelt, 2000, S. 227 f.). Anders als in der DDR waren Großsiedlungen in der BRD zumeist nur noch Unterkünfte für schlechter Verdienende. Den zentralgelegenen Altbaubestand bewohnten in dieser Zeit hauptsächlich Gastarbeitende prekär Beschäftigte und Studierende. Viele der Altbauten waren durch flächendeckende Sanierungen oder Abriss bedroht (Rüthers, 2018).

Ein Umdenken fand im Anschluss an die Ölkrise des Jahres 1973 statt. In der Bevölkerung entwickelte sich ein neues ökologisches Bewusstsein und es regte sich Kritik an der Fokussierung auf die autogerechte Stadt und den damit verbundenen weiteren Straßenausbau. Im Zuge dessen wurden immer mehr Innenstädte für den Autoverkehr gesperrt, Fußgängerzonen entstanden und der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel wurde erweitert (ebd.).

### **2.3 Aktuelle Entwicklungen**

Die Zentralisierung von Arbeit, Freizeit und Wohnen an einem Ort erfreute sich in den Jahren nach 1980 neuer Beliebtheit. Vorangetrieben durch die De-Industrialisierung und den Wegzug der Industrie in Länder, in denen die Produktionskosten niedriger waren, sowie den Ausbau des Dienstleistungssektors, fand eine Reurbanisierung der Zentren statt (Strubelt, 2000, S. 228 f.). Die gesteigerte Attraktivität der Zentren und der Trend zum Wohnen in der Stadt führte zur Verdrängung der bisherigen Mieter\*innenschichten, welche im Kapitel 2.3.1 genauer untersucht wird. Städte traten vermehrt in Konkurrenz um Tourist\*innen und global agierende Unternehmen. Die Stadt als Marke wird im Kapitel 2.3.2 näher erläutert.

Massenweiser Leerstand war in den Städten der DDR nach dem Fall der Mauer, durch den Abzug junger Menschen in den Westen und die verspätete De-Industrialisierung erst nach der Wiedervereinigung, zu verzeichnen. Die Großsiedlungen wurden seit den 1990er Jahren

teilweise saniert oder abgerissen. Seit einigen Jahren kommt es jedoch auch hier teilweise zum Fehlen von Wohnraum und vermehrter Gentrifizierung (Rüthers, 2018).

Eine neue politische Brisanz erfuhr die Frage nach bezahlbarem Wohnraum durch den gestiegenen Zuzug Geflüchteter seit dem Jahr 2015 (Rüthers, 2018).

### **2.3.1 Gentrifizierung / „Recht auf Stadt“**

Gentrifizierung beschreibt den „Austausch von statusniederen durch statushöhere Bewohner\_innen, die bauliche Aufwertung und ökonomische Inwertsetzung des Stadtteils sowie die umfassende Veränderung des Nachbarschaftcharakters“ (Kennedy & Leonard, 2001, zitiert nach Holm, 2010, S. 7). Dabei handelt es sich auch immer um die Verdrängung der statusniederen Bewohner\*innen. Dieser Prozess kann sowohl marktgesteuert als auch staatlich initiiert sein (Holm, 2010, S. 9 ff.).

In der wissenschaftlichen Theorie wird Gentrifizierung zumeist marktgesteuert betrachtet und in vier Phasen eingeteilt. In der ersten Phase ziehen sogenannte Pionier\*innen, die noch nicht über wirkliche ökonomischen Mittel verfügen, aber ihre eigenen Vorstellungen von Leben in einen Stadtteil einbringen und dadurch das Bild des Stadtteils verändern, in die Gegend ein. Dies geschieht zum Beispiel durch die Einrichtung von Veranstaltungsräumen und Szenekneipen (Holm, 2010, S. 9). Angezogen durch die gesteigerte Attraktivität des Stadtteils umfasst die zweite Phase den Zuzug weiterer Pionier\*innen und der ersten Gentrifizierer\*innen, etwa statushöhere Paare mit höherem Bildungsgrad und Einkommen. Dies führt zu einem gesteigerten Interesse wirtschaftlicher Akteur\*innen und ersten Investitionen und Modernisierungen im Stadtteil und in diesem Zuge ersten Mietsteigerungen. Bereits zu diesem Zeitpunkt müssen die ersten alteingesessenen Mieter\*innen aufgrund der gestiegenen Mieten ihre Wohnungen verlassen. Die dritte Phase ist geprägt vom Zuzug weiterer Gentrifizierer\*innen und den ersten Problemen zwischen Pionier\*innen und Gentrifizierer\*innen. Durch den Zuzug der Gentrifizierer\*innen ändert sich erneut das Stadtbild des Stadtteils, neue Geschäfte mit neuen Angeboten und gestiegenen Preisen eröffnen und die Modernisierungen schreiten voran. Mietsteigerungen und die teilweise Abwanderung der Pionier\*innen der ersten Phase, sei es aufgrund der gestiegenen Mieten oder der Veränderung des Charakters des Viertels durch die Schließung der Geschäfte und Orte der ersten Phase, sind die Folge. Immobilien innerhalb des Stadtteils erfahren einen Wertgewinn und Eigentümerwechsel von Einzeleigentümer\*innen hin zu Immobiliengesellschaften werden vollzogen. In der vierten Phase wird der Stadtteil durch noch statushöhere Gentrifizierer\*innen geprägt. Der Zuzug noch zahlungskräftigerer

Bewohner\*innen führt zu einem weiteren Anstieg der Mieten, weitere Teile der Bewohner\*innen aus den ersten drei Phasen sind wirtschaftlich nicht mehr in der Lage die Kosten des Wohnraums zu tragen und müssen den Stadtteil verlassen (Friedrichs, 1996, S. 17 ff.). Die Dauer und der Umfang dieser Prozesse variieren in der Praxis sehr stark und es kann auch über einen längeren Zeitraum in einem Stadtteil zu der Bewohnung durch unterschiedliche soziale Schichten kommen (Kronauer, 2018).

Besonders betroffen von Gentrifizierung sind einkommensschwache Haushalte. Durch immer weiter steigende Mieten und die Verknappung des für sie bezahlbaren Wohnraums sind sie gezwungen den Stadtteil zu verlassen, der ihren bisherigen Lebensmittelpunkt bildete. Fehlende staatliche Investitionen oder der Verkauf städtischer Immobilien führen zu einer weiteren Verschärfung des Problems (Friedrichs, 2000, S. 66). Unter dem Motto Recht auf Stadt, aufbauend auf dem Konzept des Stadtforschers Henri Lefebvre aus dem Jahr 1968, haben sich in Hamburg 2009 Gruppen und Initiativen unterschiedlicher Spektren zusammengefunden, um sich gemeinsam gegen Gentrifizierung und die Verdrängung statusniederer Bewohner\*innen zu organisieren. In weiteren Städten wehren sich Initiativen unter Bezugnahme auf das Recht auf Stadt zum Beispiel gegen Privatisierungen oder Alkohol- und Aufenthaltsverbote (Holm, 2010, S. 75).

### 2.3.2 „Stadt als Marke“

Durch die gesteigerte Bedeutung wissensbasierter Ökonomien stehen Städte immer mehr in Konkurrenz zueinander um für hochqualifizierte Arbeitskräfte als Lebensstandort von Interesse zu sein. Die Stadtentwicklungspolitik richtet ihren Fokus immer weiter auf die Relevanz der Stadt für diese Arbeitskräfte im Wettbewerb mit anderen Städten. Die Qualifikationen von Arbeitskräften innerhalb einer Stadt spielen auch bei Unternehmensgründen eine entscheidende Rolle (Häußermann et al., 2008, S. 249). Durch den Zuzug dieser Klientel in eine Stadt verbinden sich noch weitere Elemente. Häufig verfügen sie durch ein höheres Einkommen über gesteigerte Kaufkraft und können dadurch zu einer Stärkung der lokalen Ökonomie beitragen. Des Weiteren entsteht das Interesse der Kommunen an dieser Klientel durch die Aussicht auf die Beteiligung an der zu erwartenden erhöhten Einkommenssteuer (Krätke, 1995, S. 234). Der Bestand weicher Faktoren gilt dabei als eine der entscheidenden Anziehungsfaktoren, die das Interesse dieses zahlungskräftigen Milieus an der Stadt ausmachen. Stadtentwicklungspolitisch wird dabei vor allem in den folgenden von Gaebe benannten Handlungsfeldern Einfluss ausgeübt: „Viele Städte in hochentwickelten Ländern versuchen durch Events, z.B. kulturelle oder sportliche

Großereignisse, Festivals, bauliche Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstadt und neue Grünflächen die Attraktivität für Bewohner, Besucher und Unternehmen zu verbessern, [...]. Durch Passagen, Arkaden und Galerien, gestaltete Höfe und Plätze, Fußgänger- und verkehrsberuhigte Zonen, kulturelle Einrichtungen und eine gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln werden Aufenthaltsqualität und Versorgungs- und Freizeitangebote verbessert“ (Gaebe, 2004, S. 167). Nicht nur der Durchführung dieser Projekte kommt dabei eine Rolle zu, sondern auch die Außendarstellung und die Werbung für diese Events spielen für das Image einer Stadt eine entscheidende Rolle. Durch das von einer Stadt in unterschiedlichen Bereichen aufgebaute Image lässt sich ihre Konkurrenzfähigkeit bestimmen (Krätke, 1995, S. 247). Dies führt zu der immer weiteren Verbreitung gezielter Stadtmarketingkonzepte zur Herausstellung der Stärken der Stadt. Die Stadt wird im allgemeinen Sprachgebrauch und in ihrer Organisation immer mehr wie ein privates Unternehmen behandelt. Das vom Hamburger Oberbürgermeister Klaus von Dohnanyi 1983 ausgerufene „Unternehmen Hamburg“ kann als bekanntes Beispiel genannt werden. Ziel war es die Wirtschaftsfreundlichkeit des Standorts darzustellen, um zu einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit beizutragen (Altrock & Schubert, 2004, S. 12).

### **3. Recht auf Wohnen**

Die Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 regelt in Artikel 25 Absatz 1 „das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl“. Dieses Recht umfasst auch explizit das Recht auf Wohnen (Artikel 25 Absatz 1 AEMR). Im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) aus dem Jahr 1966 ist dieses Recht in Artikel 11 Absatz 1 erneut aufgenommen. Dieser Artikel verpflichtet die unterzeichnenden Staaten weitergehend „geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten“ (Artikel 11 Absatz 1 UN-Sozialpakt), zu unternehmen. Deutschland ratifizierte diesen Pakt 1973 und 1976 trat er in Kraft.

Eine genauere Definition des Menschenrechts auf Wohnen liefert der zur Kontrolle der Umsetzung zuständige UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die UN-Sonderberichterstattung über angemessenes Wohnen als Bestandteil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard und das Recht auf Nichtdiskriminierung in diesem Zusammenhang.

Demnach umfasst dieses Recht in Sicherheit, Frieden und Würde zu wohnen. Das Wohnen muss vor staatlichen und privaten willkürlichen Räumungen, Zerstörungen und Eingriffen in das Privatleben geschützt werden. Spekulationen mit Wohnraum müssen

unterbunden werden. Der Wohnort muss frei gewählt und verändert werden können. Jedem Menschen muss gleichermaßen, frei von Diskriminierung, das Recht auf Wohnen zugesprochen werden und es muss das Recht der Teilhabe in Entscheidungen über die Wohnungsangelegenheiten auf regionaler und nationaler Ebene gegeben werden. Der Wohnraum muss den Schutz der Gesundheit und Sicherheit gewährleisten, Umweltrisiken fernhalten und der kulturellen Vielfalt Sorge tragen. Die Versorgung mit benötigter Infrastruktur, zum Beispiel Trinkwasser, Strom, Krankenversorgung oder Schulen, muss zu einem Preis gegeben sein, der andere Grundbedürfnisse nicht einschränkt. Die Pflichten des Staates umfassen nicht die Bereitstellung der Verfügbarkeit von Wohnraum für die gesamte Bevölkerung. Allerdings hat der Staat dafür Sorge zu tragen die Voraussetzungen zu schaffen, in denen geschützter Wohnraum, ob privat oder staatlich, diskriminierungsfrei für alle zur Verfügung gestellt werden kann (UN Office of the High Commissioner for Human Rights, 2009, S. 3 ff).

Die Verankerung des Rechtes auf Wohnen im deutschen Grundgesetz blieb bisher aus. Alle bisherigen Versuche der Aufnahme scheiterten. Zuletzt forderte die Bundestagsfraktion Die Linke im Januar 2017 eine Änderung des Grundgesetzes und die Aufnahme sozialer Grundrechte in das Grundgesetz (Deutscher Bundestag, 2017a). In Artikel 3b formulierten sie das Recht auf Wohnen wie folgt:

„(1)Jeder Mensch hat das Recht auf eine menschenwürdige und diskriminierungsfrei zugängliche Wohnung und auf Versorgung mit Wasser und Energie. Die Miete muss einkommensgerecht sein.

(2)Der Staat sorgt für Mieterschutz und gleicht Miet- und Wohnbelastungen aus. Er sichert den Zugang zu Wasser und Energie.

(3)Die Räumung von Wohnraum ist unzulässig, wenn kein zumutbarer Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt wird.“ (Deutscher Bundestag, 2017b).

Im Mai 2017 lehnte der Bundestag diese Gesetzesänderung ab (Deutscher Bundestag, 2017c).

Der Staat hat dennoch durch „Menschenwürdegarantie in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des GG“ (Krennerich, 2018) die Verpflichtung dafür Sorge zu tragen „die Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein“ (ebd.) zu gewährleisten. Dies schließt das Wohnen ein. In weiteren Gesetzbüchern, wie dem Sozialgesetzbuch, dem Mietrecht, dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz oder den Polizei- und Ordnungsrechten der Bundesländer, findet die Verankerung unterschiedlicher Schutz und Anspruchsrechte statt. Ein individuell einklagbares Recht auf Wohnen ist aber nicht zu finden und über den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ist in Deutschland keine individuelle Klage auf das Recht auf Wohnen möglich (ebd.).

Probleme bei der Einhaltung von Artikel 11 des UN-Sozialpakts sind an unterschiedlichen Faktoren zu erkennen. Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. waren im Verlauf des Jahres 2018 circa 678.000 Menschen ohne eigene Wohnung, davon lebten circa 41.000 Menschen im Verlauf des Jahres auf der Straße (BAG Wohnungslosenhilfe e. V., 2018). Steigende Mieten und fehlender günstiger Wohnraum, allen voran in Ballungsgebieten, führen zu einer weiteren Verschärfung des Problems. Statusniedere Personen sind gezwungen einen erhöhten Teil ihres Einkommens für Wohnen aufzubringen. Dies führt zu der Vernachlässigung anderer Grundbedürfnisse. Dem Staat ist dem UN-Sozialpakt zufolge nicht die Art und Weise der Zugänglichmachung bezahlbaren Wohnraums vorgeschrieben. Es besteht jedoch eine staatliche Pflicht hinsichtlich der Schaffung von Bedingungen für bezahlbaren Wohnraum (vgl. UN Office of the High Commissioner for Human Rights, 2009, S. 29 ff.). Des Weiteren muss der „Schutz vor Mietwucher und Mietpreisanstiegen“ (Krennerich, 2018) staatlich gewährleistet werden.

In den meisten Fällen sind Zwangsräumungen in Deutschland mit dem Menschenrecht auf Wohnraum vereinbar. Probleme ergeben sich durch erfolglose Suchen nach bezahlbarem Wohnraum im Anschluss an eine Zwangsräumung. In diesen Fällen müsste der Staat alle Möglichkeiten ausschöpfen eine Zwangsräumung zu verhindern oder von Zwangsräumungen Betroffenen Hilfe und Unterstützungen zur Verfügung stellen, um die Sicherstellung der Unterbringung zu gewährleisten. Mögliche Herangehensweisen könnten die Zahlung von Mietschulden oder die Erhöhung des Wohngelds, zur präventiven Verhinderung der Entstehung von Mietschulden, darstellen (ebd.)

Ein weiteres Problem bei der Einhaltung des Rechts auf Wohnen in Deutschland besteht in dem fehlenden ausreichenden Schutz vor Diskriminierung unterschiedlichster Formen. Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ist Betroffenen ein rechtlicher Rahmen gegeben, um gerichtlich gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt vorzugehen (Artikel 21 AGG), doch deckt dieses nicht alle Diskriminierungsformen ab (Artikel 1 AGG) und es kommt weiterhin, zum Beispiel auf Grund ethnischer Zuschreibungen, zu Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt (Berner et al , 2017, S. 35).

Zusätzlich eingeschränkt ist die freie Wahl des Wohnortes durch fehlende bezahlbare barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderung oder Senior\*innen (Deutsches Institut für Menschenrechte, 2019, S. 16 ff.).

Weitere Verstöße gegen das Menschenrecht auf Wohnen sowie weitere Menschenrechte sind bei der Unterbringung von Geflüchteten in Sammelunterkünften zu erkennen. Um Verstöße in diesem Bereich zu verhindern, muss die Unterbringung von

Geflüchteten in Sammelunterkünften vermieden werden, eine grundlegende Überarbeitung der Sammelunterkünfte zur Einhaltung möglichst aller Menschenrechte stattfinden und der Schutz vor Angriffen auf Sammelunterkünfte garantiert werden (Krennerich, 2018).

#### **4. Geschichte der Hausbesetzungen in Deutschland**

Im folgenden Kapitel wird die Historie von Hausbesetzungen exemplarisch anhand ausgewählter Beispiele der drei Hochphasen dargestellt (amantine, 2012, S. 11 ff.) Für die erste Hochphase wird in Kapitel 4.1 die Hausbesetzungsgeschichte des Frankfurter Westend zusammengefasst. Die zweite Phase umfasst die im Kapitel 4.2 beschriebenen Ereignisse und Entwicklungen in Westberlin zu Beginn der 1980er Jahre sowie die erfolgreichen Besetzungen der Hamburger Hafenstraße und der Düsseldorfer Kiefernstraße in Kapitel 4.3 und 4.4 Den historischen Abschluss bildet die dritte Hochphase, repräsentiert durch das Beispiel der Besetzung und der Räumung der Mainzer Straße in Berlin im Kapitel 4.5.

##### **4.1 Frankfurter Westend**

Bereits ab dem Jahr 1965 wurde das Frankfurter Westend, in welchem sich mit dem Haus Eppsteinerstraße 47 eines der ersten besetzten Häuser der BRD befand, zum Objekt für Bodenspekulant\*innen. Diese kauften die Häuser um „mit gutem Zureden, Abfindungen oder einfachen Räumungsbefehlen die ehemaligen Bewohner aus den Häusern“ (Schulz, 1972, S. 85) zu vertreiben. Die Bewohner\*innen, die ihre Wohnungen nicht freiwillig verlassen wollten, sollten aus ihren Wohnungen vergrault werden. Diese Aufgabe sollte durch den Zuzug von Gastarbeitendenfamilien erledigt werden. Die zugezogenen Familien lebten mit vielen Personen auf kleinem Raum, was unter anderem Lärm und Dreck zur Folge hatte. Diese Umstände sollten die vorherigen Bewohner\*innen zum Auszug bewegen. In der Folge waren die Häuser außerdem überbelegt. Auch wurden keinerlei weiteren Renovierungsarbeiten durchgeführt, um einen schnelleren Verfall der Häuser zu begünstigen. Andere Häuser standen absichtlich leer und wurden dem Verfall überlassen, um eine Abrissgenehmigung für diese Häuser zu erlangen (ebd., S. 85 f.). Die weitere Vermietung der Wohnungen zu Wohnzwecken schien den neuen Eigentümer\*innen nicht mehr lukrativ genug. Bis zum endgültigen Abriss der Häuser wurden häufig noch Arbeitsmigrant\*innen zu überhöhten Mieten in den Wohnungen untergebracht. Es fand eine Verdrängung der vorherigen Bewohner\*innen weiter an den Stadtrand in riesige Trabanten-Vorstädte statt. Dadurch verringerte sich die Einwohner\*innenzahl im Frankfurter Westend zwischen 1960

und 1970 von 40.000 auf nur noch 28.000 (Rekittke & Becker, 1995, C.II.1.4.2.). Anstelle der Altbauten sollten moderne, große Hochhäuser für Firmen wie IBM, Dupont oder Brose entstehen (Schulz, 1972, S. 86).

Unter der dadurch verursachten Wohnungsnot litten allem voran Student\*innen, Gastarbeitendenfamilien und größere Familien. Sie konnten sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten. Zur Linderung der Wohnungsnot plante ein Arbeitskreis aus „Studenten, Angehörigen eines Filmkollektivs sowie Intellektuellen verschiedener Sparten“ und Sozialhelfer\*innen die Anmietung des Hauses Eppsteinerstraße 47. Die freien Wohnungen sollten den von der Wohnungsnot besonders betroffenen Gruppen angeboten werden. Der Plan scheiterte am Eigentümer. Daraufhin entschloss sich der Arbeitskreis zu praktischem Handeln. In Absprache mit den noch im Haus wohnenden Gastarbeitendenfamilien und von den Sozialhelfer\*innen ausgewählten, kinderreichen Familien, wurde das Haus am 19.09.1970 besetzt. Die noch in dem Haus wohnenden Gastarbeitendenfamilien machten bei dieser ersten erfolgreichen Besetzung in der Hoffnung mit, ihre bisherigen Wohnungen noch länger bewohnen zu können (Schulz, 1972, S. 86 f.).

Auf diese Besetzung folgten die Besetzungen weiterer Häuser unter Sympathiebekundungen der Anwohner\*innen des Stadtteils. Nach der ersten Räumung eines besetzten Hauses gingen ca. 3.000 Menschen gegen die Räumung auf die Straße. Ein weiteres Haus wurde direkt im Anschluss an die Demonstration besetzt. Trotz weiterer Räumungen durch große Polizeiaufgebote erfolgten bis zu zehn weitere Besetzungen. Darunter die erste deutschlandweite Besetzung nur von Frauen und eine Besetzung nur durch Migrant\*innen. Beide wurden allerdings umgehend wieder geräumt. Gestoppt wurden die Hausbesetzungen 1974 durch die Staatsgewalt. Nach der Räumung und direkten Zerstörung eines Häuserblocks durch 2.500 Polizist\*innen demonstrierten bis zu 10.000 Menschen gegen die Räumung und den Abriss. Dabei kam es zu „den bisher heftigsten Straßenschlachten Frankfurts. In den nächsten fünf Jahren wurde kein neues Haus besetzt“ (amantine, 2011, S. 16).

Eine besondere Rolle im Frankfurter Häuserkampf kam Migrant\*innen zu. Sie beteiligten sich nicht nur an Hausbesetzungen, sondern gingen mit dem Mietstreik einen neuen Protestweg. Unter dem Druck der besonderen Benachteiligung auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt - sie mussten in den schlechtesten Unterkünften für übertriebene Mieten wohnen - entschlossen sich Mieter\*innen aus der Ulmenstraße 20 im Jahr 1971 diese Situation nicht länger hinzunehmen. Sie traten in einen Mietstreik und kündigten an, nicht mehr als zehn Prozent ihres Lohnes für den Wohnraum zu bezahlen. Diesem Aufruf schlossen

sich bis 1972 1.500 Migrant\*innen an. Die Mietstreikbewegung endete 1973 mit einer Welle von Prozessen, von denen die Mietstreikenden ca. 90 Prozent verloren (ebd., S. 16 f.).

#### **4.2 Westberlin Anfang der 1980er**

Mit dem Beginn des Häuserkampfes Anfang der 80er Jahre in Westberlin sollte allem voran der Spekulation mit Wohnraum und der Wohnungsnot der Kampf angesagt sowie der Zerstörung von gewachsenen Kiezstrukturen entgegengewirkt werden. 1980 gab es in Westberlin ca. 80.000 Wohnungssuchende. Darunter waren 18.000 wohnungssuchende Härtefälle, die im Besitz eines Wohnberechtigungsscheins mit Dringlichkeitsstufe waren. Günstiger, für viele dieser Wohnungssuchenden bezahlbarer Wohnraum wurde in großem Maße „durch private und senatseigene Wohnungsbaugesellschaften vernichtet“ (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.1.1.). Nicht weiter vermietbare Häuser erhöhten die Chancen der Aufnahme in ein Förderungsprogramm zur Modernisierung und des Erhalts von damit verbundenen Subventionen.

Als erste Aktion, um diesem geplanten Verfall entgegen zu wirken, besetzte die Bürger\*inneninitiative (BI) „SO36“ am 03.02.1979 zwei leerstehende Wohnungen in der Görlitzer Straße 74 in Berlin Kreuzberg. In diesem Zusammenhang wurde auch erstmals der Begriff „Instandbesetzung“, das heißt eine Besetzung mit dem Ziel der Instandsetzung des Wohnraums, verwendet. Dieses Vorhaben fand großen Zuspruch in der, in weiten Teilen politisch links oder liberal ausgerichteten, Berliner Öffentlichkeit. Aufgrund der anstehenden Senatswahlen sollten politische Auseinandersetzungen vermieden werden, weshalb den Instandbesetzer\*innen bereits nach kurzer Zeit Mietverträge angeboten wurden. Des Weiteren wurden Zusagen zur Sanierung weiterer Wohnungen getroffen. Bis zum Sommer 1980 fanden, nach diesem ersten anfänglichen Erfolg, die Besetzungen von zehn weiteren Häusern unter der Beteiligung der BI „SO36“ statt. Keines dieser besetzten Häuser wurde geräumt und alle elf Häuser bildeten zusammen einen Häuserrat zur Koordinierung des gemeinsamen Vorgehens bei Aktionen und Verhandlungen mit der Stadt. Zu diesem Zeitpunkt war der Fokus weiterhin auf den Kampf gegen Spekulation mit Wohnraum und den Leerstand von Wohnungen gerichtet (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.1.2.).

In Folge der Räumung des ersten besetzten Hauses, dem Chamissoplatz 3 am 04.06.1980, erfuhr die entstandene Hausbesetzer\*innenszene eine erste, bedeutende Radikalisierung. Erstmals wurden weitergehende Forderungen, wie das gemeinsame Zusammenleben in Kommunen und der Kampf gegen Konsumterror und Unterdrückung, formuliert (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.1.3.). Hierbei deuteten sich jedoch bereits

Unterschiede zwischen den Motivationen und Forderungen der Besetzer\*innengruppen ab. Aus diesen unterschiedlichen Gruppen entstanden im weiteren Verlauf die Positionen der Verhandler\*innen und der Nichtverhandler\*innen. Das „Kerngehäuse in der Cuvrystraße kennzeichnet den einen Pol der frühen Besetzerbewegung, die Verhandler“ (AG Grauwacke, 2003, S. 38). Die zu diesem Pol gehörenden Besetzer\*innen „gehören fast ausschließlich zur „Alternativbewegung“, sind Studenten oder Leute mit Berufserfahrung, haben gute Kontakte zur kritischen Stadtteil-Bewegung“ (ebd., S. 39). Die Definition der Nichtverhandler\*innen gestaltet sich schwieriger. In den meisten Fällen waren sie keine Student\*innen und befassten sich weniger mit ihrer eigenen Vergangenheit als mit dem gegenwärtigen Kampf. Sie standen Mietvereinen und Bürger\*inneninitiativen kritisch gegenüber und wollten die Häuser nicht vordergründig instand(be)setzen. „Trotz dieser Unterschiede verbindet alle Besetzer ein Grundgefühl der Solidarität“ (ebd., S. 39).

Durch Einschreiten der Polizei wurde die Besetzung des Hauses Fraenkelufer 48 am 12.12.1980 unterbunden. Bei dieser Aktion kam es zu ersten Festnahmen von Besetzer\*innen. Durch die schnelle Verbreitung dieser Nachricht, sowie das Aufkommen weiterer Gerüchte über die Räumung eines anderen Hauses und die bevorstehende Räumung eines zweiten Hauses, erfuhr die Bewegung einen ersten, größeren Auftrieb. Die Hausbesetzer\*innenszene mobilisierte ihre Sympathisant\*innen und begann mit dem Bau von Barrikaden. Im Laufe der Nacht lieferten sich Hausbesetzer\*innen und deren Sympathisant\*innen Straßenschlachten mit der Polizei und begingen Plünderungen von Supermärkten. Das harte Einschreiten der Polizei führte bis zum 15.12.1980 zu hunderten Verletzten, 28 Haftbefehlen und 18 Gefangenen. Infolgedessen demonstrierten am 15.12.1980 3.000 Menschen für die Freilassung der Gefangenen. Dabei kam es am Ku-Damm zu weiteren Straßenschlachten zwischen Hausbesetzer\*innen und der Polizei. Viele Bank-, Kaufhaus- und Supermarktscheiben gingen zu Bruch (ohne Angabe, 1981, S. 18 ff.). Am 20.12.1980 organisierten Sympathisant\*innen der Bewegung eine weitere Großdemonstration. 15.000 Menschen nahmen unter dem Motto „Stopp der absurden Stadt- und Wohnungspolitik und die Freilassung der Gefangenen vom 12. Dezember“ (AG Grauwacke, 2003, S. 42) an dieser Demonstration teil. Versprechungen seitens der Politik zur Lösungssuche gegen den Leerstand führten zu keiner Auflösung der Bewegung. Das Gegenteil war der Fall, es kam zu neuen Hausbesetzungen und weiteren „nächtlichen Aktionen und Anschlägen“ (ebd., S. 42).

Der politische Druck den die Besetzer\*innenbewegung ausübte, zwang den Regierenden Bürgermeister Stobbe am 15.01.1981 zum Rücktritt. Sein Nachfolger als regierender Bürgermeister wurde Hans-Jochen Vogel. Dieser versuchte die Situation durch die

Verkündung der 'Berliner Linie der Vernunft' zu entschärfen. Diese neue Linie sah keine Duldung weiterer Hausbesetzungen vor. Bestehende Besetzungen sollten allerdings nur geräumt werden, falls der\*die Eigentümer\*in Strafantrag stellte und bereits konkrete Pläne für einen zügigen Baubeginn vorlegen könnte. Die von den Hausbesetzer\*innen gestellte Forderung nach einer Verlängerung der Mietpreisbindung erfüllte der Senat.

Doch auch die neue Berliner Linie sorgte nicht für den von der Politik erhofften Stillstand. Trotz erster Verurteilungen wegen schwerem Landfriedensbruch von im Dezember festgenommenen Hausbesetzer\*innen am 29.01.1981 und 04.02.1981 - die Haftzeit betrug 14 bzw. 18 Monaten ohne Bewährung (Doku-Gruppe vom Mehringhof, 1981, S. 14) - stieg die Zahl der Hausbesetzungen stetig. Zum Zeitpunkt des 07.01.1981 wurden bereits 25 besetzte Häuser in Westberlin gemeldet. Am 27.02.1981 wurde die Besetzung des 100. Haus verkündet und am 22.03.1981 waren es 123 besetzte Häuser. Auf Grund der Verurteilungen brach der Häuserrat darüber hinaus alle Gespräche mit dem Senat ab. In der Zwischenzeit kam es am 06.02.1981 zu einer zweiten, friedlichen Großdemonstration mit 15.000 Demonstrant\*innen (AG Grauwacke, 2003, S. 42 f.).

„800 Polizisten unter Einsatz von Spezialeinsatzkommandos, Panzerwagen und schwerem Räumgerät“ (ebd., S. 43) führten am 24.03.1981 die Räumung von drei besetzten Häusern, darunter das in der Zwischenzeit doch erfolgreich besetzte Haus Fraenkelufer 48, durch. Die Hausbesetzer\*innenszene fasste dies als Kampfansage auf. Zu einer weiteren Verschärfung der Lage sollte auch die von der Staatsanwaltschaft angeordnete Durchsuchung des besetzten Hauses Luckaerstraße 3 sorgen. Der vermeintliche Grund für die Durchsuchung sollten von dem Haus ausgehende Straftaten sein. Allerdings erachtete Polizeipräsident Hübner diese Durchsuchungen als nicht verhältnismäßig und weigerte sich sie durchzuführen. Rückendeckung für die Befehlsverweigerung erhielt er dabei durch den Innensenator Dahrendorf. Die Staatsanwaltschaft leitete daraufhin ein Strafverfahren gegen den Polizeipräsidenten wegen 'Strafvereitelung im Amt' ein. Am 07.04.1981 hatte der Senat endgültig das Nachsehen. Sowohl die Luckaerstraße 3, als auch andere besetzte Häuser in Kreuzberg wurden durchsucht. Dabei wurde der gesamte dort tagende Besetzer\*innenrat, bestehend aus 165 Personen, vorläufig festgenommen und Ermittlungsverfahren wegen 'Bildung einer kriminellen Vereinigung' in die Wege geleitet (Doku-Gruppe vom Mehringhof, 1981, S. 9).

Zu diesem Zeitpunkt wechselte in der Bevölkerung die Stimmung den Besetzer\*innen gegenüber. Bisher in weiten Teilen positiv aufgenommen, verloren sie immer mehr an Akzeptanz. Von der anstehenden Senatswahl erwarteten die Besetzer\*innen nichts Positives.

Aus diesem Grund wurden vor der Wahl, „solange es noch geht“ (ebd., S. 44) weitere Häuser besetzt, Demonstrationen abgehalten und nächtliche Aktionen durchgeführt. Ziel war es den geschwächten Senat weiter unter Druck zu setzen und die eigenen Ziele schnell voran zu treiben. Einer gemeinsamen Erklärung zur Folge waren die Besetzer\*innen allerdings nicht zu Verhandlungen mit dem Senat bereit, solange sich weiterhin andere Besetzer\*innen in Gefangenschaft befanden (ebd. S. 44). Dieser Erklärung zum Trotz versuchten Teile der Besetzer\*innen mit dem Senat zu verhandeln und Verträge abzuschließen, solange dieser noch zu Verhandlungen bereit war. Diskutiert wurde unter anderem über eine Treuhandgesellschaft zur Verwaltung der Häuser. Dies führte zu Streitigkeiten zwischen den unterschiedlichen Fraktionen der Hausbesetzer\*innen. Die Fraktion der Verhandler\*innen sprach sich für dieses Modell aus. Die Fraktion der Nichtverhandler\*innen sahen in den Gesprächen Verrat an der eigenen Linie, da sich immer noch Besetzer\*innen in Gefangenschaft befanden. Doch die Verhandler\*innen hatten auch bei der SPD keinen Erfolg mit ihren Plänen. Der Wahlkampf wurde kurz vor den Wahlen durch erneute Ausschreitungen auf dem Ku-Damm weiter befeuert (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.1.6).

Wie von vielen bereits erwartet, gewann die CDU die Wahlen am 10.05.1981 deutlich vor der SPD und es bildete sich ein neuer CDU-Minderheitensinat unter Richard von Weizsäcker, dem neuen Bürgermeister von Berlin. Sein Versprechen war es, die Berliner Linie seines Vorgängers konsequent fortzusetzen. Daher machte sich bei vielen Besetzer\*innen Angst um die Häuser breit. Bereits zehn Tage nach Amtsantritt des neuen Senats wurden die ersten Häuser geräumt. Eine erneute Großdemonstration zur Erreichung von Amnestie für die gefangenen Hausbesetzer\*innen zog am 25.06.1981 10.000 bis 15.000 Menschen auf die Straße. Hierbei kam es zu weiteren Ausschreitungen. Für den 12.07.1981 mobilisierten die Besetzer\*innen zu einem Besuch der Privatwohnungen der Spekulant\*innen. 6.000-8.000 Besetzer\*innen und Sympathisant\*innen folgten diesem Aufruf. Die Demonstration verlief weitestgehend friedlich und es kam zu keinen größeren Auseinandersetzungen. Für die Presse war diese Demonstration Anlass genug um die Besetzer\*innen als Chaot\*innen zu diffamieren und diese mit 'SA-Horden' zu vergleichen: „Dadurch wird ein Klima geschaffen, in dem sich der neue CDU-Sinat zum 'Retter' der Bevölkerung machen kann, indem er ankündigt, die 'rechtlosen' Zustände entschlossen zu beenden“ (ebd., C.III.1.4.1.7.).

Die am 31.07.1981 erfolgte Ankündigung weitere Häuser zu räumen führte zu weiteren Protestaktionen und der Übernahme von Patenschaften durch Berliner\*innen, unter anderem Universitätsvertreter\*innen, Lehrer\*innen und Kirchenvertreter\*innen, für die neun von der Räumung bedrohten Häuser. Die Besetzer\*innen entwickeln die Idee unter dem

Motto „TUWAT“ Aktivist\*innen von außerhalb, auch aus anderen Ländern, ab dem 25.08.1981 in Berlin zu sammeln, um für vier Wochen unterschiedliche Aktionen gegen die bevorstehenden Räumungen und die befürchtete Zerschlagung der aufgebauten Strukturen durchzuführen. Falls es zu der Räumung von Häusern kommen sollte, kündigten die Besetzer\*innen hohe Sachschäden in der Stadt an (Ermittlungsausschuss im Mehringhof, 1981, S. 8). Das größte Ereignis in diesem Zeitraum war der Besuch des US-Außenministers Haig am 13.09.1981 gegen welchen 50.000 Menschen auf die Straße gingen. Im Anschluss an diese friedliche Demonstration kam es zwischen 3.000 Aktivist\*innen und der Polizei zu schweren Auseinandersetzungen auf dem Weg zum Rathaus Schöneberg. Ansonsten blieb „TUWAT“ hinter den Erwartungen der Aufrufenden zurück, an weiteren Aktionen nahmen maximal ein paar Tausend Aktivist\*innen, statt der von den Organisator\*innen angekündigten 50.000 Aktivist\*innen, teil (AG Grauacke, 2003, S. 56).

Die Pläne für die Räumung der weiteren Häuser wurden in einer Pressekonferenz am 16.09.1981 präzisiert. Bis zum Wochenende sollten die acht betroffenen Häuser freiwillig geräumt werden, ansonsten würde nach dem Wochenende die Räumung durch die Polizei übernommen werden. Trotz aller Kritik an der bevorstehenden Räumung durch die Opposition, einer Demonstration mit 15.000 Unterstützer\*innen und vorübergehendem Einzug der Pat\*innen in die Häuser begann die Polizei am Morgen des 22.09.1981 mit der Räumung der Häuser. Gegen die Räumung der Häuser leisteten die Besetzer\*innen nur passiven Widerstand (Ermittlungsausschuss im Mehringhof, 1981, S. 17 ff.).

Nach erfolgreichen Räumungen der Häuser hielt Innensenator Lummer am Nachmittag eine Pressekonferenz auf dem Balkon des geräumten Hauses Bülowstraße 89 ab. Dies führte zur Eskalation der gesamten Situation und dem traurigen Höhepunkt der Besetzungsbewegung dieser Jahre. Der Demonstrant Klaus-Jürgen Rattay wurde von einem BVG-Bus erfasst und starb (Ermittlungsausschuss im Mehringhof, 1981, S. 26). Brutale Polizeieinsätze bei den anschließenden Mahnwachen für den Toten führten zu vielen Verletzten und 66 Festnahmen. Der Tod Klaus-Jürgen Rattays führte bei Politiker\*innen vermehrt zu der Forderung nach einer politischen Lösung. In der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg vom 07.10.1981 wurde ein vorläufiger Räumungsstopp verhängt. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits ca. 5.000 Menschen von Ermittlungsverfahren betroffen und viele davon bereits zu hohen Strafen verurteilt. Zudem kriminalisierte die Polizei zu diesem Zeitpunkt „ganz gezielt NichtverhandlerInnen und fördert damit den Zerfall“ (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.1.7).

Ende 1981 war die Häuserkampfbewegung endgültig in der Auflösung. Die

Hausbesetzer\*innen wurden aus allen Vierteln außer aus Kreuzberg geräumt. Dort wurden insgesamt 78 Häuser durch Verträge legalisiert. Die Hochphase der Hausbesetzungen in Westberlin war damit beendet (ebd., C.III.1.4.1.8.) Viele ehemalige Besetzer\*innen suchten sich andere politische Betätigungsfelder oder zogen sich ins Private zurück (AG Grauwacke, 2003, S. 84 f.).

#### **4.3 Hafensstraße Hamburg**

Die Geschichte der Besetzung um die Hamburger Hafensstraße begann Silvester 1981. Circa 20 Wohnungssuchende besetzten heimlich Wohnungen in der Hafensstraße und der Bernhard-Nocht-Straße im Hamburger Stadtteil St. Pauli (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.2.1.). Der Öffentlichkeit wurden diese stillen Besetzungen erst am 23.02.1982 bekannt. Daraufhin stellte die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA, in deren Besitz sich die Wohnungen befanden, Strafantrag gegen die Besetzer\*innen und die Polizei räumte die Wohnungen. In den darauffolgenden Tagen fanden die direkten Wiederbesetzungen der geräumten Wohnungen statt. In Gesprächen zwischen den Besetzer\*innen und Bausenator Lange kam es zu der Zusage, vorerst keine weiteren Räumungen durchführen zu lassen. Es wurde ein Gutachten über den baulichen Zustand der Häuser in Auftrag gegeben (Herrmann et al., 1987, S. 130 f.), welches den „guten baulichen Zustand aller Häuser“ (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.2.1) bescheinigte. „[D]ie anfallenden Instandsetzungskosten [würden] weit unter den Kosten von Neubauten“ (Herrmann et al., 1987, S. 131) liegen. Diesem Gutachten zum Trotz wurden im Oktober drei der zwölf Häuser aufgrund der angeblich mangelnden Bausubstanz abgerissen. Nachdem im Oktober 1982 noch die Bewilligung von Geldern für die Instandsetzung der anderen Häuser abgelehnt wurden, erhielten die Bewohner\*innen im Februar 1983 die Zusage für Gelder zur Instandsetzung (ebd. S. 133 ff.).

Auch in der Hafensstraße gab es schon früh Konflikte mit der der Polizei. Erste Wohnungsdurchsuchungen, „angeblich auf der Suche nach Sprengstoff“ (Herrmann et al., 1987, S. 132), fanden bereits am 27.09.1982 statt. Die abtransportierten Beweismittel beschränkten sich auf einige Kleinigkeiten. Für die Bild-Zeitung war dies allerdings bereits Grund genug den Besetzer\*innen den Bau von Molotow-Cocktails und Zündern zu unterstellen. Diese Diffamierungen hielten sich im Anschluss in weiteren Pressemeldungen bis in die nächsten Jahre. Am 27.02.1983 führte die Polizei im Anschluss an ein Straßenfest, bei dem es zu Auseinandersetzungen zwischen Besetzer\*innen und der Polizei kam, erneut Wohnungsdurchsuchungen durch. Hierbei wurden 31 Menschen festgenommen. Grund für die Durchsuchung war die Suche nach Molotow-Cocktails, welche allerdings nicht gefunden

wurden. In der Presse wurde anschließend berichtet, dass diese bereits im September des Vorjahres in großer Zahl gefunden wurden. Bereits früh wurde somit durch die Medien versucht Stimmung gegen die Besetzer\*innen zu erzeugen (Herrmann et al., 1987, S. 135).

Ein Ultimatum der SAGA besagte, dass bis zum Jahresende Mietverträge, mit vollständigen Namenslisten der Bewohner\*innen, abgeschlossen sein sollten, ansonsten drohe eine Räumung. Die Bewohner\*innen lehnten vollständige Namenslisten aufgrund von befürchteter polizeilicher Kontrollierbarkeit jedoch ab (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.2.2.) Am 30.11.1983 wurden Einzelmietverträge mit einer Dauer von drei Jahren abgeschlossen (Herrmann et al., 1987, S. 143).

Bis zum 800. Hafengeburtstag im Jahr 1989 sollte die vollkommene Umgestaltung des Gebiets abgeschlossen sein. Dazu hätten die besetzten Häuser abgerissen werden müssen. „Im Bezirksamt sucht man seit August [1984] nach einer „politischen Lösung“, um das Mietverhältnis vorzeitig beenden zu können“ (Herrmann et al., 1987, S. 146). Ab Januar 1985 versuchen das Bezirksamt, der Bausenator und die Polizei die Unbewohnbarkeit der Häuser festzustellen und die Räumung sowie den Abriss zu erwirken. Wenn es dafür keine anderen Möglichkeiten gäbe, sollte dies auch mit Zwang erreicht werden. Dafür wurde im März ein für die Instandsetzungsarbeiten notwendiges Gerüst der Bewohner\*innen abgebaut (Herrmann et al., 1987, S. 143). Am 28.03.1985 drangen Bauprüfer\*innen der SAGA durch die Mithilfe der Polizei in die drei angeblich nicht bewohnbaren Häuser ein, um deren Unbewohnbarkeit festzustellen. Unbewohnbarkeit konnte nicht festgestellt werden, allerdings wurden bei der Überprüfung Treppengeländer sowie Elektroinstallationen zerstört. Ab diesem Zeitpunkt durchsuchte die Polizei immer wieder, aufgrund kleinster Anschuldigungen, die Häuser in der Hafenstraße, zerstörte dabei regelmäßig Inventar und nahm Bewohner\*innen fest. Als weiterer Teil der Diffamierungsstrategie gegen die Bewohner\*innen kam im Oktober 1985 erstmalig die Behauptung durch den Verfassungsschutz auf, es befänden sich Terroristen der RAF in den Häusern der Hafenstraße und organisierten von dort aus Gewalt (Rekittke & Becker, 1995, Kap.1.4.2.3.). Im November bereiteten verschiedene Behörden für den 05.12.1985 einen Großeinsatz der Polizei gegen die Hafenstraße vor. Dieser wurde „jedoch im letzten Augenblick per einstweiliger Verfügung als rechtswidrig untersagt“ (Herrmann et al., 1987, S. 154).

Obwohl im Juni 1986 erneut die Bewohnbarkeit der Häuser festgestellt wurde, sah der Plan des Bezirksamts weiterhin einen Abriss der Häuser vor. Von den Bewohner\*innen geplante Instandsetzungsarbeiten wurden aus diesem Grund erneut mehrmals verhindert. Auch die Polizeieinsätze gegen die Bewohner\*innen und die Häuser wurden fortgesetzt. Im

August, Oktober und November 1986 kam es zu mehreren schweren Polizeieinsätzen, bei denen es immer wieder zu Verwüstungen kam.

Am 28.10.1986 wurden die ersten 13 Häuser der Hafensstraße von 500 Polizisten geräumt. Hierbei wurden Teile erneut das Inventar der Bewohner\*innen aus dem Fenster geworfen. Eine am Abend spontan durchgeführte Solidaritätsdemonstration mit über 3.000 Demonstrant\*innen wurde von der Polizei daran gehindert zu den Häusern der Hafensstraße zu gelangen. Die Antwort der Bewohner\*innen folgte direkt. Bereits am nächsten Tag kam es zu militanten Aktionen gegen die Villa des SPD-Haushaltsexperten und SAGA-Anwalts Weiland und das Altonaer Rathaus (Herrmann et al., 1987, S. 198). In den darauffolgenden Tagen wurden weitere militante Aktionen gegen Banken und Geschäfte in mehreren Hamburger Stadtteilen durchgeführt (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.2.5.).

Aber nicht nur die Bewohner\*innen kämpften für den Erhalt der Häuser. Es bildete sich zusätzlich ein breites Bündnis aus unterschiedlichen politischen Parteien und Gruppierungen, die den 'Initiativkreis für den Erhalt der Hafensstraße' gründeten. Außerdem forderten prominente Unterstützer\*innen in der Zeitung das Ende der politischen Strategie zum Abriss der Häuser der Hafensstraße. Um den Protest auch auf die Straße zu bringen, rief der Initiativkreis zu einer Solidaritätsdemonstration am 20.12.1986 für die Bewohner\*innen auf. Geteilt wurde dieser Aufruf von vielen hunderten Unterstützer\*innen; 10.000 Menschen folgten dem Aufruf. Den Bewohner\*innen gelang es „ihre politische Isolation durch eine relativ breit angelegte Bündnisarbeit bis weit in linksliberal-bürgerliche Kreise hinein, zu durchbrechen“ (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.2.5.). Bei dieser Demonstration kam es zu „schweren Auseinandersetzungen und vielen Verletzten, als die Polizei versucht, Teile der Demonstration „einschließend zu begleiten“ (Herrmann et al., 1987, S. 206). In den Medien wurde Kritik an der Polizeistrategie laut. Der brutale Polizeieinsatz sei zu diesem Zeitpunkt überzogen gewesen, sogar der vermeintlich militante Teil der Demonstration habe sich bis dahin friedlich verhalten. In den nächsten Tagen wurde es in der Stadt vorerst nicht ruhig. Weitere Anschläge auf Hamburger Kaufhäuser wurden begangen. Die von der SAGA vorgeschlagenen und von der Stadt unterstützten Pläne, die Bewohner\*innen in anderen Wohnungen unterzubringen, wurden von diesen weiterhin abgelehnt. Die Stadt wollte an ihrem Baukonzept festhalten, die Bewohner\*innen hingegen wollten weiterhin in den Häusern bleiben und diese vor dem Abriss retten (ebd., S. 206 f). Anfang Februar 1987 boten sich bekannte Hamburger Persönlichkeiten als Vermittler zwischen den Fronten an. Von den Bewohner\*innen der Häuser erhielt die Gruppe Befugnisse und Bewohner\*innen stimmten den möglichen Verhandlungen zu. Voraussetzungen dafür war der Erhalt des bisherigen

Status und der Stopp von Polizeiaktionen gegen die Häuser sowie die Bewohner\*innen. Bevor eine offizielle Antwort des Senats auf dieses Angebot herausgegeben wurde, kam es jedoch zu weiteren Begehungen geräumter Wohnungen und erneuten Polizeieinsätzen gegen Bewohner\*innen. Trotz dieser Umstände kam es Ende Februar 1987 zu einem Treffen der Gruppe mit dem Verhandlungsführer des Senats. In diesem Gespräch wurde erneut auf die Voraussetzungen verwiesen, ohne welche ein Gespräch nicht möglich sei. Da es keine Reaktion des Senats bezüglich dieser Voraussetzungen gab, wurden die Verhandlungen von Seiten der Bewohner\*innen als gescheitert erklärt. Eine friedliche Lösung rückte in immer weitere Ferne. Die Bewohner\*innen riefen zu Aktionen unterschiedlicher Gruppen an einem „Tag X“ auf. Trotz weiterer Bemühungen der Vermittler kam es im März zu erneuten Begehungen bereits geräumter Häuser unter dem Schutz der Polizei. Ausschreitungen zwischen Bewohner\*innen und der Polizei waren die Folge (ebd., S. 208 ff).

Der Senat versuchte in diesem Zeitraum die Räumungen der Häuser gerichtlich zu veranlassen und strebte Räumungsklagen gegen die Bewohner\*innen an. Der 23.04.1987 war der von den Bewohner\*innen angekündigte „Tag X“. Sympathisant\*innen und Bewohner\*innen führten demonstrative und militante Aktionen als Protest für den Erhalt der Hafensstraße durch. Die gestellten Forderungen umfassten einen Begehungsstopp der geräumten Häuser, die Aussetzung von weiteren Räumungstiteln, das Ende der Polizeipräsenz sowie die Wiederherstellung der öffentlichen Versorgung (ebd., S. 218 f.).

In der Folgezeit spitzte sich die Lage immer weiter zu. Die Bewohner\*innen begannen mit der Errichtung von Zementblöcken vor den Häusern zum Schutz vor weiteren Räumungen. Der Senat stellte den Bewohner\*innen als Antwort darauf das Ultimatum, diese Befestigungsanlagen zu beseitigen. Die Nichteinhaltung des Ultimatus würde zur Beseitigung der Anlagen durch Arbeiter\*innen unter Polizeischutz führen. Zur Vermeidung weiterer Polizeieinsätze entfernten die Bewohner\*innen die Zementblöcke wieder.

Einen erneuten Vorschlag zur Erreichung einer friedlichen Lösung unterbreiteten die Bewohner\*innen Bürgermeister von Dohnanyi am 10.07.1987. Der Plan sah den Kauf der Häuser durch Jan Phillip Reemtsma, der bereits vorher zur Gruppe der prominenten Unterstützer gehörte, vor. Nach dem Kauf wollte dieser die Häuser einer Stiftung der Bewohner\*innen übergeben (Herrmann et al., 1987, S. 230 ff.). Der Vorschlag stieß bei Bürgermeister von Dohnanyi auf keine Zustimmung und er lehnte diese mögliche Lösung ab.

Eine Neubesetzung der im Oktober 1986 geräumten Wohnungen führten die Besetzer\*innen am 19.07.1987 durch. Dies war ein weiteres Zeichen dafür, dass die Bewohner\*innen die vollständige Räumung aller besetzten Häuser in naher Zukunft für

immer wahrscheinlicher hielten. Einige prominente Unterstützer\*innen reisten zur Verhinderung der Räumung Bürgermeister von Dohnanyi in seinen Urlaubsort nach Sylt hinterher. All diese Bemühungen führten zu einer Verhinderung der Räumung. Der Bürgermeister legte den Bewohner\*innen darauf am 09.08.1987 einen ersten Vertragsentwurf vor, welchen diese akzeptierten. Durch die spätere restriktive Überarbeitung des Vertragsentwurfs, sahen sich die Bewohner\*innen jedoch gezwungen die Verträge abzulehnen. (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.2.6). Auf einem Plenum der Bewohner\*innen wurde daraufhin der Entschluss gefasst, sich gegen die bevorstehende Räumung militant zu wehren und die Häuser zu verteidigen. Eine Demonstration für den Erhalt der Hafensstraße am 31.10.1987 zog „tausende von Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet, etliche davon in schwarz, ausgerüstet mit Sturmhauben oder Helmen“ (ebd.) auf die Straße. Die Durchführung der Räumungen sollten im November 1987 6.000 Polizist\*innen aus ganz Deutschland übernehmen.

Die befürchteten Ausschreitungen und Räumungen verhinderte der Bürgermeister von Dohnanyi indem er „durch eine persönliche Garantieerklärung in letzter Minute dafür sorgt, daß die Hafensstraßen-BewohnerInnen die vor und an den Häusern errichteten Barrikaden und Befestigungen abbauen“ (Rekittke & Becker, 1995, C.III.1.4.2.6.). In der Folgezeit schloß der 'Verein Hafensstraße' Pachtverträge mit der SAGA ab. Bürgermeister von Dohnanyi trat zurück und Henning Voscherau, bekennender Gegner der Hafensstraße, wurde neuer Bürgermeister. Trotz der abgeschlossenen Verträge kam es in den nächsten drei Jahren weiterhin zu Auseinandersetzungen zwischen Bewohner\*innen mit der Stadt, der Polizei, Skinheads sowie Hooligans.

Ab Mai 1990 führten neue Ereignisse zu weiteren Diskussionen um die Besetzer\*innen der Hafensstraße. Medial wurde die Behauptung aufgestellt, unter den Anwohner\*innen befänden sich Mitglieder der RAF. Beweise dafür seien bei einer Hausdurchsuchung gefunden worden. Dies setzte erneut die Tradition der Diffamierungsstrategie der Gegner\*innen gegen die Bewohner\*innen der Hafensstraße fort und der zur „Räumung der Häuser entschlossene Teil der Hamburger Bürgerschaft [erhielt] neue 'politische Munition' (Rekittke & Becker, 1995, C.IV.1.4.2.1.). Gegen die namentlich bekannten Bewohner\*innen wurden über 100 Einzelklagen zum Erhalt eines gerichtlichen Räumungstitels eingereicht. Bereits der erste Prozess am 13.02.1992 endete mit einem Sieg von fünf Untermieter\*innen. Der neue Hamburger Verfassungsschutzchef Ernst Uhlau gab daraufhin an, dass die Hafensstraßenbewohner\*innen vorerst vor einer Räumung sicher wären.

Als sich eine erneute Niederlage der Stadt vor Gericht ankündigte, zeigten sich Teile der Hamburger SPD zu neuen Gesprächen mit den Bewohner\*innen bereit (ebd.)

Nachdem die Stadt in den folgenden Monaten gerichtliche Teilräumungsverfügungen gegen die Bewohner\*innen erreichte und Teilräumungen von der Polizei durchführen ließ, schien sich die Lage wieder zu beruhigen. Im Frühjahr 1993 wurden das erste Mal Pläne der Stadt für die Bebauung der Baulücken zwischen den Häusern der Hafensstraße mit Sozialwohnungen bekannt. Um ein eigenes Konzept für die Baulücken auszuarbeiten gründeten die Bewohner\*innen eine Genoss\*innenschaft. Sie forderten, die Häuser und Freiflächen der Genoss\*innenschaft zur Selbstverwaltung zu überlassen und stellten „[d]en Sozialwohnungs-Plänen der Stadt [...] ein Konzept entgegen“, das über den Aspekt wirklich sozialen Wohnungsbaus hinaus auch Werkstätten und Gewerberäume sowie im Viertel dringend benötigte soziale Einrichtungen vorsah (ebd.). Wenig später wurde jedoch erklärt, dass ein möglicher Gegenentwurf zur Räumung in der Privatisierung der Häuser bestünde. Dadurch wurde die genossenschaftliche Lösung letztendlich doch noch durchgesetzt (amantine, 2011, S. 29).

#### **4.4 Kiefernstraße Düsseldorf**

Auch in Düsseldorf gab es eine Hausbesetzer\*innenszene, welche sich für bezahlbaren Wohnraum und gegen Wohnungsleerstand einsetzte. Schon zu Beginn der 1970er Jahre fanden die ersten Besetzungen in Düsseldorf statt. Einen erneuten Aufschwung erhielt die Düsseldorfer Bewegung Anfang der 1980er Jahre. In diesem Zeitraum wurden viele Häuser neu besetzt, wovon die meisten innerhalb kurzer Zeit wieder geräumt wurden (Rekittke & Becker, 1995, C.III.3.).

Eine besondere Rolle in Düsseldorf hatte in diesem Zusammenhang die Aktion Wohnungsnot e.V. (AWN) inne, welcher auch einen zeitlichen Abschnitt bei den Besetzungen der Kiefernstraße begleitete. Gegründet am 11.01.1973 lag ihr Hauptanliegen in der Beschaffung von Wohnraum für Studierende. Hierzu traf sie Absprachen mit dem Düsseldorfer Liegenschaftsamt, welches ihnen Abrisshäuser bis zum endgültigen Abriss als Wohnraum überließ. Aber sie verfolgte auch weitergehende politische Ziele in Form des Erhalts von Wohnraum und dem Ende von Wohnraum als Spekulationsobjekt (ebd., C.II.3.).

Zum Verständnis, wie und warum es zu den Besetzungen der Häuser der Kiefernstraße kommt, bedarf es eines kurzen historischen Überblicks. Bis 1975 waren die Häuser für fast sieben Jahrzehnte in Besitz der Klöckner-Werke AG gewesen. Im Rahmen der Aufgabe ihrer Düsseldorfer Produktionsstätten verkaufte die Klöckner-Werke AG die Häuser an das

Düsseldorfer Liegenschaftsamt. Die Gebäude der Kiefernstraße sollten abgerissen werden. An ihrer Stelle sollte dort weiteres Gewerbe angesiedelt werden. Das Liegenschaftsamt begann direkt nach der Übernahme mit der Entmietung der Wohnungen. In den Folgejahren wechselte der Besitz 1977 zuerst an die Düsseldorfer Wohnungsbau Gesellschaft, welche die Entmietung unter anderem mit Lockprämien vorantrieb. Im Jahr 1981 wechselten die Besitzverhältnisse erneut zurück zum Düsseldorfer Liegenschaftsamt. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 100 Wohnungen entmietet worden (ebd., C.III.3.3.1).

Das Liegenschaftsamt genehmigte dem Sozialamt die Nutzung von vier Häusern der Kiefernstraße, in welchen dieses Geflüchtete unterbrachte. Vier weitere Wohnungen wurden, auch in der Hoffnung des Stopps einer neu aufkommenden Hausbesetzer\*innenszene innerhalb Düsseldorfs, der AWN angeboten (ebd., C.III.3.3.2.). 60 Personen erhielten daraufhin Nutzungsverträge, doch die Zahl der Interessent\*innen lag bei über 100 Personen. Da das Liegenschaftsamt der AWN trotz mehr benötigtem Wohnraum keine weiteren Wohnungen zur Verfügung stellen wollte, wurden am 22.09.1981 16 freie Wohnungen der Kiefernstraße von den ca. 40 nicht berücksichtigten Personen besetzt. Es wurde unverzüglich mit den nötigen Renovierungsarbeiten gestartet. Das Liegenschaftsamt setzte der AWN ein Ultimatum, sechs der Wohnungen zu räumen. Die zehn weiteren Wohnungen durften weiterhin von den Besetzer\*innenbewohnt werden. Dieser Vorschlag wurde auf einer Mitgliedervollversammlung abgelehnt. Die Besetzungen erhielten die volle Solidarität der AWN, die „bei der Umsetzung städtischer Abrisspläne nicht mehr den Handlanger der Stadt machen will“ (Bewohner\*innen Kiefernstraße, o.D.a). Das Ultimatum lief am 03.10.1981 aus. Da die Besetzer\*innen die Wohnungen nicht räumten, endete an dieser Stelle auch der Kontakt zwischen der AWN und dem Liegenschaftsamt. Vier Tage später stellte das Liegenschaftsamt Strafantrag gegen die AWN. Die Besetzer\*innen zeigten sich kämpferisch gegenüber der Stadt. Sie wollten mit dem Aufbau der Strukturen innerhalb der Straße fortfahren und den Abriss der Häuser verhindern sowie Verträge für die von ihnen besetzten und bereits in der Renovierung befindlichen Häusern erhalten (Rekittke & Becker, 1995, C.III.3.3.2.). Hierzu legten sie, unterstützt durch Mieter\*innen der Kiefernstraße und das Kommunikationszentrum ZAKK, auch Widerspruch gegen den Bebauungsplan der Stadt ein. Bis zum Jahr 1982 unternahm die Stadt vorerst nichts und die Besetzer\*innen waren mit den Renovierungsarbeiten an ihren Häusern beschäftigt (ebd., C.III.3.3.3.).

Durch das vermeintliche Ende des Häuserkampfes in Düsseldorf 1982 orientierten sich Besetzer\*innen anderer Häuser immer mehr an der Kiefernstraße. Dort wurden im Verlauf des Jahres 1982 alle Häuser mit ungeraden Hausnummern besetzt (Bewohner\*innen

Kiefernstraße, o.D.a). Die Duldung all dieser Besetzungen und der bereits im September 1981 durchgeführten Besetzungen wurde als erstes Indiz dafür gesehen, dass diese Besetzungen, mit dem Ziel einer Zentralisierung und besseren Kontrollierbarkeit der Szene, von der Stadt, für einen bestimmten Zeitraum, gewünscht waren. Weitere Indizien waren Sperrungen der Straße bei Demonstrationen durch die Polizei zum Zwecke von Ausweiskontrollen (ebd., C.III.3.3.4.).

Die Stadt beschloss im September 1982 den Abriss der Häuser auf der Seite mit ungeraden Hausnummern. Geplant war der Aufbau neuer Betriebe an Stelle der Häuser. Im März 1983 wurde dies durch den Regierungspräsidenten zugelassen. Im Jahr 1984 erließ der Oberstadtdirektor einen vorläufigen Stopp des geplanten Abrisses bis 1987. Vom geplanten Abriss der Häuser mit den ungeraden Hausnummern verabschiedet sich die Stadt im Februar 1985 (Bewohner\*innen Kiefernstraße, ohne Datum a). Nach den Kommunalwahlen im Jahr 1984 herrschten auch in der Bürgerversammlung 2, zuständig für die Kiefernstraße, neue Mehrheiten. Durch die Zustimmung von SPD, Grünen und der FDP sollte der Abriss verhindert und die Häuser der Straße erhalten werden (Direkte Aktion Wohnungsnot e.V., 1986, S. 13 ff.). Neben dem Problem ca. 1.000 Menschen in anderen Wohnungen unterzubringen, wurde bei einem Abriss der Häuser auch mit einer neuen Eskalation unter Beteiligung von Aktivist\*innen über die Stadtgrenzen hinaus und dem Aufkommen erneuter Besetzungen gerechnet. Auch wurde in der Begründung auf die bereits im Jahr 1982 vermutete Zentralisierung der Szene eingegangen. Durch den Erhalt der Häuser „*wäre eine kontinuierliche Arbeit möglich, die den ‚Krawallmachern‘ langfristig den Boden entzöge*“ (Rekittke & Becker, 1995, C.III.3.3.6.). Ziel der neuen Regierung war der Erhalt der Zentralisierung und die Entzerrung der Konflikte mit den Besetzer\*innen. Die Kiefernstraße wurde weiterhin als sozialer Brennpunkt angesehen. Durch das geballte Aufkommen als problembehaftet angesehener Bevölkerungsschichten an einem Ort sollte eine leichtere Kontrolle sich gestellt und die Lösung der angeblichen Probleme erleichtert werden. Um dies nicht zu gefährden, müsste auch auf Forderungen der Besetzer\*innen eingegangen werden. Unterstützung erhielt die Bürgerversammlung dabei auch vom Polizeipräsidenten Dr. Hans Liskens. Er forderte ebenfalls eine friedliche Lösung und sah es nicht als Aufgabe der Polizei an, die Räumung der Häuser unter allen Umständen durchzuführen (ebd., 1995, C.III.3.3.7.).

In der Kiefernstraße wohnten im Jahr 1984 ca. 200 neue Bewohner\*innen sowie ca. 800 frühere Mieter\*innen aus mehr als 40 unterschiedlichen Nationen, die schon vor den Besetzungen dort gewohnt hatten. Durch unterschiedliche Lebenserfahrungen und Ansichten im Hinblick auf die Gemeinschaft und das Zusammenleben ergaben sich dies bezügliche

Probleme (Bewohner\*innen Kiefernstraße, ohne Datum a). Viele der Bewohner\*innen der Kiefernstraße wurden von der Stadt sogenannten Problemgruppen zugerechnet (Rekittke & Becker, 1995, C.III.3.3.7.). Um dennoch ein möglichst harmonisches Zusammenleben zu erreichen organisierten die Bewohner\*innen Treffen und Gespräche sowie ein Straßenplenum, in dem alle ihre Interessen und Empfindungen zum Ausdruck bringen konnten. Es wurde hier versucht bei internen Problemen für alle gemeinsam eine akzeptable Lösung zu finden (Bewohner\*innen Kiefernstraße, ohne Datum a).

Nachdem die Bewohner\*innen und Besetzer\*innen der Kiefernstraße in den letzten Jahren weitestgehend ohne weitere Streitigkeiten mit der Stadt ihr Leben bestreiten konnten, schwoll der Konflikt im Jahr 1986 erneut an. Am Neujahrstag 1986 wurden die Häuser Nummer 7 und 9 der Kiefernstraße besetzt. Ein halbes Jahr zuvor verließen die letzten vorherigen Bewohner\*innen die Häuser. Im Anschluss daran wurden an den Häusern, um den Schein zu wahren, Renovierungsarbeiten vorgenommen. Diese Renovierungsarbeiten sollten der Verhinderung von Besetzungen dienen. Die Stadt trat in Verhandlungen mit den Besetzer\*innen und unterbreitete ihnen den Vorschlag das Haus Nummer 7 bewohnen zu dürfen, wenn sie das Haus Nummer 9 wieder aufgeben würden (Rekittke & Becker, 1995, C.III.3.3.8.). Dieser Vorschlag wurde von den Besetzer\*innen unter Verweis darauf abgelehnt, dass das „völliger Blödsinn [sei], weil wir schließlich nicht 2 Häuser besetzen, wenn wir nur ein drittel [sic!] des Wohnraums brauchen“ (Direkte Aktion Wohnungsnot e.V., 1986, S. 16). Die Schlichtung des Konfliktes scheiterte trotz Vermittlungsversuchen des Jugendamtes.

Aus internen Polizeikreisen erfuhren die Besetzer\*innen von Vorbereitungen zu Räumungen. Zum Schutz der Wohnungen wurde auf einem wenig besuchten Plenum am 24.02.1986 der Bau von Barrikaden an beiden Einfahrten zur Kiefernstraße beschlossen. Zwei Polizeistreifen wurden durch die circa 30 anwesenden Besetzer\*innen als Beginn der anstehenden Räumungen gedeutet. Zur Verhinderung der befürchteten Räumungen wurden die Polizist\*innen mit Steinen attackiert und die Barrikaden in Brand gesetzt. Ein Polizist erlitt durch einen Steinwurf eine Wunde am Kopf. Dies führte zum Rückzug der Polizei und den Abbruch der Räumungsaktion. Die Polizei und die Stadt konnten die Konsequenzen der Räumungen nicht mehr einschätzen und erklärten sich zu weiteren Verhandlungen bereit. Sie forderten die Aufgabe der militanten Haltung, um weiterhin eine friedliche Lösungsfindung voranzutreiben. Auch bei den Bewohner\*innen der Kiefernstraße traf die militante Verteidigung nicht auf ungeteilte Akzeptanz. Kritisiert wurde, dass die Konsequenzen der militanten Aktionen im weiteren Verlauf nicht nur diejenigen Treffen würden, die sie

durchführten. Einige der Bewohner\*innen waren nur an einem friedlichen Zusammenleben auf der Straße interessiert, für andere Bewohner\*innen waren die Häuser auf der Straße die Basis ihrer politischen Arbeit (Rekittke & Becker, 1995, C.III.3.3.8.). Doch die Beteiligten an den Aktionen akzeptierten die Kritik an ihren Aktionen und baten um Entschuldigung. Gerechtfertigt seien die Aktionen allerdings, da so die Räumungen verhindert wurden und die Lokalpresse die Kiefernstraße in das Licht der Öffentlichkeit rückte. Der politischere Teil der Bewohner\*innen betonte aber weiterhin, er würde trotz aller Kritik weiterhin alles ihnen Mögliche tun, um Räumungen und Abrisse zu verhindern (Direkte Aktion Wohnungsnot e.V., 1986, S. 16).

Zu einer erneuten Verschärfung der Lage führte die Verhaftung einer Bewohnerin der Kiefernstraße. Sie wurde am 02.08.1986 in Begleitung des RAF-Mitglieds Eva Hauale und einer weiteren aus Düsseldorf stammenden Person in Rüsselsheim aufgegriffen. Im Anschluss an ihre Verhaftung wurde ihre Wohnung auf der Kiefernstraße durchsucht. Hierzu sperrte die Polizei die komplette Straße ab und hielt die Überwachung der Straße bis tief in die Nacht aufrecht. Auch die Medien griffen den Vorfall auf und entwickelten daraus eine Verknüpfung der Kiefernstraße mit der RAF. Die Medien versuchten die Verbindung von RAF und Kiefernstraße auch in den folgenden Jahren immer wieder zu zeigen (Rekittke & Becker, 1995, C.III.3.3.9).

Erneut in den medialen und staatlichen Fokus geriet die Kiefernstraße in Folge des RAF-Anschlags auf Gerold von Braunmühl am 29.10.1986. Die Durchsuchung der Straße durch 800 Polizist\*innen und 15 Bundesanwält\*innen lässt die Bewohner\*innen mit einem Gefühl der Ohnmacht zurück und auch eine geplante Demonstration zur Erlangung von Aufmerksamkeit für die Situation scheiterte an diesem Zustand. Zwei weitere Festnahmen von Kiefernstraße-Bewohner\*innen im Zusammenhang mit Terrorismus-Vorwürfen im Dezember 1986 erhöhten erneut den medialen und politischen Druck (ebd.).

Die Besetzung von zwei weiteren Wohnungen am 01.01.1988 auf der anderen Straßenseite, wo bisher nur Wohnungen mit „normalen“ Mietverträgen zu finden waren, führten zu weiteren Diskussionen zwischen den Bewohner\*innen der Straße. Aus Angst vor einem Abbruch der Verhandlungen - die Stadt drohte bei weiteren Besetzungen mit der Aussetzung - wurde auf einem Straßenplenum die freiwillige Räumung der neu besetzten Wohnungen beschlossen. Bei der versuchten Räumung der Wohnungen durch die Polizei wurden diese verlassen vorgefunden (ebd., 1995, C.III.3.3.10.).

In den politischen Debatten um die Kiefernstraße verfolgte die städtische SPD-Regierung weiterhin das Ziel der Integration der Bewohner\*innen der Straße in die Stadt.

Durch die Steigerung des Interesses der Mitgestaltung sollten, die bis zu dem Zeitpunkt sich nicht integrieren wollenden Bewohner\*innen, ebenfalls zur Integration bewegt werden. Falls dies nicht passieren sollte, wünschte sich die Stadt, dass die Bewohner\*innen integrationsverweigernde Gruppen und Personen aus der Straßengemeinschaft ausschließe. Unterstützt wurde dieses Vorhaben auch von der Polizei (ebd., 1995, C.III.3.3.11.).

Um dem medialen Druck und dem immer wieder vorgetragenen Vorwurf, eine kriminelle Hochburg zu sein, entgegen zu wirken, schlossen die Bewohner\*innen der Häuser 7, 9 und 13 Ende Mai 1988 Verträge mit den Stadtwerken ab. Dadurch legalisierten sie erstmalig den bis dahin illegal beschafften Strom- und Wasserbezug und versuchten einen weiteren medialen Kritikpunkt zu entkräften, um sich in eine verbesserte Verhandlungsposition mit der Stadt zu bringen. Im Stadtrat wurde am 05.07.1988 der Erhalt der Häuser für acht bis zehn Jahre von SPD und Grünen verabschiedet. Die vorherigen Abrisspläne waren dadurch allerdings nur verschoben worden und von den Besetzer\*innen wurde der Abschluss von Verträgen erwartet. Dies führte zu einem weiteren Bruch zwischen den Bewohner\*innen, welcher unter anderem den Vorschlag der Abschaffung des Straßenplenums und die separate Verhandlungsführung aller Häuser zur Folge hatte (ebd., C.III.3.3.11.).

Die Verhaftung eines weiteren Bewohners der Kiefernstraße verfestigte die Differenzen. Der eine Teil der Bewohner\*innen stimmt ohne weitere Absprache dem Vertrag der Stadt zu, der andere Teil, der sich hauptsächlich aus Autonomen und Antiimperialisten zusammensetzte, sah die eigenen Strukturen in Gefahr und rief zu einer Solidaritätsdemonstration (Flugblatt, 1988) mit dem Gefangenen auf. An dem Tag der geplanten Demonstration überreichten Bewohner\*innen der Kiefernstraße dem Sozialdezernenten Saatkamp 40 unterschriebene Mietverträge und nahmen Abstand von der geplanten Demonstration (Rekittke & Becker, 1995, C.III.3.3.12.).

Der Wunsch der Sozialdemokraten erfüllte sich. Ende Oktober erklärten sich alle 49 weiteren Besetzer\*innen mit den Plänen der Stadt einverstanden. Am 17.11.1988 beschloss die SPD in Kooperation mit den Grünen die Verabschiedung von Mietverträgen aller 70 ehemals besetzten Wohnungen bis zum Jahr 1998 (ebd., C.III.3.3.13.). 1998 wurden diese Verträge um weitere zehn Jahre bis 2008 verlängert (Bewohner\*innen Kiefernstraße, o.D.a). Für den Zeitraum nach 2008 wurden die Verträge auf unbefristete Zeit ausgeweitet (Brook, 2013).

Der Quadratmeterpreis der Miete betrug 2,20 DM. Gezahlt werden musste diese erst, wenn alle nötigen Renovierungsarbeiten abgeschlossen waren. Auch der Auszug von

Bewohner\*innen war hierbei geregelt. Falls eine Wohnung frei werden sollte, konnten die anderen Bewohner\*innen über die Nachmieter\*innen bestimmen (Rekittke & Becker, 1995, C.III.3.3.113.)

Nach dem Jahr 1988 kehrte mehr Ruhe in die Kiefernstraße ein. Zwar gab es 1992 erneut kurze Streitigkeiten um nicht gezahlte Sanierungsgelder, doch nach der Auszahlung war auch dieses Problem gelöst und die Sanierungen wurden fortgesetzt (ebd., C.III.3.3.14.).

Im Laufe der Jahre hat sich die Kiefernstraße „mit dem AK47, dem Bauwagenplatz, den Themenhäusern, dem Kulturbureau K4 und dem Dorfplatz im letzten Vierteljahrhundert noch einmal in neuer Weise entwickelt“ (Bewohner\*innen Kiefernstraße, ohne Datum b). Weiterhin legen die Bewohner\*innen sehr viel Wert auf kulturelle und soziale Vielfalt und ein lebenswertes und lebendiges Miteinander und Nebeneinander.

#### **4.5 Mainzerstraße (Ost-)Berlin**

Ihren dritten Höhepunkt erlebte die Besetzer\*innenszene in der Zeit des politischen Umbruchs innerhalb der DDR. Bereits im Sommer 1989 wurde das erste Haus in Ostberlin besetzt. Die Öffentlichkeit war der Besetzung wohlgesinnt und durch die Medien wurden Ziele und Fortschritte der Verhandlungen einer breiten Masse dargelegt. Dadurch bestärkt begannen Besetzer\*innen nach dem Fall der Mauer mit der Instandbesetzung weiterer Häuser. Während die Wohnungssituation in Westberlin sehr angespannt war, standen im Osten der Stadt ganze Straßenzüge leer. Aus diesem Grund zog es Besetzer\*innen aus Westberlin in den Osten der Stadt, um dort mit Ostberliner\*innen gemeinsam in den Häusern zu wohnen. „[B]is zum Frühjahr 1990 [wurden] allein in Ostberlin ungefähr 120 Häuser instandbesetzt“ (Rekittke & Becker, 1995, C.IV.1.4.1.) Schätzungen zufolge lag die Zahl der Besetzer\*innen zu diesem Zeitpunkt bei ca. 2500 Menschen. Eine neue Besetzer\*innenszene entstand.

Bereits ab Mai 1990 traten die Besetzer\*innen in Verhandlungen mit den zuständigen Behörden. Doch die Bedingungen, unter denen die Häuser besetzt wurden, waren vollkommen andere als 1980 in Westberlin. „Historisch einmalig ist, dass man sich im Sommer 1990 praktisch in einem rechtsfreien Raum befindet“ (AG Grauwaacke, 2003, S. 253). Die westdeutsche Polizei hatte noch keine Befugnisse in der DDR und die Volkspolizei zeigte sich nur sehr selten. Zwar wurde die 'Berliner Linie' am 24.07.1990 auch für den Osten der Stadt verkündet, jedoch wurden nur die wenigsten Neubesetzungen verhindert und es wurden auch nur vereinzelt Häuser geräumt. Probleme gab es dafür allerdings mit Neonazis und Hooligans, die vermehrt Angriffe auf die besetzten Häuser und die dortigen Hausbesetzer\*innen tätigten.

Auch auf einer der Straßenseiten der Mainzer Straße in Berlin-Friedrichshain wurde ab Ende April 1990 nach und nach Häuser besetzt. Die in der Mehrheit aus Westberlin kommenden Besetzer\*innen traten in Verhandlung mit der Bezirksverwaltung mit dem Ziel, Nutzungsverträge für ihre Häuser zu unterzeichnen. Die Verhandlungen wurden am 08.10.1990 ohne Ergebnis vom Magistrat eingestellt. Grund dafür war die angeblich nicht vorhandene Verhandlungsbereitschaft der Besetzer\*innen. Diese wiederum „werfen den zuständigen Stellen mangelnde und nicht geklärte Kompetenz(en) - bedingt durch ständig wechselnde GesprächspartnerInnen – vor“ (Rekittke & Becker, 1995, C.IV.1.4.1.1.).

Doch auch ohne Verträge begann der Ausbau der Aktivitäten in der Mainzer Straße. In und um die Häuser siedelten sich die unterschiedlichsten Szenen an. Beispielsweise wurde das Haus der Mainzer Straße 4 zum „Tuntenhaus“ oder das Haus der Mainzer Straße 3 zu einem Frauen- und Lesbenhaus. Auch die anderen Häusern wurden von unterschiedlichen Gruppen von Menschen erschlossen. In den Häusern wurden verschiedene Angebote für die Bewohner\*innen und Besucher\*innen ausgebaut. In einigen Häusern befanden sich Kneipen, ein anderes Haus bot eine „Volxküche“ an, wieder andere Häuser beherbergten Versammlungsräume und in einem weiteren Haus befand sich ein Buchladen (Arndt et al., 1992a, S. 43 ff.). Über das zunehmende Treiben in der Straße waren nicht alle Anwohner\*innen erfreut. Einige der Nachbar\*innen organisierten sich in einer Bürger\*inneninitiative, da sie sich durch den Lärm und das Aussehen der Häuser, allem voran des „Tuntenhauses“, belästigt fühlten (Arndt et al., 1992b, S. 142 ff.).

Am 12.11.1990 kam es zu einem Umbruch. Die Polizei räumte drei Häuser in der Pfarr- und Cotheniusstraße. Diese Häuser wurden nach dem 24.07.1990, also nach der Ausrufung der 'Berliner Linie' für den Ostteil der Stadt, besetzt. Rund 50 Besetzer\*innen der Mainzer Straße entschlossen sich zu einer spontanen Kundgebung. Die Polizei räumte unter vereinzelt Steinwürfen die kurzfristig errichteten Barrikaden aus dem Weg. Im Anschluss daran durchquerte eine „Kolonie aus Räumpanzern, Wasserwerfern und mindestens fünf Mannschaftswagen“ (Arndt et al., 1992c, S. 11) die Mainzer Straße. Die Polizei begann mit Tränengasbeschuss auf die Demonstrant\*innen und zielte dabei auch auf offene Fenster der Häuser. Die Antwort der Besetzer\*innen waren Steine und Leuchtgeschosse. Um das erneute Eindringen der Polizei in die Mainzer Straße zu erschweren, wurden Mülltonnen zum Barrikadenbau auf die Straße gezerrt. In den darauffolgenden Stunden nahmen die Schlachten zwischen der Polizei und den Besetzer\*innen in und um die Mainzer Straße immer weiter an Fahrt auf. Zur Verhinderung der befürchteten Räumung bewarfen Besetzer\*innen die eingesetzten Polizist\*innen von der Straße aus, von den Dächern und aus den Häusern mit

Steinen und Molotowcocktails und beschossen sie mit Zwillen. Der Barrikadenbau wurde an beiden Enden der Mainzer Straße verschärft. Unter anderem wurde dazu ein Bagger entwendet und mit dessen Hilfe Gräben ausgehoben. Auch „[e]in Straßenbahnwagen, der genau an der Einfahrt zur Mainzer stehen bleibt, fängt Feuer und bildet eine weitere Barrikade“ (AG Grauwacke, 2003, S. 259). Alle Schlichtungsversuche schlugen fehl. Demonstrant\*innen, die durch Bilden von Menschenketten versuchten die Gewalt einzudämmen, wurden von Wasserwerfern auseinandergetrieben. Die Straßenschlachten dauerten bis 3 Uhr am Morgen des nächsten Tags und endeten erst durch den Rückzug der Polizei.

In einem Straßenplenum der Mainzer Straße am 13.11.1990 wurde „einhellig beschlossen [...] alles Menschenmögliche zu unternehmen um den bevorstehenden BürgerInnenkrieg und die anschließende Räumung zu verhindern“ (Arndt et al., 1992c, S. 21). Auf einer Pressekonferenz wurde bekannt gegeben, dass nach Erfüllung der Forderung einer Nichträumungsgarantie mit dem Abbau der Barrikaden begonnen werde. Der Berliner Innensenator Pätzold kündigte an, dass die Gewalt, ausgehend aus dem Gebiet der Mainzer Straße, nicht mehr zu tragen sei und konsequent gegen die Besetzer\*innen vorgegangen werden müsse. Die Räumung rückte immer näher. 1.500 Polizist\*innen aus NRW und Niedersachsen wurden nach Berlin geordert, mit der Begründung, ihren Berliner Kolleg\*innen Unterstützung bei einer für Mittwoch angekündigten Demonstration gegen Häuserräumungen Verstärkung zu leisten (Arndt et al., 1992c, S. 21 f.). Die Besetzer\*innen bereiteten sich auf die bevorstehende Räumung durch den weiteren Ausbau ihrer Barrikaden, den Bau von Molotowcocktails und das Sammeln von Steinen vor (AG Grauwacke, 2003, S. 260).

Die Räumung der Häuser fand am 14.11.1990 statt. Bereits um 6:00 Uhr begann die Polizei, sich der Mainzer Straße zu nähern. Im Einsatz befanden sich „über 3000 Beamte, 10 Wasserwerfer, mehrere Hubschrauber, diverse andere Technik“ (Arndt et al., 1992c, S. 22). Das Gebiet um die Mainzer Straße wurde von der Polizei weiträumig abgesperrt. Eine Menschenkette, die versucht hatte, die Polizei am Vorankommen zu hindern, wurde abgedrängt. Die ersten Steinwürfe wurden bei der Errichtung von Absperrungen der Polizei beobachtet. Alle Räumungsaufforderungen wurden von den Besetzer\*innen ignoriert. Die Polizei ging mit aller Härte gegen die Besetzer\*innen vor, dabei kamen „Unmengen von CN- und CS-Gas, Blendschockgranaten und gerüchteweise auch Gummigeschosse“ (A.G. Grauwacke, 2003, S. 260) und sogar eine Schusswaffe zum Einsatz. Auch auf die umliegenden Häuser, in denen Mieter\*innen wohnten, wurde keine Rücksicht genommen. Die

letzten kämpfenden Besetzer\*innen flüchteten, die meisten hatten sich schon zuvor in die Häuser zurückgezogen. „Obwohl die BesetzerInnen sich nicht mehr wehren, berichten AugenzeugInnen, dass etliche Polizisten *“sich brutal an allen aus[tobten], die sie erwischen konnten. In einigen Häusern schlugen sie auf alle Anwesenden ein, sie zertrümmerten ihre Arme und Beine, ein Milzriß, viele weitere innere Verletzungen usw. [...]“*“ (Rekittke & Becker, 1995, C.IV.1.4.1.1.). Nach der Räumung schmissen Polizist\*innen die Einrichtung der Häuser auf die Straße und begannen *“sich an den Getränkervorräten [zu bedienen] und feiern ausgelassen ihren Sieg“* (AG Grauwacke, 2003, S.260). Die Bilanz des Einsatzes waren 417 Festnahmen, 75 verletzte Polizist\*innen (Arndt et al., 1992c, S. 25) sowie *„jede Menge Verletzte und Schwerverletzte“* (AG Grauwacke, 2003, S. 260) Besetzer\*innen. Abends zog ein Demonstrationszug von 10.000 Menschen durch die Stadt. Nach ein paar Steinwürfen gegen Polizist\*innen, die darauf mit Tränengas reagierten, kam es erneut zu Auseinandersetzungen.

Politische Folgen hatten die Auseinandersetzungen um die Mainzer Straße für die Berliner Regierung. Zwar stand die gesamte Fraktion der SPD hinter der Räumung der Mainzer Straße, doch die Alternative Liste, Koalitionspartner der SPD, wurde vor der Räumung nicht über diese in Kenntnis gesetzt und zog sich umgehend darauf aus der Koalition zurück (Rekittke & Becker, 1995, C.IV.1.4.1.1.).

Für die Hausbesetzer\*innen war die Räumung *„ein tiefer Einschnitt. Bei einigen Leuten führt sie zu einer Radikalisierung, bei anderen zu Traumatisierung und Rückzug und bei vielen zu Verängstigung“* (AG Grauwacke, 2003, S. 261). Mit der Räumung der Mainzer Straße endete auch die Besetzer\*innenbewegung Ostberlins. Viele Häuser versuchten nur noch ihre eigenen Projekte zu legalisieren. Es kam zu einer *„Vielzahl von Legalisierungsmodellen, aber auch zu weiteren Räumungen“* (AG Grauwacke, 2003, S. 262).

## **5. Aktuelle Entwicklungen**

Im folgenden Kapitel werden aktuelle Entwicklungen von Hausbesetzungen durch die Darstellung von zwei erfolgreichen Besetzungen und drei gescheiterten Besetzungen nachgezeichnet. Kapitel 5.1 befasst sich mit der Geschichte der Besetzung des Hamburger Gängeviertels. In Kapitel 5.32 findet die Zusammenfassung der Ereignisse rund um die Zülpicher Straße 290 in Köln statt. Diese beiden Besetzungen dienen als Beispiele für die Durchführung erfolgreicher Besetzungen in der heutigen Zeit. In den Kapiteln 5.3 bis 5.5 werden die geräumten Besetzungen der Rathausgasse 6 in Bonn, der Vogelsangerstraße 230

in Köln sowie der Zentrale in Münster mit ihrem jeweiligen Vorgehen und ihren individuellen Zielen vorgestellt.

## 5.1 Gängeviertel Hamburg

Das historisch seit dem Mittelalter gewachsene Gängeviertel bestand zu einem Großteil aus alten Fachwerkhäusern, die über die Jahre immer wieder statusniederen Bevölkerungsschichten als Wohnraum dienten. Dabei wurden die Fachwerkhäuser allem voran im Zuge der Industrialisierung immer weiter ausgebaut und boten somit immer mehr Menschen auf stark verdichtetem Raum einen Platz zum Schlafen. Weitere Beengung war der Ansiedlung von Gewerbe zwischen den Wohnhäusern geschuldet. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden weite Teile des Gängeviertels abgerissen. Die seit 2009 besetzten Häuser im Gängeviertel sind die letzten Überbleibsel des historischen Gängeviertels. Seit 1945 wurden die Gebäude des Gängeviertels bis zu den Besetzungen nicht saniert (Donsbach, 2012, S. 55 ff.)

Im September 2008 handelten die Stadt Hamburg, der das Gelände und die Gebäude des Gängeviertels bis zu diesem Zeitpunkt gehörte, und der niederländische Investor Hanzevast einen Vertrag für die Zukunft des Gängeviertels aus (Gabriel et al., 2012, S. 98). Bereits seit 2002 versuchte die Finanzbehörde das Gelände höchstbietend zu verkaufen (ebd., S. 93). Dem Investor wurde dabei umfangreiche Befreiung von Auflagen bei der weiteren Planung des Geländes garantiert. Bereits in den Verträgen verankert war der Abriss von zwei der zwölf Gebäude. Aufgrund der Finanzkrise war es Hanzevast allerdings nicht möglich das Projekt allein durchzuführen. Im Juni 2009 gab der Investor bekannt, dass es einen Co-Investor zur Verwirklichung der Pläne bedürfe (ebd., S. 98).

Der Plan zur Besetzung des Hamburger Gängeviertels entstand in der „Zelle“ genannten Gesprächsgruppe, die sich ab Januar 2009 einmal wöchentlich in dem Keller des im Gängeviertel befindlichen Gebäudes „Puppenstube“ traf. Initiiert durch im Gängeviertel ansässige Künstler\*innen, die den gleichen Raum vorher bereits für die Kneipe „Kaschemme“ nutzten, waren diese Treffen zur Vernetzung von Menschen, welche der Stadt- und Wohnentwicklung Hamburgs kritisch entgegenstanden, geplant. Die Künstler\*innen sahen in Hamburg die Probleme steigender Mieten, Gentrifizierung, Abriss von Altbauten, fehlender Räumlichkeiten und geringer Mitbestimmungsmöglichkeiten immer mehr anwachsen. Menschen, die nebeneinander in der Stadt leben, sich aber nicht untereinander austauschten, sollte in diesen Treffen die Möglichkeit gegeben werden, zusammen zu kommen und ihre

Erfahrungen und ihr Wissen zu teilen. Ziel war es, Möglichkeiten der Einflussnahme auf die in ihren Augen fehlgeschlagene Stadtentwicklung zu erarbeiten. Bereits bei dem ersten Treffen stand der Vorschlag einer Besetzung im Raum. Durch die immer wieder wechselnde Zusammensetzung der Gruppe, maximal waren 15 Teilnehmer\*innen unterschiedlichster Bereiche, beispielsweise Kunst, Architektur oder politischer Aktivismus anwesend, wurde dieser Vorschlag erst im Mai 2009 konkreter. Auf einem Hoffest sollten die Türen aller Häuser geöffnet werden. Die Gruppe begann damit, die Häuser auf ihren baulichen Zustand zu überprüfen und ein eigenes Konzept zur Nutzung des Gängeviertels auszuarbeiten. Eine erste kurzzeitige Besetzung fand in der Zwischenzeit bereits in der „Fabrik“, einem weiteren Gebäude im Gängeviertel, statt. Zur Vorführung des Films Themroc brachten die Besucher\*innen ihre eigenen Sitzgelegenheiten mit und besetzten für die Zeit des Films die erste Etage des Gebäudes. Der Plan, jeden Monat eine solche Aktion in einem der zwölf Häuser zu etablieren, scheiterte an fehlender Konspirativität. Dem Eigentümer wurden diese Pläne bekannt und er verhinderte die Durchführung (Schuller et al., 2012, S. 37 ff.).

Juni/Juli 2009 gründete sich die Initiative „Komm in die Gänge“, in welcher sich um die 200 Personen zusammenschlossen. Ziel der Gruppe war es, Unterstützung zur künstlerischen Übernahme des Gängeviertels zu akkumulieren. Dafür sammelten sie Unterschriften, verbreiteten Informationen und kümmerten sich um weitere Vernetzungen mit anderen Gruppen und Initiativen (Gabriel et al., 2012, S. 99). Weitere Aufmerksamkeit sollte durch eine erste Demonstration organisiert vom „Netzwerk: Gängeviertel soll nicht gehen“ unter dem Motto „Die Stadt gehört allen“ am 13.06.2009 in Hamburg erreicht werden (Schuller et al., 2012, S. 41). Am 21.07.2009 druckt das Hamburger Abendblatt erstmals die Forderungen einer Zwischennutzung der im Viertel ansässigen Künstler\*innen (reba, 2009).

Die Vorbereitungen des Hoffestes und der Öffnung der Türen wurden in dieser Zeit weiter vorangetrieben. So wurde zur Kostendeckung eine Solidaritätsparty mit Kunstausstellung und der Aufklärung über die aktuelle Situation im Gängeviertel veranstaltet. Jedes der Häuser bekam eine oder mehrere Pat\*innen, welche sich um die künstlerische Gestaltung der Häuser am Tag des Hoffestes kümmerten. Die künstlerische Gestaltung musste geheim stattfinden, nur ein eingeweihter Kreis wusste von dem tatsächlichen Plan, alle Häuser zu öffnen und mit Kunst auszustatten. In den wenigen legal zur Verfügung stehenden Räumen wurden eine „Volxküche“, ein Sanitätsraum und eine Kommunikationszentrale errichtet (Schuller et. al., 2012, S. 41 f.).

Die Hauptwerbung für das Hoffest umfasste drei Phasen. In der ersten Phase wurden in der ganzen Stadt rote Punkte ohne weitere Informationen aufgeklebt. In der zweiten Phase

wurde den roten Punkten der Satz „Komm in die Gänge“ hinzugefügt. In der letzten Phase wurden die Punkte durch die Auskunft über Datum und Uhrzeit des Hoffestes ergänzt (ebd. S. 42). Am Tag des Hoffestes, dem 22.08.2009, wurde diese Werbung noch durch das Verteilen von Flyern vor dem Millerntor Stadion nach dem Spiel des FC St. Pauli und einen sich über Stunden ständig wiederholenden Jingle auf dem „Radiosender des Freien Senderkombinats“ komplettiert. Ziel der Aktivist\*innen war das Erreichen einer kritischen Masse, sodass die Polizei keine Möglichkeit mehr hatte die Gebäude zu räumen und das Fest zu beenden. Weiteren Schutz erhofften sich die Aktivist\*innen durch die Anwesenheit von Politiker\*innen. Diese wurden am Tag der Besetzung angerufen und es wurde ihnen angeboten, einen Fahrdienst zu stellen, sodass sie sich ein eigenes Bild vom Viertel machen konnten. Dieses Angebot nahm keiner der Angerufenen wahr. Um weitere Sicherheit zu erlangen, wurde auch das Datum bewusst gewählt. Da zur gleichen Zeit bereits ein Volksfest und ein Fußballspiel des FC St. Pauli stattfanden, waren bereits viele Polizeikräfte gebündelt. Gleichzeitig fanden an diesem Datum keine Demonstrationen oder Veranstaltungen, welche die Anwesenheit auswärtiger Polizeikräfte und Einsatzmittel erforderlich machten, statt (Stillich, 2012, S. 45 ff.).

Die seit Wochen andauernden Vorbereitungen intensivierten sich am Tag des Hoffestes. Von außen wurde weiterhin darauf geachtet die Aufmerksamkeit, vor allem der Polizei, so gering wie möglich zu halten. Innerhalb des Geländes intensivierte sich die Umgestaltung des Areals und der Gebäude. Der Plan für den Tag sah vor, dass es keine offiziellen Ansprechpartner\*innen oder Veranstalter\*innen gab. Alle an der Aktion beteiligten Personen sollten nicht als solche erkennbar sein, sondern sich möglichst wie Besucher\*innen verhalten und nur aus dieser Rolle heraus darauf achten, dass alle Sicherheitsmaßnahmen funktionierten und das Fest möglichst reibungslos stattfinden konnte (ebd. 46 f.).

Im Falle des Scheiterns der Besetzung wurde im Vorfeld alles für eine Spontandemonstration vorbereitet. Bei einem möglichen Einschreiten durch die Polizei waren bereits Sanitäter\*innen vor Ort und auch um möglicherweise benötigte anwaltliche Unterstützung wurde sich im Voraus gekümmert (ebd., S. 46).

Um 14 Uhr, zu Beginn des Hoffestes, befanden sich noch wenige Besucher\*innen auf dem Gelände. Dies änderte sich im Verlauf des Festes; um die 3000 Besucher\*innen besuchten bereits am ersten Tag die Besetzung Die ersten Häuser öffneten ihre Türen um 15 Uhr. Das gesamte Gelände und die Gebäude waren von Aktivist\*innen mit Musik und Kunst gefüllt worden. Die Feierlichkeiten gingen bis in die Nacht. Größere Polizeieinsätze blieben aus. Zweimal schritt die Polizei kurz ein. Einmal um einen Seilzug, der über die Straße

gespannt wurde, verlegen zu lassen. Das zweite Mal nach Beginn der Nachtruhe zur Regulierung der Lautstärke. Da unter anderem auch Ordnung und Sauberkeit ausgesprochenen Teil des Konzepts war, kamen die Aktivist\*innen den Bitten der Polizei in beiden Fällen nach. Es sollte nicht der Anschein erweckt werden, dass es sich um eine linksradikale Aktion handelt (ebd., S. 47). Dies Vorgehen wurde wohlwollend von der Presse aufgenommen (u. a. Gretschel, 2009a) die zum Beispiel über die „höfliche[n] Hausbesetzer“ (Probst, 2009) berichtet. Besetzer\*innen aus anderen Zusammenhängen, zum Beispiel der Roten Flora, kritisierten in diesem Zusammenhang die Herauslösung vom politischen Kontext. Allem voran in der Darstellung in den Medien hätten sie sich von Beginn der Besetzung eine klare politische Positionierung gewünscht (vgl. Kowalski & Stillich, 2012, S. 175).

Während der ersten Pressekonferenz nach der Besetzung am 24.08.2009 stellten die Besetzer\*innen ihre Forderungen vor, die später überarbeitet in das Integrierte Entwicklungskonzept übernommen wurden:

„Für unser Sanierungs- und Stadtumbaugebiet Gängeviertel/Valentinskamp gilt ein Leitbild: Es ist ein lebendiges innerstädtisches Quartier mit günstigen Mieten und einem Schwerpunkt auf Nutzungen im künstlerischen Bereich für Menschen in vielfältigen Lebenssituationen. Es ist offen für alle gesellschaftlichen Strömungen in dieser Stadt, die sich mit Toleranz und Respekt begegnen. Konkretisiert wird dieses Leitbild durch folgende Leitziele, an denen sich sämtliche Aktivitäten und Maßnahmen im Sanierungsverfahren ausrichten:

1. Erhalt der historischen Bausubstanz
2. Schaffung von bezahlbarem Mietwohnraum
3. Schaffung von günstigen Gewerbeflächen und gewerblicher Vielfalt im Viertel
4. Schaffung von günstigen Atelier- und Werkstattflächen für Gängeviertel e.V. und andere
5. Durchführung einer effizienten Sanierung
6. Schaffung eines Zentrums für Kunst, Kultur und Soziales in der „Fabrik“
7. Übertragung eines Höchstmaßes an Eigenverantwortung und Autonomie an Gängeviertel e.V. bei der Nutzung der gewerblichen Flächen
8. Gestalterische Aufwertung der vorhandenen Freiflächen und Erhöhung der Nutzbarkeit
9. Ausschöpfung aller Finanzierungsmöglichkeiten
10. Erhalt und langfristige Sicherung von preisgünstigen Wohn- und Gewerbeflächen“  
(Weiland, 2013, S. 2).

Die Verhandlungen mit der Stadt wurden am 26.08.2009 aufgenommen. Der vom Senat bestimmte Verhandlungsführer ließ sich von den Besetzer\*innen im Viertel herumführen und es wurde ein erster Vorschlag einer Nutzungsvereinbarung mit ihm ausgearbeitet. Dieser umfasste die Teilnutzung der Gebäude für Ausstellungen in den Erdgeschossflächen bis 22 Uhr. In der daran angelehnten Nutzungsvereinbarung mit der Stadt wurde den

Besetzer\*innen, bis zum Baubeginn durch den Investor, die Teilnutzung der Gebäude erlaubt. Weitere Verhandlungen sollten in einem Mediationsverfahren bei der Öffentlichen Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle Hamburg stattfinden. Bei der öffentlichen Vorstellung des von den Besetzer\*innen ausgearbeiteten Nutzungskonzepts Anfang Oktober 2009 erfuhren die Besetzer\*innen weiterreichende Unterstützung durch die Presse die beispielsweise forderte „Hamburg muss endlich umdenken“ (Mischke, 2009) und schrieb:

„Die aktuellen Geschehnisse im Gängeviertel sind fast zu schön, um wahr zu sein: Ein stadthistorisch wertvolles Quartier, das die Regierenden jahrelang nicht interessierte und das dann nur noch an den meistbietenden Abreiber verscherbelt werden sollte, wurde durch die sympathisch friedliche Hausbesetzungsaktion von Künstlern zum Stadtgespräch“ (ebd.).

Um nötige Verträge mit der Stadt unterzeichnen zu können, gründeten die Besetzer\*innen am 26/27.10.2009 den Verein Gängeviertel e.V. (Gabriel et al., S. 99 f.).

Durch die Zahlung der ersten beiden Raten des Investors Hanzevast fielen zwei erste Gebäude in seinen Besitz. Die Besetzer\*innen räumten nach Verhandlungen mit der Stadt Ende Oktober diese beiden Gebäude, im Gegenzug erhielten sie die Genehmigung zur öffentlichen Nutzung weiterer Gebäude und der Obergeschosse sowie Einsicht in die Verträge der Stadt mit dem Investor. Dieser versuchte gerichtlich gegen die Zwischennutzungsverträge der Stadt mit den Besetzer\*innen vorzugehen. Dieses Vorhaben scheiterte nach zwei Verhandlungstagen vor dem Oberlandesgericht, unterbrach aber die Verhandlungen zwischen Stadt und Besetzer\*innen von Ende Oktober bis Anfang Dezember und stoppte die Zahlung von Geldern zur Sanierung der Gebäude. Eine vertragliche Einigung der Stadt mit dem Investor Hanzevast zum Rückkauf des Gängeviertels wurde am 16.12.2009 unterzeichnet. Dadurch fiel das Gelände zurück ins Eigentum der Stadt und es konnte über eine langfristige Nutzung durch die Besetzer\*innen verhandelt werden (ebd., S. 100 f.)

Silvester 2009 wurden die beiden geräumten Gebäude erneut besetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte keine Einigung bei einer Nutzungsvereinbarung erreicht werden (ebd., S. 101). Anfang Januar 2010 begannen die Verhandlungen zwischen dem Verein Gängeviertel e.V. und der Stadt Hamburg, die diese Aufgabe an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt delegierte. Die erste Rahmenvereinbarung wurde am 21.01.2010 unterschrieben. Diese umfasste „unter anderem die aktuelle Nutzung, die vollständige Einsicht in vorhandene Bauakten und Pläne, [...] [die] ernsthafte Einbeziehung [des Vereins Gängeviertel e.V.] in die Entwicklung des Quartiers und die Winterfestmachung der Gebäude“ (ebd., S. 101).

Im Februar 2010 fanden keine öffentlichen Veranstaltungen im Gängeviertel statt. Alle geplanten Veranstaltungen wurden im öffentlichen Raum oder in U-Bahn-Stationen

durchgeführt. Grund dafür war der Protest gegen die Androhung des Bauamtes, aufgrund nicht eingehaltener Brandschutzbestimmung und wegen zu hoher Lärmbelastigung außer Ausstellungen keine Veranstaltungen mehr im Gängeviertel zu zulassen. Eine weitere Schließung der Gebäude „Fabrik“ und „Druckerei“ im August 2010 führte zu weiteren kreativen Protestformen am 10.09.2010, dem Tag des offenen Denkmals. In einer künstlerischen Performance versuchten die Besetzer\*innen die Komplexität der Einhaltung der Maßnahmen zu zeigen (ebd., S. 101 f.).

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gab am 09.04.2010 bekannt, dass das Gängeviertel nicht weiter zum Verkauf stehe und im Besitz der Stadt bleiben solle. Ein Integriertes Entwicklungskonzept sollte durch die Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft zusammen mit dem Verein Gängeviertel e.V. erstellt werden. Einen Tag darauf stellten die Besetzer\*innen öffentlich ein Wochenende lang ihr Konzept für das Gängeviertel vor. In diesem Konzept waren unter anderem ein Kindergarten, Ateliers und ein Hostel vorgesehen. Zwischen April und September wurden Gesprächsrunden zwischen dem Verein Gängeviertel e.V., der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, dem Bezirk Mitte und der Stadtentwicklungsgesellschaft zur Erarbeitung des Integrierten Entwicklungskonzept abgehalten. Das Konzept wurde im September 2010 von allen Parteien unterschrieben. Verhandelt wurde im Anschluss weiterhin, der Verein Gängeviertel e.V. sah zum Beispiel die Selbstverwaltung nicht genügend berücksichtigt. Durch das Ende der Koalition zwischen der Grün-Alternativen Liste und der CDU und dem damit einhergehenden Ausscheiden der Verhandlungspartnerin in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt waren die Verhandlungen seit November 2010 im offiziellen Rahmen eingestellt, nur inoffiziell wurden weiterhin Gespräche zwischen Behörden, Politiker\*innen und dem Verein Gängeviertel e.V. geführt. Die Besetzer\*innen gründeten am 15.11.2010 die Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG. Seitdem übernahm diese die Verhandlungen mit der Stadt und sollte als Rechtsträger die selbstständige Verwaltung des Gängeviertels übernehmen (ebd., S. 101 f.).

Im Februar 2011 übernahm die SPD die alleinige Regierungsverantwortung. Nach Ernennung einer neuen Senatorin für die Behörde für Stadtentwicklung wurden die Gespräche zwischen der Stadt und der Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG. im Mai 2011 erneut aufgenommen. Bei den Feierlichkeiten zum zweiten Geburtstag des Gängeviertels teilten die Besetzer\*innen den Besucher\*innen den zu der Zeit, aus ihrer Sicht schweren, Stand der Verhandlungen mit. Gestritten wurde allen voran um die Trennung von Finanzierung und Planung der Sanierung und die Einbeziehung der Genossenschaft in alle Planungs- und

Bauentscheidungen. Am 08.09.2011 einigten sich die Behörde für Stadtentwicklung, die Kulturbehörde, der Bezirk Mitte, der Verein Gängeviertel e.V. und die Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG auf einen Kooperationsvertrag. Die Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft wurde als Sanierungsträgerin bestimmt. Die Gebäude gingen am 01.05.2012 in das Treuhandvermögen dieser. Zwei Tage später wurde der Vertrag zur Sanierung der ersten drei Häuser mit dem von den Besetzer\*innen gewünschten Architekturbüro unterzeichnet, die Planungen konnten nun offiziell beginnen (ebd., S. 102 f.).

Im Herbst 2013 begannen die Bauarbeiten an den ersten Gebäuden (Waschats, 2013). Im Februar 2015 wurden die weiteren Planungen zur Sanierung der Gebäude vorerst eingestellt. Die Vertreter\*innen der Gängeviertel Genossenschaft eG sahen ihre gewünschte Selbstverwaltung gefährdet und traten aus dem Vorstand des Sanierungsbeirats zurück (Carini, 2015). Ende 2017 wurden neue Verhandlungen zwischen der Stadt und der Gängeviertel Genossenschaft eG aufgenommen. Diese endeten am 25.06.2019 mit einer Einigung auf einen Erbbaurechtsvertrag für 75 Jahre. Die Stadt bleibt dadurch weiterhin Eigentümerin des Gängeviertels. Für die im Gängeviertel stattfindenden Veranstaltungen und die Mieter\*innen der Wohnungen und Ateliers ist die Gängeviertel Genossenschaft eG verantwortlich. Die Sanierung wurde, unter Einbeziehung der Gängeviertel Genossenschaft eG, von der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft fortgesetzt (Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, 2019).

Dass die Besetzung des Gängeviertels für die Aktivist\*innen erfolgreich verlief, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Die externen Faktoren umfassten zum einen den günstigen Zeitpunkt, zu dem die Besetzung begann. Durch die Finanzkrise war es für den Investor Hanzvast, der das Viertel gekauft hatte, schwierig die Raten ohne einen Co-Investor zu bezahlen und sich an den mit der Stadt verhandelten Zeitplan zu halten. In der Bevölkerung wuchs der allgemeine Unmut über die Entwicklung, welche die Stadt Hamburg durchmachte. Des Weiteren planten die CDU und die Grün-Alternative Liste die Außendarstellung der Stadt Hamburg als kreative Stadt zu stärken. Ein weiterer erfolgsverstärkender Faktor war eine Studie im Auftrag der Stadt, welche die Anliegen der Künstler\*innen untermauerte (Gabriel et al., S. 93). Auch die mediale Darstellung der Besetzung und der Besetzer\*innen war seit Beginn überwiegend positiv und unterstützte damit die Anliegen der Besetzer\*innen (u.a. Gretschel, 2009b; Musholt, 2009).

Die internen Faktoren umfassten unter anderem die von den Aktivist\*innen geleistete Pressearbeit, die Kooperation mit anderen Unterstützer\*innen und Gruppen, das Führen von Gesprächen mit Politiker\*innen und Berater\*innen, die intensive Vorbereitung auf

Verhandlungen sowie die Bildung einer Verhandlungsgruppe aus Menschen mit unterschiedlichen Kompetenzen, welche in engem Austausch mit der Vollversammlung stand. In der Kooperation mit der Stadt bereiteten die Besetzer\*innen beispielsweise Schulungen für die Mitarbeiter\*innen der Stadt vor, um diese über Probleme der derzeitigen Stadtentwicklung zu informieren (Gabriel et al., S. 94). Von Beginn an suchten sich die Besetzer\*innen zusätzlich anwaltlichen Rat und prominente Unterstützung, zum Beispiel durch den Hamburger Künstler Daniel Richter, der als Schirmherr der Aktion dargestellt wurde (dpa, 2009). Auch die Eigendarstellung spielte eine große Rolle. Die Besetzer\*innen versuchten zu vermeiden, dass „auf Seiten der Polizei der Verdacht [aufkommt], dass diese Veranstaltung aus der linksradikalen Szene kommt“ (Stillich, 2012, S. 50) oder, dass sie sich „einfach ein Stück Hamburg [...] genommen“ (Gabriel et al., 2012, S. 95) haben. Dazu wurden von Anfang an die Ziele und das Anliegen der Besetzer\*innen öffentlich kundgetan. Bereits am Tag des Hoffestes konnten die Besucher\*innen das von den Besetzer\*innen ausgearbeitete Nutzungskonzept begutachten, welches im Verlauf der Verhandlungen weiter ausgearbeitet wurde und die Grundlage für das Integrierte Entwicklungskonzept bildete (ebd.).

## **5.2 Zülpicher Straße 290 Köln**

Durch zwei Hausbesetzungen im September und Oktober 2015, welche beide durch die Polizei geräumt wurden, gründete sich in Köln ein Besetzer\*innen-Rat, der sich zur Vorbereitung neuer Aktionen gegen Leerstand und Wohnungsnot traf. Bei diesen Treffen wurde die Besetzung der Zülpicher Straße 290 geplant (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015a). Dieses Gebäude stand seit 2005 leer. Bereits im Juni wurde das Gebäude Zülpicher Straße 290 kurzfristig symbolisch besetzt, um auf den Leerstand und den Verfall des Gebäudes aufmerksam zu machen. Nachdem die kurzfristige Besetzung beendet wurde, erklärte der Hausverwalter zwar das Haus solle saniert werden, wann dies der Fall wäre, könne aufgrund des Gesundheitszustands des Eigentümers allerdings noch nicht abschließend ausgemacht werden (hsr, 2015). Innerhalb der Bezirksvertretung wurde daraufhin über eine Beschlagnahmung des Wohnraums diskutiert (Schmitz, 2016). Zur Erhöhung des Drucks besetzten daraufhin Aktivist\*innen, die zum Teil bereits an den zwei vorherigen Besetzungen in Köln im Kartäuserwall 14 und der Rolshoverstraße 98 beteiligt waren, am Freitag 11.12.2015 das Haus der Zülpicher Straße 290 sowie das angrenzende Haus der Josef-Stelzmann-Straße 2a. Unterstützt wurden die Aktivist\*innen dabei von Wohnungslosen, die sofort die Wohnungen bezogen. Zum einen sollte hierbei praktisch eine

Überwinterungsmöglichkeit geboten werden, zum anderen sollte der Leerstand und Verfall der Häuser nicht länger stillschweigend hingenommen werden und auf das grundlegende Problem fehlenden bezahlbaren Wohnraums aufmerksam gemacht werden. Die Besetzer\*innen stellten Kontakt zur Hausverwaltung und zur Bezirksvertretung her, um über die weiteren Möglichkeiten zu verhandeln und in den Häusern auf Dauer bezahlbaren Wohnraum für Obdachlose und Geflüchtete zu ermöglichen. Bereits zu Beginn der Besetzung wurde explizit darauf hingewiesen, dass der Wohnraum auch während der Besetzung Geflüchteten offenstehe (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015a). Die Solidarität mit Geflüchteten und der Kampf für den Wohnraum von Geflüchteten stand auch im weiteren Verlauf der Besetzung immer wieder im Vordergrund. Die Besetzer\*innen solidarisierten sich mit anderen Besetzer\*innen, die ähnliche Ziele verfolgten (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015b).

Noch am gleichen Abend fanden die ersten Gespräche zwischen den Besetzer\*innen, dem Hausverwalter Joisten und einem Abgeordneten des Stadtrats statt. Diese wurden begleitet von der Polizei, die aber aufgrund eines nicht gestellten Strafantrags durch die Hausverwaltung keine rechtliche Handhabe hatten. Die Polizei konnte lediglich die Personalien der von den Besetzer\*innen zu den Verhandlungen geschickten Person feststellen. Bei dem Treffen wurden für den kommenden Montag weitere Gespräche zwischen Besetzer\*innen, dem Hausverwalter und der Stadt vereinbart (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015c).

Innerhalb der Nachbarschaft erfuhr die Besetzung große Solidarität. Das verfallende Haus störte die Nachbar\*innen bereits seit längerer Zeit. Aus diesem Grund nahmen sie es positiv auf, dass wieder Leben in das Haus einzog. Sie unterstützten die Besetzer\*innen durch Spenden und zeigten ihr Interesse bei Besuchen im Haus (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015d). Auch die Besetzer\*innen waren an einem Austausch mit den Nachbar\*innen interessiert, so luden sie diese zum Beispiel für den zweiten Tag der Besetzung zu Kaffee und Kuchen in das Haus ein (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015c).

Die Verhandlungen um die Zukunft der Häuser zwischen den Besetzer\*innen, der Hausverwaltung und der Stadt begannen am 14.12.2015. Hierzu traf sich eine zehnköpfige Gruppe, bestehend aus Vertreter\*innen der Besetzer\*innen, dem Hausverwalter Joisten und dem Stadtrats-Abgeordneten Detjen als Stellvertreter der Stadt sowie dem Leiter des Wohnungsamts Ludwig. In diesen Gesprächen stellte Herr Ludwig klar, dass das Wohnungsamt das Ziel der Besetzer\*innen unterstützen. Sie planten das Haus zu mieten und zu sanieren um es dann für Geflüchtete zur Verfügung stellen. Da dies aber „aus

bürokratischen Gründen mindestens sechs Monate dauern“ würde, wurde ein weiterer Gesprächstermin für den kommenden Freitag, 18.12.2015, vereinbart. Bis zu diesem Tag sollten sich die Besetzer\*innen Gedanken über eine Zwischennutzung machen. Die Polizei sicherte im Anschluss an das Gespräch zu, die Häuser nicht zu räumen, solange Verhandlungen stattfänden (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015d). Trotz dieses Versprechens bereiteten sich die Besetzer\*innen zusammen mit Nachbar\*innen und Unterstützer\*innen auf eine mögliche Räumung vor und sammelten Ideen, wie dabei gehandelt werden könnte. Vor allem wurde für eine mögliche Räumung das Schaffen einer breiten Öffentlichkeit, das Zeigen von Solidarität und Unzufriedenheit auf der Straße und ziviler Ungehorsam als von allen gewünscht geäußert (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015e).

Bei dem zweiten Verhandlungstermin zwischen den Besetzer\*innen, der Stadt und dem Hausverwalter legten die Besetzer\*innen ein Konzept vor, welches die Zwischennutzung der Häuser durch die Besetzer\*innen regeln sollte. Von Seiten der Stadt wäre dieser Vertrag bis zur eigenen Anmietung hingenommen worden. Hausverwalter Joisten war allerdings, trotz der im Vertrag enthaltenen Regelung, dass die Verwaltung von jeglicher Haftung ausgeschlossen wäre, mit den herausgearbeiteten Vorschlägen nicht zufrieden und verweigerte die Vertragsunterzeichnung (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015f). Weitere Gespräche zur Nutzung der Häuser waren von den Besetzer\*innen erwünscht, wurden aber vom Hausverwalter Joisten einseitig abgebrochen (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015g). Trotzdem sicherten alle Seiten den Verbleib der Besetzer\*innen in den Häusern bis mindestens zum Jahresende zu (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015h). Obwohl noch keine vertragliche Einigung getroffen werden konnte, führen die Besetzer\*innen mit der Renovierung des Hauses fort, machten weitere Wohnungen bewohnbar und bauten den Brandschutz aus. Zur leichteren Vernetzung mit der Nachbarschaft und Unterstützer\*innen diente das Erdgeschoss als soziales Zentrum, das ganztägig öffnete (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2016a).

Ungeachtet des Gesprächsabbruchs durch Hausverwalter Joisten standen die Besetzer\*innen weiterhin in Kontakt mit der Stadt und setzten ihre Gespräche mit dem Wohnungsamt der Stadt Köln am 05.01.2016 fort (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2016b). Und auch Hausverwalter Joisten zeigte sich bei einer Besichtigung des Hauses Mitte Januar 2016 wieder gesprächsbereit (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2016c). Anfang Februar drohte Hausverwalter Joisten den Besetzer\*innen jedoch mit strafrechtlichen Schritten, wenn die Häuser nicht bis zum 11.02.2016 geräumt werden. Er sei nur bereit Mietverträge mit der

Stadt zu unterzeichnen, wenn die Häuser leer stünden (Goral, 2016). Die Besetzer\*innen ließen sich von dieser Drohung nicht einschüchtern und signalisierten weiterhin ihr Interesse an drohungsfreien Gesprächen mit dem Hausverwalter. Das zweimonatige Bestehen der Besetzung wurde mit einem Nachbarschaftsfest zelebriert (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2016d).

Die aktive Teilhabe der Nachbar\*innen war den Besetzer\*innen von Anfang an wichtig. Viele der Nachbar\*innen nutzten bereits frühzeitig die Möglichkeit Gespräche mit den Besetzer\*innen zu führen und erzählten von ihren Erfahrungen und Problemen hinsichtlich Verdrängung und bezahlbarem Wohnraum oder unterstützten die Besetzer\*innen durch Spenden und gelebte Solidarität (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2015d). Auch die Zukunft des Hauses sollte seit Beginn der Besetzung von den Nachbar\*innen mitgestaltet werden. Aus diesem Grund veranstalteten die Besetzer\*innen in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilpfarrer Armin Besucher eine Gesprächsrunde zur zukünftigen Nutzung der Häuser (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2016e).

Trotz des Strafantrags, gestellt durch den Hausverwalter Joisten (eic & hsr, 2016), kehrten die Besetzer\*innen, die Stadt und Hausverwalter Joisten am 01.03.2016 erneut zu den Verhandlungen zurück. Ein Mietvertrag für die Stadt sollte ausgearbeitet werden. Nach Fertigstellung des Vertrags sollten die Verhandlungen fortgeführt werden. In der Zwischenzeit renovierten die Besetzer\*innen die Häuser weiter und sorgten somit weiterhin für eine praktische Lösung im Kampf für bezahlbaren Wohnraum (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2016f). Ende Juni verkündeten die Verhandlungsparteien den Vertragsabschluss zwischen der Stadt und der Hausverwaltung mit dem Einverständnis der Besetzer\*innen. Die Hausverwaltung verpflichtete sich, die Strafanträge gegen die Besetzer\*innen einzustellen und die der Kosten zur Sanierung der Wohnungen zu übernehmen. Die Besetzer\*innen würden „[u]m der schnellen Sanierung nicht im Wege [zu] stehen [...] Anfang Juli die Besetzung auflösen und die Gebäude übergeben“ (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2016g). Im Anschluss mietete die Stadt die Häuser für 30 Jahre und schaffte in ihnen Wohnraum zu dem im sozialen Wohnungsbau üblichem Preisniveau von 6,25€ pro m<sup>2</sup>. Das Haus Josef-Stelzmann-Straße 2a würde nach erfolgter Sanierung an den Verein „Stelze e.V.“ der Besetzer\*innen als Wohnprojekt weitervermietet. In dem Haus Zülpicher Stadt 290 plante die Stadt die Unterbringung Geflüchteter in eigenen Wohnungen (Wotzlaw, 2016). Das Ziel des gemeinsamen Zusammenlebens der Besetzer\*innen mit Geflüchteten wurde vorerst nicht erreicht (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2016g). Am 11.07.2016 verließen die Besetzer\*innen nach Vertragsabschluss freiwillig die Häuser. Bis zur Wiederbeziehung des

für sie vorgesehenen Hauses wurden die Besetzer\*innen in Ersatzwohnungen untergebracht. Zu diesem Zeitpunkt gingen sie und die Stadt noch von einem zeitnahen Beginn der Sanierungsarbeiten aus (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2016h). Die Stadt rechnete mit der Übergabe der Häuser bis Mitte des Jahres 2017 (Wotzlaw, 2016).

Zum Jahrestag der Besetzung luden die ehemaligen Besetzer\*innen erneut zu einem Fest vor dem Haus Zülpicher Straße 290 ein, um sich ein Bild von dem Fortschritt der Sanierungen zu machen und die Vernetzung mit der Nachbarschaft aufrecht zu halten. Da die Sanierungsarbeiten nur schleppend vorangingen, befürchteten die Aktivist\*innen, dass die Hausverwaltung entweder aus diversen Gründen nicht in der Lage sein könnte, die Häuser schnell zu sanieren, oder dass sie plante die Häuser trotz Vertrag dennoch zu verkaufen (Besetzer\*innen Zülpicher Straße, 2016i). Dem war nicht der Fall. Zwar dauerten die Sanierungsarbeiten zwei Jahre länger als gedacht, Anfang 2019 waren aber alle Wohnungen in beiden Häusern wieder belegt (dm, 2019, S. 21). In dem Haus Zülpicher Straße 290 bringt die Stadt Geflüchtete in 13 Wohnungen unter, bis diese eine eigene Wohnung gefunden haben. Das Haus Josef-Stelzmann-Straße 2a wurde dem Verein „Stelze e.V.“ übergeben (Esch, 2019).

### **5.3 Rathausgasse 6 L!Z Bonn**

Am Dienstag dem 10.05.2016 besetzten und verbarrikadierten zwei Aktivist\*innen aus den Reihen der L!Z Kampagne das Gebäude der Rathausgasse 6 im Bonner Viktoriakarree. Mit Hilfe der Unterstützung anderer Aktivist\*innen vor dem Gebäude konnte die Besetzung des Gebäudes trotz einer Belagerung durch die Polizei aufrecht gehalten werden. Vorerst wurde von einer Räumung abgesehen. Das Haus befand sich in Besitz der SIGNA Holding GmbH. Diese plante an Stelle der Stelle des Gebäudes den Bau eines Einkaufszentrums. Gegen das geplante Einkaufszentrum war bereits erfolgreich mit einem Bürgerbegehren vorgegangen worden. Trotzdem waren weder die Stadt noch die SIGNA Holding GmbH zu Gesprächen mit den Besetzer\*innen bereit (LIZ Bonn, 2016a).

Die Ziele der Besetzung fassten die Besetzer\*innen in einer Erklärung wie folgt zusammen: Sie fordern „eine unkommerzielle und selbstverwaltete Nutzung von leerstehenden Gebäuden und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. [Sie] wollen außerdem auf die menschenwürdige [sic!] Unterbringung von Geflüchteten hinweisen, während nutzbarer Raum vorhanden ist. Mit Einbindung der Öffentlichkeit soll eine alternative Gestaltung dieses Gebäudes und der Versuch verschiedene Lebens- und Arbeitsformen auszuprobieren, erreicht werden. [Diese] Aktion richtet sich gegen die

Leerstandspolitik der SIGNA Holding GmbH, welche ein Einkaufszentrum, errichten will“ (LIZ Bonn, 2016b).

Am Donnerstagabend, 12.05.2016, öffneten die Aktivist\*innen das Gebäude, um dort die Eröffnung des neuen Libertären Zentrums mit einem Konzert zu feiern. Seit Beginn der Besetzung fanden regelmäßig Veranstaltungen, Plena, Vorträge und Workshops in dem Haus statt. Ein „Umsonstladen“ wurde im Haus eingerichtet. Regelmäßig gab es eine Essensausgabe gegen Spende. Alle Interessent\*innen waren seit Beginn ausdrücklich eingeladen sich ein eigenes Bild von der Besetzung zu machen und mit den Besetzer\*innen in den Austausch zu treten.

Um den Protest auch auf die Straße zu tragen, organisierten die Besetzer\*innen am 16.05.2016 eine Tanzdemonstration durch die Bonner Innenstadt, welche an dem besetzten Haus vorbeiführte. Bei einer Zwischenkundgebung wurde die Situation um das besetzte Haus erläutert und die Ziele und Wünsche der Besetzer\*innen an die Passant\*innen herangetragen (LIZ Bonn, 2016c).

Am 15.06.2016 versuchte die SIGNA Holding GmbH das Haus ein weiteres Stück unbenutzbar zu machen. Verlängerungskabel, die zur Stromversorgung des Hauses dienten, wurden „durch einen von der SIGNA beauftragten Elektriker und einen Verwalter der SIGNA“ zerstört. Nach Durchführung der Arbeiten schlossen die Männer beim Herausgehen die beiden Zugänge zum Haus ab und sperrten dadurch die im Haus anwesenden Besetzer\*innen und Besucher\*innen im Gebäude ein. Doch auch dieses Vorgehen der SIGNA Holding GmbH hielt die Besetzer\*innen nicht von der Verwirklichung ihrer Vorstellungen ab. Alle bisherigen Versuche der Besetzer\*innen in Verhandlungen mit der Stadt und der SIGNA Holding GmbH zu treten scheiterten am Desinteresse einer Kontaktaufnahme der Stadt und der SIGNA Holding GmbH (LIZ Bonn, 2016d).

Die Besetzer\*innen füllten das Haus weiter mit Leben und führten Veranstaltungen, Kneipenabende, Konzerte und vieles anderes im Haus durch und es wurde mit der Instandsetzung des Hauses fortgefahren. Das im Erdgeschoss befindliche, leerstehende Café wurde besetzt und renoviert. In den Räumlichkeiten entstand trotz weiterer Einschüchterungen durch SIGNA-Mitarbeiter ein weiterer Ort für unkommerzielle Kultur in Bonn sowie ein regelmäßiger Café- und Barbetrieb zur Weiterentwicklung der nachbarschaftlichen Strukturen (LIZ Bonn, 2016e).

Die SIGNA GmbH versuchte in der Zwischenzeit immer wieder die Besetzung zu sabotieren. So wurde mehrmals der Versuch gestartet den Zugang zum Café zu verhindern (LIZ Bonn, 2016f). Zusätzlich wurde der Keller durch den von der SIGNA GmbH

beauftragten Hausmeister unter Wasser gesetzt (LIZ Bonn, 2016g). Die Besetzer\*innen vermuteten, dass dies zur weiteren Schwächung der Bausubstanz beitragen sollte, sie wollten „[n]ichts desto trotz [...] weiterhin alles in [ihrer] Macht stehende tun, um einen weiteren Verfall des Gebäudes zu verhindern“ (ebd.).

Am 13.01.2017 zogen Aktivist\*innen des LIZ erneut durch die Bonner Innenstadt um nochmals auf die bestehenden Probleme der Verdrängung und des Verfalls der Innenstadt sowie ihren selbstgestalteten Freiraum aufmerksam zu machen (LIZ Bonn, 2017a). Dies war die letzte Demonstration, bevor das Libertäre Zentrum an der Rathausgasse 6 am 27.01.2017 von der Polizei geräumt wurde. Hierbei wurden die Personalien der im Haus anwesenden Besetzer\*innen aufgenommen (LIZ Bonn, 2017b).

Im Jahr 2017 am Datum des Tages der ersten Besetzung des Gebäudes Rathausgasse 6 feierten die Besetzer\*innen den Geburtstag mit einer erneuten Besetzung, die zwölf Stunden aufrechtgehalten wurde. Sie wollten dadurch zum wiederholten Male auf das Fehlen eines unkommerziellen Freiraums und den Verfall von leerstehenden Gebäuden aufmerksam machen (LIZ Bonn, 2017c). Eine weitere kurzfristige Besetzung wurde am 28.07.2017 von zwei Besetzer\*innen durchgeführt. Unterstützend waren weitere feiernde Aktivist\*innen vor dem Gebäude anwesend. Die Besetzung wurde erneut nach wenigen Stunden von der Polizei geräumt. Die sich im Haus befindlichen Besetzer\*innen wurden vorläufig in Gewahrsam genommen, die Unterstützer\*innen erhielten Platzverweise für die gesamte Innenstadt (LIZ Bonn, 2017d). Um die Wut über die von den Besetzer\*innen als äußerst brutal empfundene Räumung zum Ausdruck zu bringen und auf den fehlenden kulturellen Freiraum aufmerksam zu machen, demonstrierten am 30.09.2017 noch einmal Aktivist\*innen des LIZ durch die Bonner Innenstadt (LIZ Bonn, 2017e). Am 15.10.2017 verabschiedeten sich die Aktivist\*innen des Libertären Zentrums im Internet von ihren Unterstützer\*innen und beendeten dadurch ihren eigenen Kampf für ein Libertäres Zentrum in Bonn (LIZ Bonn, 2017f).

#### **5.4 Elster Köln**

Das im Besitz der Deutschen Bahn befindliche Haus der Vogelsanger Straße 230 in Köln wurde am 19.07.2019 von über 100 Aktivist\*innen besetzt. Die Aktivist\*innen taufte das Haus auf den Namen Elster. Zuvor stand es über mehrere Jahre leer (Redaktion Kölner Stadtanzeiger, 2019), zuletzt gemeldet war dort eine Person im Jahr 2015 (Reker, 2020). An dieser Besetzung beteiligt waren „Unterstützer\*innen von Kölner Wagenplätzen, Assata im Hof [...], des Autonomen Zentrums Köln [...], der Frauen der 1006 [...], der Sozialistischen

Selbsthilfe Mülheim [...] und anderer emanzipatorischer Projekte für Wohn- und Freiräume“ (Elster Köln, 2019a). Die Besetzer\*innen wehrten sich gegen Verdrängung von Freiräumen an den Stadtrand. Als Beispiele wurden unter anderem der Kölner Bauwagenplatz „Wem gehört die Welt“, der seit 30 Jahren besteht und verkauft werden soll, und das Autonome Zentrum, das einem Grüngürtel weichen soll, genannt (Elster Köln, 2019b). Aus Sicht der Besetzer\*innen benötigte die Stadt mehr Freiräume. Sie sahen den weiteren Ausbau der Stadt mit Luxusimmobilien kritisch und forderten mehr bezahlbaren Wohnraum. Auf die Stadt wollten sie zur Erreichung ihrer Forderungen nicht länger vertrauen. Sie sahen die steigende Zahl von Obdachlosen, allem voran Frauen, und fühlten sich im Stich gelassen. Mit der Besetzung wollten sie einen praktischen Beitrag zur Schaffung von Wohnraum und zur weiteren Schaffung von Freiräumen leisten (Elster Köln, 2019a).

Die Wohnungen sollten von Frauen, Lesben, inter\*-, nicht-binären und trans\*personen (FLINT\*) bezogen werden. Bereits am ersten Wochenende bezogen die Frauen der 1006, eine Gruppe obdachloser Frauen, die bereits vier gescheiterte Besetzungen durchgemacht hatte, Wohnungen in dem Haus. Dazu soll in weiteren Räumlichkeiten ein feministisches Beratungszentrum entstehen (Rösgen, 2019). Den beiden Initiativen Agisra e.V., einer Beratungsstelle für von Rassismus betroffenen Frauen, und Assata im Hof, einem FLINT\*-Raum, wurde angeboten die Räumlichkeiten für ihre Zwecke zu nutzen, falls sie die bereits gekündigten bisherigen Räume nicht retten könnten (Elster Köln, 2019c).

Am ersten Wochenende fanden bereits zahlreiche Veranstaltungen in dem Haus statt. Die Polizei war zwar vor Ort, hielt sich aber vorerst zurück (Redaktion Kölner Stadtanzeiger, 2019).

Erste Gespräche zwischen Besetzer\*innen und dem Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln fanden am Dienstag 23.07.2019 statt. In diesem Gespräch erreichten die Besetzer\*innen die Teilnahme des Amtes an möglichen Verhandlungen mit der Deutschen Bahn, der Eigentümerin des Gebäudes. Die Deutsche Bahn ließ ein Verkaufsinteresse verkünden (Elster Köln, 2019d). Verhandlungen mit den Besetzer\*innen könnten allerdings erst stattfinden, wenn diese das Haus verlassen hätten. Dies wurde von den Besetzer\*innen abgelehnt. Der Verbleib im Haus schien ihnen die einzige Grundlage überhaupt mit der Deutsche Bahn in Verhandlung treten zu können. Sie wären dazu bereit gewesen mögliche Haftungen zu übernehmen, um dieses Argument von Seiten der Deutschen Bahn von vornherein zu entkräften. Auch ein Veranstaltungsstopp wurde von Seiten der Besetzer\*innen vorgeschlagen, um die Gespräche mit der Deutschen Bahn zu starten (Elster Köln, 2019e). Die Nutzung des Hauses als Wohnraum sei laut der Deutschen Bahn allerdings nicht möglich.

In der Nähe befindliche Stromleitungen wären nicht weit genug von dem Haus entfernt und der Brandschutz könne nicht eingehalten werden (ris, 2019). Die Besetzer\*innen ließen den Zustand des Hauses von zwei Architekt\*innen überprüfen. Diese kamen zu dem Schluss, dass das Haus zwar viele Reparaturen benötige, aber nicht baufällig sei (Elster Köln, 2019f). Als Rechtfertigung für den Strafantrag, den die Deutsche Bahn gegen die Besetzer\*innen eingereicht hatte, wurde vor allem auf die Unbewohnbarkeit der Häuser verwiesen. Nach Angaben der Deutschen Bahn sei ein Abriss des Hauses nach einem Verkauf eine realistische Option (Redaktion report-K, 2019a). Dies sahen die Besetzer\*innen als vorgeschobene Argumente. Sie erklärten, dass es den Anschein hat, dass „[d]ie Nähe zu den Oberleitungen [...] den Häuserbau auf der anderen Straßenseite der Vogelsanger Str. auch keines Falls“ (Elster Köln, 2019g) beschränkte.

Von einem ersten unangenehmen Besuch durch die Polizei berichteten die Besetzer\*innen am 26.07.2019. Nach Aussagen der Besetzer\*innen wollten zwei Polizist\*innen morgens das Haus betreten. Dies wurde von den Besetzer\*innen unterbunden. Daraufhin drohte einer der Beamten mit dem erneuten Erscheinen, in dem Falle allerdings mit der Waffe in der Hand. Bei dem Versuch der telefonischen Klärung des Vorfalls verteidigte der Polizist sein Verhalten als Witz (Elster Köln, 2019h). Einen Tag später fuhr die Polizei erneut vor dem Haus vor. Hierbei gelang es ihnen sich Zugang zu den Räumlichkeiten der Vogelsanger Straße 230 zu verschaffen. Im Haus nahmen sie Personalien einiger der sich im Haus befindlichen Personen auf.

Die Besetzer\*innen setzten trotz der ungewissen Zukunft ihre Planungen für das Haus fort und arbeiteten ein Nutzungskonzept für ein queer-feministisches Zentrum aus. Die Räumlichkeiten sollten unterschiedlichen Initiativen für ihre politische, kulturelle oder soziale Arbeit offenstehen. Zusätzlich sollte noch eine Beratungsstelle ihre Arbeit im Haus aufnehmen und in weiteren Räumlichkeiten sollten Frei- und Schutzräume entstehen (Elster Köln, 2019i).

Um feste Ansprechpartner\*innen von der Deutschen Bahn für Gespräche an die Seite gestellt zu bekommen, gingen die Besetzer\*innen erneut in die Offensive. Am 30.07.2019 suchten die Besetzer\*innen die Bürogebäude der Deutschen Bahn Immobilien auf. Es kam zu einem Gespräch mit der ihnen zugewiesenen Leiterin der Region West Deutsche Bahn Immobilien, Frau Windischmann. Dieses Gespräch wurde nach kurzer Zeit durch die von Frau Windischmann gerufene Polizei unterbrochen. Die Leiterin orderte die Besetzer\*innen mit dem Hinweis, dass keine Verhandlungen stattfinden werden, solange das Haus besetzt sei, aus dem Gebäude (Elster Köln, 2019j).

Trotz aller Versuche der Besetzer\*innen in Verhandlungen mit der Deutschen Bahn und der Stadt zu treten, vollzog die Polizei die Räumung des Hauses am 31.07.2019 (Redaktion report-K, 2019b). Die Besetzer\*innen, welche die Räumung teilweise durch zivilen Ungehorsam erschweren wollten (Riße, 2019), kritisierten das Vorgehen der Polizei als „äußerst brutal“ (Elster Köln, 2019k). Es sei zu übertriebenen Handlungen bei Festnahmen gekommen (ebd.). Von 20 Personen konnten vor Ort die Personalien festgestellt werden, vier weitere Personen mussten zur Feststellung der Personalien mit auf die Wache kommen (Riße, 2019). Eine weitere Provokation sahen die Besetzer\*innen durch die Begutachtung des Hauses durch Frau Windischmann nach der erfolgten Räumung (Elster Köln, 2019k). Die im Haus lebenden Obdachlosen wurden bei dieser Räumung wieder ihrem Leben auf der Straße ausgesetzt (Selle, 2019). Der Besitz einer obdachlosen Bewohnerin war nach der Räumung verschwunden (Elster Köln, 2019l).

Für den Abend der Räumung kündigten die Besetzer\*innen eine Spontandemonstration an, um ihren Unmut über die Räumung auf die Straße zu bringen. Circa 300 Menschen folgten dem Aufruf, die Demonstration blieb bis auf einen Zwischenfall friedlich (Elster Köln, 2019m). In Redebeiträgen betonten die Besetzer\*innen, dass sie trotz der Räumung nicht verschwunden wären, und dass sie weiter für ihre Räume kämpfen würden (Elster Köln, 2019n).

In den Tagen nach der Räumung wurde das Haus von einer Security-Firma überwacht. Mögliche Verhandlungen wurden, auch nachdem die Bedingung der Deutschen Bahn erfüllt war, dass das Haus leer stehen muss, nicht aufgenommen (Elster Köln, 2019l). Nach Informationen der taz „will [die Deutsche Bahn] das Haus zwar verkaufen, aber nicht an die Besetzer\*innen und ihre Unterstützer\*innen“ (Selle, 2019).

Bis Anfang Oktober 2019 erhielten die Besetzer\*innen erste Vorladungen von der Polizei. Um das weitere Vorgehen der Besetzer\*innen zu koordinieren und die Repression gemeinsam zu verarbeiten fanden erste, juristisch begleitete Informationsveranstaltungen zum Umgang mit der Strafverfolgung statt (Elster Köln, 2019o). Zu Beginn des Jahres 2020 wurden einigen der Besetzer\*innen Strafbefehle zugestellt. Auch diesbezüglich wurde eine gemeinsame juristische Beratung organisiert (Elster Köln, 2020). Zur Deckung der Repressionskosten riefen die Besetzer\*innen Solidaritätsaktionen ins Leben (Elster Köln, 2019p).

Doch trotz der anstehenden Repression setzten die Aktivist\*innen ihren Kampf fort. Am 11.11.2019 besetzten Aktivist\*innen aus dem Umfeld der Elster die ehemalige KiTa auf dem Merheimer Platz 20. Die Forderungen glichen denen der Besetzung der Vogelsanger

Straße 230. Transparente in Bezug auf die vorangegangene Besetzung wurden aus dem Fenster gehängt (Elster Köln, 2019q). Die Räumung des Gebäudes erfolgte noch am selben Nachmittag. Trotz Unterstützung von circa 70 Demonstrant\*innen wurden die neun sich im Haus befindlichen Aktivist\*innen von der Polizei aus dem Gebäude geräumt (jac & ts, 2019).

### 5.5 Zentrale Münster

Im gleichen Zeitraum wie die Elster in Köln wurde auch die Hafestraße 70 in Münster von Aktivist\*innen besetzt. Hierbei handelte es sich ebenfalls um ein im Besitz der Deutschen Bahn befindliches Gebäude am alten Güterbahnhof im Hansaviertel Münsters. Zuletzt wurde das Gebäude als Veranstaltungsort für Konzerte und Kultur durch das Münsteraner Skate-Label Koloss unter dem Namen Zentrale, welchen die Besetzer\*innen übernahmen, genutzt. Die Bahn beendete dieses Mietverhältnis, um das Gebäude einer anderen Nutzung zuzuführen oder einen möglichen Abriss zu ermöglichen. Ein jährlich von der Stadt Münster für Nachwuchsplaner im Bauwesen ausgerichteter Wettbewerb sollte das Areal, auf dem sich auch die Zentrale befand, neu entwerfen. Die Besetzer\*innen stellen sich gegen diese Planungen der Deutschen Bahn und der Stadt Münster. Sie sahen die Interessen der Bewohner\*innen in diesen Planungen nicht berücksichtigt und wollten dem Verlust weiterer Kulturstätten entgegenreten. Sie fürchteten die voranschreitende Gentrifizierung des Viertels und kritisierten die Bebauung der Stadt mit Einkaufszentren und Luxuswohnungen, während bezahlbarer Wohnraum weiter schwindet. In ihren Forderungen formulierten sie die Ziele folgendermaßen:

- „Einbeziehung der Anwohner\*innen in Entscheidungen, die ihr Viertel betreffen
- Mehr Sozialwohnungen, weniger Luxus-Appartements
- Mieten konsequent deckeln“ (Lieselotte, 2019).

Weiterhin stellten sie sich gegen den geplanten Straßenausbau und setzten sich für den Ausbau von Fahrradwegen, die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und weitere Grünflächen ein.

Nach Angaben der Besetzer\*innen besetzten sie das Gebäude am 18.07.2019, polizeilich bekannt war die Besetzung seit dem 19.07.2019. Es kam zu Besuchen durch die Polizei und die Security der Deutschen Bahn, Strafantrag konnte vorerst aber nicht gestellt werden, da die Besitzverhältnisse durch die Deutsche Bahn nicht eindeutig geklärt werden konnten (Große Nobis, 2019). Zu einem späteren Zeitpunkt wurde dann Strafantrag gegen die Besetzer\*innen wegen Hausfriedensbruch gestellt (Redaktion msl24, 2019).

Am 22.07.2019 hielten die Besetzer\*innen eine Kundgebung vor dem besetzten Gebäude ab, zu der um die 100 Unterstützer\*innen kamen (Zentrale Münster, 2019). In Redebeiträgen wurden erneut die Forderungen der Besetzer\*innen für alle Interessierten dargestellt (Zentrale Münster, 2019b). Zur Selbstorganisation und Planung des weiteren Verlaufs der Besetzung hielten die Besetzer\*innen tägliche Plena ab (Zentrale Münster 2019c). Bereits am Samstag, zwei Tage nach der Besetzung, fand die erste Veranstaltung in den Räumlichkeiten der Zentrale statt (Zentrale Münster, 2019d). In den darauffolgenden Tagen stellte die Zentrale ihre Räumlichkeiten für weitere Veranstaltungen und Konzerte zur Verfügung (u.a. Zentrale Münster, 2019e; Zentrale Münster, 2019f). Regelmäßig wurden Bewohner\*innen des Viertels und andere Interessierte zum gemeinsamen Essen zur „Küche für alle“ eingeladen (u.a. Zentrale Münster, 2019; Zentrale Münster, 2019h).

In Kooperation mit der Besetzung der Elster in Köln betonten die Besetzer\*innen in einem Statement vom 27.07.2019 ihre Gemeinsamkeiten und die gegenseitige Unterstützung für die jeweiligen Besetzungen. Sie arbeiteten erneut aus, worin sie die Notwendigkeit ihres Einsatzes für den Erhalt und Aufbau alternativer Freiräume sehen. Die Besetzer\*innen teilten in klaren Worten ihre kämpferische Haltung, nicht nur für den Erhalt der Gebäude, sondern gegen das kapitalistische System als solches, mit:

„Wir fordern außerdem ein Ende der momentanen Zustände, in denen überwiegend weiße, Cis-männliche Investoren über die Wohnungssituation vieler bestimmen und dadurch zusätzliche Diskriminierungs- und Abhängigkeitsstrukturen schaffen. Wir lassen uns nicht vertreiben! Wir haben keinen Bock mehr auf eure patriarchale, rassistische und neoliberale Kackscheiße! Kapitalistische Unterdrückung überwinden!

ZENTRALE BLEIBT!

ELSTER BLEIBT!

GARTENSIA BLEIBT!

Wir bleiben alle! Gentrifickt euch!“ (Elster Köln, 2019r).

Die Räumung der Zentrale fand, ebenso wie die Räumung der Elster, am Morgen des 31.07.2019 statt. Ein Großaufgebot der Polizei begleitete die vier im Haus angetroffenen Besetzer\*innen ohne Widerstand aus dem Haus. Gegen diese vier Personen leitete die Polizei ein Strafverfahren wegen Hausfriedensbruch ein. Der Abend der Räumung wurde mit einer Solidaritätskundgebung vor der Zentrale beendet (Redaktion msl24, 2019). Solidarität erfuhren die Besetzer\*innen nicht nur bei der Kundgebung. Auch verschiedene Parteien, wie zum Beispiel die Grünen (Grüne Münster, 2019) oder die linksjugend (linksjugend [solid] NRW, 2019) solidarisierten sich mit der Besetzung. Weitere Unterstützung erfuhren die Besetzer\*innen von der Recht auf Stadt-Initiative „Bahnstadt-Süd“. In dieser schlossen sich

verschiedene Gruppen, Parteien, Vereine und Kulturschaffende zusammen um die Forderungen der Besetzer\*innen weiter zu verfolgen. In einem offenen Brief an die Stadt Münster und an die Deutsche Bahn forderten sie am 01.08.2019 ebenfalls die Einbeziehung der Anwohner\*innen in die Planung des alten Güterbahnhofs, den Erhalt und die Weiternutzung der Gebäude durch die dort angesiedelten Geschäfte und Initiativen sowie die Einstellung der Strafverfolgung gegen die Besetzer\*innen (Initiative Bahnstadt Süd, 2019).

## **6. Fazit**

Ziel dieser Arbeit war es Anhand von Beispielen eine Vergleichbarkeit historischer und aktueller Hausbesetzungen geben zu können.

Wie anhand der geschichtlichen Beispiele zu erkennen ist, gab es immer wieder Bedingungen, die zu einem Erstarken der Hausbesetzer\*innenszene führten. Der geplante Verfall von Wohnraum bei gleichzeitig fehlendem bezahlbarem Wohnraum im Frankfurter Westend, massenhafter Leerstand und die Verhinderungen von Besetzungen sowie ein hartes Einschreiten der Polizei gegen Besetzer\*innen in Westberlin Anfang der 80er Jahre sowie die quasi rechtsfreien Räume während der Wendezeit in Ostberlin. Gemeinsam war diesen unterschiedlichen Besetzungen zu verschiedenen Zeiten eine anfängliche Akzeptanz oder Duldung. Diese wich in der Regel einem harten Durchgreifen gegen diese Art der politischen Partizipation. Häufig wurden Hausbesetzungen und die teilhabenden Aktivist\*innen kriminalisiert. Für Politiker\*innen war es schwierig eine Entscheidung über eine geeignete Intervention zu treffen. Eine Fehlentscheidung barg das Risiko sich bei vielen Sympathisant\*innen und Wähler\*innen unbeliebt zu machen. Dies konnte sich im Wahlkampf negativ auf das Wahlergebnis auswirken. Zusätzlich standen sie unter Druck, da eine militante Verteidigung der besetzten Häuser ein oftmals eingesetztes und viel diskutiertes Mittel war, dass zu weiterer negativen Presse und Stimmen aus der Bevölkerung nicht nur gegen die Besetzer\*innen sondern auch gegen die agierenden Politiker\*innen führte. Die Androhung und Herbeiführung hoher Sachschäden sowie das oftmals unkalkulierbare Gesundheitsrisiko für Polizei und Besetzer\*innen bei Räumung von Häusern führten in mehreren Fällen zu einem Überdenken der Strategie bei Politiker\*innen.

Die Probleme, die zu vielen der früheren Besetzungen geführt haben, sind heute nach wie vor aktuell und somit auch Bedingungen, die zu einem erneuten Aufkeimen der Hausbesetzer\*innenbewegung führen könnten. Bezahlbarer Wohnraum wird vor allem in den Zentren von Großstädten immer knapper, Gentrifizierung ist in vielen Städten und Stadtteilen schon in ihrer letzten Phase und sozial schwächer gestellte Menschen werden immer weiter an

den Stadtrand verdrängt. Auch der Wunsch nach Autonomie und alternativen Wohnräumen, die unabhängig von vorgegebenen Herrschafts- und Machtverhältnissen bewohnt werden können, besteht weiter.

Auch in der heutigen Zeit können Hausbesetzungen noch als Mittel dienen, um auf die unsoziale Stadtentwicklung aufmerksam zu machen. Durch Kooperation mit anderen Bündnissen und Initiativen besteht für Besetzer\*innen weiterhin die Möglichkeit Druck auf Politiker\*innen und Investor\*innen auszuüben und einer breiteren Öffentlichkeit die Problematik anschaulich im Stadtbild vor Augen zu führen. Dies wird die Verdrängungsprozesse nicht aufhalten, doch im Zusammenspiel mit anderen Ansätzen, zum Beispiel dem Kauf von Häusern durch das Mietshäusersyndikat (vgl. Mietshäusersyndikat, ohne Datum) und dem dadurch stattfindenden Entzug von Wohnraum aus der kapitalistischen Verwertungslogik, können Verdrängungsprozesse zumindest verlangsamt werden.

Ein Problem dem sich Hausbesetzungen ausgesetzt sahen und sehen, ist die Vereinnahmung für staatliche oder kapitalistische Interessen. So war zum Beispiel das Gängeviertel mit der Problematik konfrontiert, ungewollt als Aushängeschild für die Stadt Hamburg als Künstlerstadt zu dienen. Auch können Besetzungen in bis dahin weniger attraktiven Städten oder Stadtteilen Gentrifizierungsprozesse schneller vorantreiben.

Die Darstellung der Besetzungen in den Medien spielte immer wieder eine große Rolle. Die bereits in den 80ern von den Medien und Politiker\*innen vorangetriebene Einteilung und Trennung von Besetzer\*innen und Besetzungen in „gut“ und „schlecht“ führte bereits während der ersten Hochphase in Westberlin zu Spaltungen, Zerwürfnissen sowie Schwächung der Szene. „Gute“ Besetzer\*innen waren die Instandbesetzer\*innen, die Wohnungen sanierten und zu Verhandlungen bereit waren. Sie forderten eine politische Lösung für das Wohnungsnotproblem. „Schlechte“ Besetzer\*innen waren nicht an Verhandlungen mit dem ihnen verhassten Staat interessiert. Ihnen ging es primär um das Zusammenleben in politischen Zusammenhängen und den Kampf gegen das kapitalistische System.

Auch heute findet in der medialen Darstellung von Hausbesetzungen und Hausbesetzer\*innen eine Aufteilung in „gut“ und „schlecht“ statt. Besetzer\*innen die auf aktuelle Verdrängungsproblematiken, die Zerstörung von Wohnraum oder das Verschwinden von Kultur aus einem Stadtteil aufmerksam machen - als Beispiel hierfür kann das Hamburger Gängeviertel dienen - werden in den Medien überwiegend positiv dargestellt. Demgegenüber werden unter anderem Besetzer\*innen und Sympathisant\*innen, die bei militanten

Demonstrationen anwesend sind und Militanz als Druckmittel gegen die Räumung und das kapitalistische System befürworten, klar negativ dargestellt.

Ich denke, dass eine weitere Schwächung der Szene durch interne Streitigkeiten aufgrund der unterschiedlichen Haltung zum Thema Militanz und der unterschiedlichen Methoden zur Erreichung von Zielen vermieden werden sollte. Eine Koexistenz von friedlichen und militanten Ansätzen zur Erreichung von Zielen und Forderungen ist wünschenswert.

Ein weiterer Aspekt, der immer wieder in den gezeigten Beispielen auftaucht, ist die Unterstützung prominenter Befürworter. Das Einholen externer Unterstützung bekannter Persönlichkeiten kann, wie in den Beispielen Hafensstraße Hamburg oder Gängeviertel Hamburg gezeigt, zum Erfolg von Besetzungen beitragen. Bei dem Beispiel Hafensstraße boten sich die bekannten Hamburger Persönlichkeiten als Vermittler zwischen der Stadt und den Besetzer\*innen an, was den Besetzer\*innen ein Sprachrohr verschaffte, dass in der Lage war politischen Druck auszuüben. Im Beispiel Gängeviertel wurde immer wieder auf den bekannten Hamburger Künstler Daniel Richter als Schirmherr und Aushängeschild der Besetzung verwiesen, was zu der durchgängig positiven Berichterstattung und der positiven Aufnahme der Besetzung in der Öffentlichkeit beitrug.

Meiner Meinung nach kann die konsequente Umsetzung des Rechtes auf Wohnen in Eigeninitiative, ohne auf den Staat zu warten oder zu vertrauen, als einen weiteren positiven Aspekt von Hausbesetzungen darstellen. Die Unterbringung Obdachloser in besetzten Häusern, wie im Beispiel Zülpicher Straße 290 in Köln oder Elster Köln beschrieben, ist in meinen Augen die effektive Realisierung des Menschenrechts auf Wohnen.

In Zukunft bedarf es weiterer Beobachtungen, um die Bedingungen und Vorgehensweisen herauszufinden, die auch heutzutage zu erfolgreichen Besetzungen und der Erfüllung der Forderungen der Besetzer\*innen führen können. Die Besetzungen des Gängeviertels Hamburg und der Zülpicher Straße 290 in Köln haben gezeigt, dass Besetzungen auch heutzutage weiterhin ein produktives Mittel sein können, politische Forderungen durchzusetzen. Zwar gibt es aktuell, genau wie historisch, viele Rückschläge und Kriminalisierungsversuche doch eine aktive und gut vernetzte Besetzer\*innenszene besitzt weiterhin die Möglichkeit effektiv Einfluss auf die Stadtentwicklung zu nehmen.

## Literaturverzeichnis

- AG Grauwacke (2003). *Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren*. Berlin: Assoziation A.
- Altrock, U. & Schubert, D. (2004a): Einführung (9-22). In: Altrock, U. & Schubert, D. (Hrsg.). *Wachsende Stadt. Leitbild – Utopie – Vision?*. Wiesbaden: Springer.
- amantine (2011). *Gender und Häuserkampf*. Münster: Unrast.
- amantine (2012). »Die Häuser denen, die drin wohnen!«: *Kleine Geschichte der Häuserkämpfe in Deutschland*. Münster: Unrast.
- Arndt, S., Bialas, S., Friedrich, G., Friemel, B., Gruner, C., Kowalczyk, I.-S., Miller, L., Rieger, F., Thiele, M. & Ziesche, M. (1992a). „Liebe – Luxus – Anarchie“. Ein Spaziergang. In Arndt, S., Bialas, S., Friedrich, G., Friemel, B., Gruner, C., Kowalczyk, I.-S., Miller, L., Rieger, F., Thiele, M. & Ziesche, M., *Berlin Mainzer Straße. Wohnen ist wichtiger als das Gesetz* (S. 43-55). Berlin: Basisdruck Verlag GmbH.
- Arndt, S., Bialas, S., Friedrich, G., Friemel, B., Gruner, C., Kowalczyk, I.-S., Miller, L., Rieger, F., Thiele, M. & Ziesche, M. (1992b). „Was ist denn heute in der Mainzer los?“ Interviews mit Anwohnern und Beobachtern. In Arndt, S., Bialas, S., Friedrich, G., Friemel, B., Gruner, C., Kowalczyk, I.-S., Miller, L., Rieger, F., Thiele, M. & Ziesche, M., *Berlin Mainzer Straße. Wohnen ist wichtiger als das Gesetz* (S. 141-159). Berlin: Basisdruck Verlag GmbH.
- Arndt, S., Bialas, S., Friedrich, G., Friemel, B., Gruner, C., Kowalczyk, I.-S., Miller, L., Rieger, F., Thiele, M. & Ziesche, M. (1992c). 12. bis 14. November 1990. Chronologie der Räumung besetzter Häuser in Berlin. In Arndt, S., Bialas, S., Friedrich, G., Friemel, B., Gruner, C., Kowalczyk, I.-S., Miller, L., Rieger, F., Thiele, M. & Ziesche, M., *Berlin Mainzer Straße. Wohnen ist wichtiger als das Gesetz* (S. 9-29). Berlin: Basisdruck Verlag GmbH.
- BAG Wohnungslosenhilfe e. V. (2018). *Zahl der Wohnungslosen. Wohnungslosigkeit: Kein Ende in Sicht.* Verfügbar unter: [https://www.bagw.de/de/themen/zahl\\_der\\_wohnungslosen/index.html](https://www.bagw.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen/index.html) [Zugriff am 06.07.2020].
- Bähr, J. & Jürgens, U. (2005). *Das geografische Seminar: Stadtgeographie II. Regionale Stadtgeographie*. (2. neubearbeitete Aufl.). Braunschweig: Westermann Schulbuch.
- Becker, M. (2014). *Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit*. Stuttgart: Kohlhammer.

- Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (2019). *Senat beschließt Erbbaurechtsvertrag für Gängeviertel*. Verfügbar unter: <https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/12732340/2019-06-25-bsw-erbbaurechtsvertrag-gaengeviertel/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Berner, L., Holm, A. & Jensen, I. (2017). *Zwangsräumungen und die Krise des Hilfesystems. Eine Fallstudie in Berlin*. Berlin: Humboldt Universität.
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße (2015a). *11.12. um 18 Uhr erneute Besetzung durch Wohnungslose und Unterstützer\*innen*. Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2015/12/11/11-12-um-1800-uhr-erneute-besetzung-durch-wohnungslose-und-unterstuetzerinnen/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße (2015b). *Solierklärung mit den Besetzungen in Göttingen, Frankfurt, Bremen, Utrecht, im Hambacher Forst und allen Kämpfenden für menschwürdige Lebensbedingungen und Wohnraum für Alle*. Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2015/12/14/solierklaerung-mit-den-besetzungen-in-goettingen-frankfurt-bremen-ultrecht-im-hambacher-forst-und-allen-kaempfenden-fuer-menschwuerdige-lebensbedingungen-und-wohnraum-fuer-alle/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße (2015c). *Zülpicher Str 290 noch immer besetzt. Weitere Verhandlungen am Montag?*. Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2015/12/12/zuelpicher-str-290-noch-immer-besetzt-weitere-verhandlungen-am-montag/> [Zugriff am 06.07.2020]
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße (2015d) *PE Zülpicher 290. Erste Verständigung zwischen Besetzer\*innen, Wohnungsamt und Verwalter*. Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2015/12/14/pe-zuelpicher-290-erste-verstaendigung-zwischen-besetzerinnen-wohnungsamt-und-verwalter/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße (2015e). *Tag X*. Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2015/12/17/205/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße (2015f). *PE Zülpicher 290: Dieses Jahr keine Räumung der Zülpicher Str. 290*. Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2015/12/18/pe-zuelpicher-290-dieses-jahr-keine-raeumung-der-zuelpicher-str-290/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße (2015g). *Zülpicher Str. 290/Joseph-Stelzmann Strasse 2a seit 14 Tagen besetzt – Instandbesetzung nach jahrelangem Leerstand*. Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2015/12/26/zuelpicher-strasse-290joseph->

- stelzmann-strasse-2a-seit-14-tagen-besetzt-instandsetzung-nach-jahrelangem-leerstand/ [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße (2015h). *Neues von der Besetzung Zülpicher Str. 290 – Dieses Jahr keine Räumung.* Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/files/2015/12/Nachbarschaftsinfo3.pdf> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße (2016a). *Nachbarschaftsinfo Nr.4 – Still loving Entrümpelung.* Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2016/01/14/nachbarschafts-info-nr-4-still-loving-entruempelung/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße (2016b). *Nachbarschaftsinfo Nr. 3: Gespräche mit der Stadt am 05.01.2016.* Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2016/01/05/nachbarschaftsinfo-nr-3-gespraechе-mit-der-stadt-am-05-01-2016/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße (2016c). *PM: Hausverwalter wieder gesprächsbereit.* Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2016/01/14/pm-hausverwalter-wieder-gespraechsbereit/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße 290 (2016d). *Hausverwalter setzt Ultimatum bis 11.02 und kündigt Strafantrag an.* Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2016/02/10/hausverwalter-setzt-ultimatum-bis-11-02-und-kuendigt-strafrantrag-an/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße 290 (2016e). *Einladung zum Treffen – Langfristige Perspektiven in der Zülpicher 290.* Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2016/02/18/einladung-zum-treffen-langfristige-perspektiven-in-der-zuelpicher-290/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße 290 (2016f). *PE Zülpi290 – Verhandlungen trotz Strafantrag wieder aufgenommen.* Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2016/03/01/pe-hausbesetzung-zuelpi290-verhandlungen-trotz-strafrantrag-wieder-aufgenommen/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße 290 (2016g). *PE: Hausbesetzer\*innen erreichen dauerhafte Lösung für günstiges Wohnen in der Zülpicher Str 290/Joseph-Stelzmann Str 2a.* Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2016/06/28/pe-hausbesetzerinnen-erreichen-dauerhafte-loesung-fuer-guenstiges-wohnen-in-der-zuelpicher-str-290joseph-stelzmann-str-2a/> [Zugriff am 06.07.2020].

- Besetzer\*innen Zülpicher Straße 290 (2016h). *PE: Hausbesetzung Zülpicher Str. nach Vertragsunterzeichnung aufgelöst – Repression gegen Besetzer\*innen*. Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2016/07/12/pe-hausbesetzung-zuelpicher-str-nach-vertragsunterzeichnung-aufgeloesst-repression-gegen-besetzerinnen/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Besetzer\*innen Zülpicher Straße 290 (2016i). *Warum geht die Sanierung der Zülpicherstr. 290 nicht voran? Was ist da los?*. Verfügbar unter: <https://karti14.noblogs.org/post/2016/12/12/warum-geht-die-sanierung-der-zuelpicherstr-290-nicht-voran-was-ist-da-los/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Bewohner\*innen Kiefernstraße (ohne Datum a). *Besetzungszeit – Die wilden 80er*. Verfügbar unter: <https://kiefern.org/besetzungszeit-die-80er/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Bewohner\*innen Kiefernstraße (ohne Datum b). *Die Kiefern – Heute*. Verfügbar unter: <https://kiefern.org/kiefern-heute/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Brook, L. (2013). *Die Hausbesetzer von der Kiefernstraße*. Verfügbar unter: [https://rp-online.de/panorama/wissen/die-hausbesetzer-von-der-kiefernstrasse\\_aid-14716159](https://rp-online.de/panorama/wissen/die-hausbesetzer-von-der-kiefernstrasse_aid-14716159) [Zugriff am 06.07.2020].
- Deutscher Bundestag (2017a). *Aufnahme sozialer Grundrechte in das Grundgesetz*. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw03-de-soziale-grundrechte-487088> [Zugriff am 06.07.2020].
- Deutscher Bundestag (2017b). *Gesetzentwurf der Abgeordneten Azize Tank, Katja Kipping, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, Annette Groth, Inge Höger, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Birgit Wöllert, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes. (Aufnahme sozialer Grundrechte in das Grundgesetz)*. Verfügbar unter: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/108/1810860.pdf> [Zugriff am 06.07.2020].
- Deutscher Bundestag (2017c). *Keine Grundgesetzänderung zu sozialen Grundrechten*. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw20-de-soziale-grundrechte-505078> [Zugriff am 06.07.2020].
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2019). *Wer Inklusion will, sucht Wege. Zehn Jahre UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland*. Verfügbar unter: [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/ANALYSE/Wer\\_Inklusion\\_will\\_sucht\\_Wege\\_Zehn\\_Jahre\\_UN\\_BRK\\_in\\_Deutschland.pdf#page=16](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Wer_Inklusion_will_sucht_Wege_Zehn_Jahre_UN_BRK_in_Deutschland.pdf#page=16) [Zugriff am 06.07.2020].

- Direkte Aktion Wohnungsnot e.V. (1986). *Kiefernstraße 1-37 Dokumentation*. Verfügbar unter: [https://www.mao-projekt.de/BRD/NRW/DUE/Duesseldorf\\_Hausbesetzung\\_Kiefernstrasse.shtml](https://www.mao-projekt.de/BRD/NRW/DUE/Duesseldorf_Hausbesetzung_Kiefernstrasse.shtml) [Zugriff am 06.07.2020].
- dm (2019). Sülz verändert sich – Es wird viel gebaut. *INSülz & klettenberg*, 13 (2), 18-22.
- Doku-Gruppe vom Mehringhof (1981). *Dokumentationen zu den Hausbesetzerprozessen*. Berlin: Ohne Angabe.
- Donsbach, H. (2012). Von alten Steinen und neuen Wünschen. In Gängeviertel e.V. (Hrsg.), *Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel* (S. 55-75). Berlin & Hamburg: Assoziation A.
- dpa (2009). *Künstler besetzen Hamburger Gängeviertel*. Verfügbar unter: <https://www.bild.de/regional/hamburg/kuenstler-besetzen-hamburger-gaengeviertel-9489562.bild.html> [Zugriff am 06.07.2020].
- eic & hsr (2016). *Streit um besetztes Haus an der Zülpicher Straße*. Verfügbar unter: <https://www.ksta.de/koeln/--sote-verwalter-stellt-straftanzeige-23551424> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019a). *PM: Haus in Köln-Ehrenfeld besetzt*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/19/pm-haus-in-koeln-ehrenfeld-besetzt/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019b). *Statement: Wir haben Besetzungsbedarf*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/19/statement-wir-haben-besetzungsbedarf/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019c). *PM: Elster/Besetzung Vogelsanger Str. 230*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/21/pm-elster-besetzung-vogelsanger-str-230/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019d). *PM: Gespräch mit Amt für Wohnungswesen*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/23/pm-update-zur-elster-besetzung/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019e). *PM: DB blockiert Verhandlungen*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/24/pm-db-blockiert-verhandlungen/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019f). *PM: Architekt\*innen begutachten Elster*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/25/pm-architektinnen-begutachten-elster/> [Zugriff am 06.07.2020].

- Elster Köln (2019g). *PM: DB stellt Strafantrag gegen Besetzung*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/26/pm-db-stellt-strafantrag-gegen-besetzung/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019h). *PM: Polizei droht mit Waffengewalt*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/26/pm-polizei-droht-mit-waffengewalt/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019i). *PM: Zukunft der Elster wird konkreter*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/29/pm-zukunft-der-elster-wird-konkreter/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019j). *PM: Elster Ausflug zu DB Immobilien*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/30/pm-elster-ausflug-zu-db-immobilien/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019k). *PM: Räumung der Elster!*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/31/pm-raeumung-der-elster/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019l). *PM: Anklage – Elster vs. DB*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/08/08/pm-anklage-elster-vs-db/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019m). *PM: Polizeigewalt bei Demo gegen Räumung*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/08/02/pm-polizeigewalt-bei-demo-gegen-raeumung/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019n). *Der Beste Kampf ist der Kampf ohne Hoffnung*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/08/03/der-beste-kampf-ist-der-kampf-ohne-hoffnung/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019o). *Repression nach der Räumung? – Repression after eviction?*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/10/09/repression-nach-der-raeumung-repression-after- eviction/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2020a). *Strafbefehle flattern ins Haus? Niemand ist allein!*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2020/02/01/strafbefehle-flattern-ins-haus-niemand-ist-allein/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019p). *Soli-Küfa für die Elster*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/10/20/soli-kuefa-fuer-die-elster/> [Zugriff am 06.07.2020].

- Elster Köln (2019q). *PM: Elster besetzt Merheimer Platz 20 in Köln-Nippes*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/11/11/pm-elster-besetzt-merheimer-platz-20-in-koeln-nippes/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Elster Köln (2019r). *PM: Squatter United*. Verfügbar unter: <https://elster230.wordpress.com/2019/07/28/pm-squatters-united/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Ermittlungsausschuss im Mehringhof (1981). *abgeräumt? 8 Häuser geräumt... Klaus-Jürgen Rattay tot*. Berlin: Regenbogen.
- Esch, S. (2019). *Eine Irakerin erzählt vom Glück eine eigene Wohnung zu finden*. Verfügbar unter: <https://www.ksta.de/koeln/lindenthal/fluechtlinge-in-koeln-eine-irakerin-erzaehlt-vom-glueck--eine-eigene-wohnung-zu-finden-32182452> [Zugriff am 06.07.2020].
- Flugblatt (1988). *Demonstration 13.10.1988 17:00 Shadowplatz*. Verfügbar unter: [https://www.mao-projekt.de/BRD/NRW/DUE/Duesseldorf\\_Hausbesetzung\\_Kiefernstrasse.shtml](https://www.mao-projekt.de/BRD/NRW/DUE/Duesseldorf_Hausbesetzung_Kiefernstrasse.shtml) [Zugriff am 06.07.2020].
- Friedrichs, J. (1996). Gentrification: Forschungsstand und methodologische Probleme. In Friedrichs, J. & Kecskes, R. (Hrsg.), *Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse* (S. 13-40). Opladen: Leske + Budrich.
- Friedrichs, J. (2000). Gentrification. In Häußermann, H. (Hrsg.), *Großstadt. Soziologische Stichworte* (2. Aufl., S. 57-66). Opladen: Leske + Budrich.
- Gabriel, R., Sitte, U. & Walter, M. (2012). Scheibchen für Scheibchen. Verhandlungsschronologie bis Status quo. In Gängeviertel e.V. (Hrsg.), *Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel* (S. 93-103). Berlin & Hamburg: Assoziation A.
- Gaebe, W. (2004). *Urbane Räume*. Stuttgart: UTB GmbH.
- Goral, A. (2016). „Zülpi 290“: Räumung oder langfristige Perspektive für günstigen Wohnraum?. Verfügbar unter: <https://www.report-k.de/Koeln-Nachrichten/Koeln-Nachrichten/Zuelpi-290-Raeumung-oder-langfristige-Perspektive-fuer-guenstigen-Wohnraum-54684> [Zugriff am 06.07.2020].
- Gretschel, M. (2009a). *Mit Fantasie gegen den Verfall*. Verfügbar unter: <https://www.abendblatt.de/kultur-live/article108519854/Mit-Fantasie-gegen-den-Verfall.html> [Zugriff am 06.07.2020].

- Gretschel, M. (2009b) *Ein Kampf für kulturelle Identität*. Verfügbar unter: <https://www.abendblatt.de/kultur-live/article107548473/Ein-Kampf-fuer-kulturelle-Identitaet.html> [Zugriff am 06.07.2020].
- Große Nobis, J. (2019). *Münster: Hausbesetzung zwischen den Gleisen*. Verfügbar unter: <https://www.sperre-online.de/muenster-hausbesetzung-zwischen-den-gleisen/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Grüne Münster (2019). *Twitter Status*. Verfügbar unter: [https://twitter.com/GAL\\_Muenster/status/1156715498077327363](https://twitter.com/GAL_Muenster/status/1156715498077327363) [Zugriff am 06.07.2020].
- Herrmann, M., Lenger, H.-J., Reemtsma, J. P. & Roth, K. H. (1987). Chronik der Ereignisse. In Herrmann, M., Lenger, H.-J., Reemtsma, J. P. & Roth, K. H. (Hrsg.), „Hafenstraße“. *Chronik und Analysen eines Konflikts* (S. 129-256). Hamburg: Verlag am Galgenberg.
- Holm, A. (2010). *Wir bleiben Alle! Gentrifizierung - Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung*. Münster: Unrast.
- Häußermann, H., Läßle, D. & Siebel, W. (2008). *Stadtpolitik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Häußermann, H. & Siebel, W. (2004). *Stadtsoziologie. Eine Einführung*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- hsr (2015). *Immobilie an Zülpicher Straße. Verlassenes Haus bleibt vorerst leer*. Verfügbar unter: <https://www.ksta.de/koeln/lindenthal/immobilie-an-zuelpicher-strasse-verlassenes-haus-bleibt-vorerst-leer-993736> [Zugriff am 06.07.2020]
- Initiative Bahnstadt Süd (2019). *Offener Brief*. Verfügbar unter: [https://www.facebook.com/initiativebahnstadtsued/posts/114430799888258?\\_\\_tn\\_\\_=K-R](https://www.facebook.com/initiativebahnstadtsued/posts/114430799888258?__tn__=K-R) [Zugriff am 06.07.2020].
- jac & ts (2019). *Polizei räumt besetztes Haus in Köln-Nippes*. Verfügbar unter: <https://www.ksta.de/koeln/ehemalige-kita-polizei-raeumt-besetztes-haus-in-koeln-nippes-33448784> [Zugriff am 06.07.2020].
- Katzmarik, A. (2016). *Prozess in Köln. Gericht stellt Verfahren gegen Hausbesetzer vom Kartäuserwall ein*. Verfügbar unter <https://www.ksta.de/koeln/prozess-in-koeln-gericht-stellt-verfahren-gegen-hausbesetzer-vom-kartaewerwall-ein-24537686> [Zugriff am 06.07.2020].
- Kowalski, H. & Stillich, S. (2012). Besuch von der älteren Verwandtschaft. Gespräch mit Aktiven aus der Hafenstrasse, der Roten Flora und dem Centro Sociale. In

- Gängeviertel e.V. (Hrsg.), *Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel* (S. 175-184). Berlin & Hamburg: Assoziation A.
- Krätke, S. (1995). *Stadt. Raum. Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie*. Basel, Boston, Berlin: Springer.
- Krennerich, M. (2018). *Ein Recht auf (menschenwürdiges) Wohnen*. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/270880/ein-recht-auf-menschenwuerdiges-wohnen?p=all> [Zugriff am 06.07.2020].
- Kronauer, M. (2018). *Gentrifizierung: Ursachen, Formen und Folgen*. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216871/gentrifizierung-ursachen-formen-und-folgen?p=all> [Zugriff am 06.07.2020].
- Küchenhoff, E., Beer, K. & Bäumer, H. (1982). Hausbesetzer vor Gericht. Neue Tendenzen in der strafrechtlichen Beurteilung von Hausbesetzungen. *Kritische Justiz*, 15 (2), 156-179.
- Lieselotte (2019). *'Zentrale' am alten Güterbahnhof besetzt*. Verfügbar unter: <https://ms-alternativ.de/artikel/zentrale-alten-gueterbahnhof-besetzt> [Zugriff am 06.07.2020].
- linksjugend ['solid] NRW (2019). *Freiräume erkämpfen! Solidarität mit der Besetzung der „Zentrale“ in Münster*. Verfügbar unter: <http://linksjugend-solid-nrw.de/3356/zentrale> [Zugriff am 06.07.2020].
- LIZ Bonn (2016a). *Rebellisch Reisen – Urlaub in Bonn*. Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2016/05/14/rebellisch-reisen-urlaub-in-bonn/> Zugriff am 06.07.2020].
- LIZ Bonn (2016b). *Aufruf zur Tanzdemo am 16.05..* Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2016/05/15/aufruf-zur-tanzdemo-am-16-05/> [Zugriff am 06.07.2020].
- LIZ Bonn (2016c). *Resümee der Tanzdemo am 16.5.16 anlässlich der Hausbesetzung R6*. Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2016/05/17/resuemee-der-tanzdemo-am-16-5-16-anlaesslich-der-hausbesetzung-r6/> [Zugriff am 06.07.2016].
- LIZ Bonn (2016d). *Kommunikation à la SIGNA*. Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2016/06/24/kommunikation-a-la-signa/> [Zugriff am 06.07.2020].
- LIZ Bonn (2016e). *Pressemitteilung vom 20.09..* Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2016/09/21/pressemitteilung-vom-20-09/> [Zugriff am 06.07.2020].

- LIZ Bonn (2016f). *Weiter Einschüchterungsversuche von Signa und Konsorten*. Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2016/11/07/weitere-einschuechterungsversuche-von-signa-und-konsorten/> [Zugriff am 06.07.2020].
- LIZ Bonn (2016g). *Das Fest fällt ins Wasser - immer wieder Ärger mit der Signa*. Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2016/12/23/das-fest-faellt-ins-wasser-immer-wieder-aerger-mit-der-signa/> [Zugriff am 06.07.2020].
- LIZ Bonn (2017a). *Bericht zur Tanzdemo am 13.01*. Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2017/01/23/bericht-zur-tanzdemo-am-13-01/> [Zugriff am 06.07.2020].
- LIZ Bonn (2017b). *Libertäres Zentrum wird geräumt - Wir machen Demo!* Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2017/01/27/libertaeres-zentrum-wird-geraeumt-wir-machen-demo/> [Zugriff am 06.07.2020].
- LIZ Bonn (2017c). *Happy Birthday- Liz feiert Geburtstag*. Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2017/05/11/happy-birthday-liz-feiert-geburtstag/> [Zugriff am 06.07.2020].
- LIZ Bonn (2017d). *Polizei zeigt was sie kann: gewalttätiges Vorgehen gegen Hausbesetzer\*innen und Freund\*innen des LIZ*. Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2017/07/31/polizei-zeigt-was-sie-kann-gewalttaetiges-vorgehen-gegen-hausbesetzerinnen-und-freundinnen-des-liz/> [Zugriff am 06.07.2020].
- LIZ Bonn (2017e). *Aufruf zur Demo am 30.09*. Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2017/09/23/aufruf-zur-demo-am-30-09/> [Zugriff am 06.07.2020].
- LIZ Bonn (2017f). *Gute Nacht*. Verfügbar unter: <http://lizbonn.blogspot.de/2017/10/15/gute-nacht/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Mietshäusersyndikat (ohne Datum). *Der Projektverbund. Das Projekt Sammelsurium*. Verfügbar unter: <https://www.syndikat.org/de/unternehmensverbund/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Mischke, J. (2009). *Hamburg muss endlich umdenken*. Verfügbar unter: <https://www.abendblatt.de/hamburg/article107571723/Hamburg-muss-endlich-umdenken.html> [Zugriff am 06.07.2020].
- Musholt, E.-M. (2009). *Kreative besetzen leere Räume*. Verfügbar unter: <https://taz.de/!5157479/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Ohne Angabe (1981). *Dokumentation Dezember Berlin 1980*. Ohne Angaben.

- Probst, M. (2009). *Höfliche Hausbesetzer*. Verfügbar unter: <https://taz.de/Hamburger-Kuenstler-um-Maler-Richter/!5157276/> [Zugriff am 06.07.2020].
- reba (2009). *Künstler erobern das Gängeviertel*. Verfügbar unter: <https://www.abendblatt.de/hamburg/article108518249/Kuenstler-erobern-das-Gaengeviertel.html> [Zugriff am 06.07.2020].
- Redaktion Kölner Stadtanzeiger (2019). *Aktivisten besetzen Haus in Köln-Ehrenfeld*. Verfügbar unter: <https://www.ksta.de/koeln/ehrenfeld/autonomes-zentrum-aktivisten-besetzen-haus-in-koeln-ehrenfeld-32885836> [Zugriff am 06.07.2020].
- Redaktion msl24 (2019). *Nach Hausbesetzung im Hansaviertel: Initiative „Bahnstadt Süd“ gegründet*. Verfügbar unter: <https://www.msl24.de/muenster/muenster-nach-raeumung-im-hansaviertel-initiative-gegruendet-12847194.html> [Zugriff am 06.07.2020].
- Redaktion report-K (2019a). *Hausbesetzung Vogelsanger Straße 230 – DB sagt: Haus muss sofort abgerissen werden*. Verfügbar unter: <https://www.report-k.de/Koeln-Nachrichten/Koeln-Nachrichten/Hausbesetzung-Vogelsanger-Strasse-230-DB-sagt-Haus-muss-sofort-abgerissen-werden-118609> [Zugriff am 06.07.2020].
- Redaktion report-K (2019b). *Polizei räumt Hausbesetzung in der Vogelsanger Straße 230*. Verfügbar unter: <https://www.report-k.de/Koeln-Nachrichten/Koeln-Nachrichten/Polizei-raeumt-Hausbesetzung-in-der-Vogelsanger-Strasse-230-118670> [Zugriff am 06.07.2020].
- Reker, H. (2020). *Beantwortung einer Anfrage nach §4 der Geschäftsordnung*. Verfügbar unter: <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=758950&type=do&> [Zugriff am 06.07.2020].
- Rekittke, V. & Becker, K. M. (1995). *Politische Aktionen gegen Wohnungsnot und Umstrukturierung und die HausbesetzerInnenbewegung in Düsseldorf von 1972 bis heute*. Verfügbar unter: <http://archiv.squat.net/duesseldorf/Index.html>. [Zugriff am 06.07.2020].
- ris (2019). *Deutsche Bahn erstattet Anzeige gegen unbekannt*. Verfügbar unter: <https://www.ksta.de/koeln/hausbesetzung-in-koeln-ehrenfeld-deutsche-bahn-erstattet-anzeige-gegen-unbekannt-32932286> [Zugriff am 06.07.2020].
- Riße, D. (2019). *Polizei räumt besetztes Haus in Köln-Ehrenfeld*. Verfügbar unter: <https://www.ksta.de/koeln/ehrenfeld/auf-der-vogelsanger-strasse-polizei-raeumt-besetztes-haus-in-koeln-ehrenfeld-32939330> [Zugriff am 06.07.2020].

- Rösger, H. (2019). *Gebäude am Bahndamm in Köln-Ehrenfeld besetzt*. Verfügbar unter: <https://www.ksta.de/koeln/ehrenfeld/traum-vom-feministischen-zentrum-gebäude-am-bahndamm-in-koeln-ehrenfeld-besetzt-32933754> [Zugriff am 06.07.2020].
- Rote Hilfe Ortsgruppe Frankfurt (2013). *Hausbesetzungen und Repression. Ein kleiner Ratgeber für die Praxis*. Verfügbar unter [http://rhffm.blogspot.eu/files/2013/04/hausbesetzungen\\_und\\_repression\\_2v0.pdf](http://rhffm.blogspot.eu/files/2013/04/hausbesetzungen_und_repression_2v0.pdf) [Zugriff am 06.07.2020].
- Rüthers, M. (2018). *Städte im Wandel*. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216894/geschichte-der-stadtentwicklung?p=all> [Zugriff am 06.07.2020].
- Schmitz, M. (2016). *Niederschrift über die 12. Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 07.12.2015, 16:00Uhr bis 18:10Uhr, Bezirksrathaus Lindenthal, Großer Sitzungssaal (7.Etage), Aachener Str. 220, 50931 Köln*. Verfügbar unter: <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=543652&type=do&> [Zugriff am 06.07.2020].
- Schulz, T. (1972). Zum Beispiel Eppsteinerstraße 47. Wohnungskampf, Hausbesetzung, Wohnkollektiv. In Enzensberger, H. M. & Michel, K. M., *Kursbuch 27. Planen Bauen Wohnen* (S. 85-97). Berlin: Kursbuch Verlag.
- Schuller, C., Tampe, F. & Walter, M. (2012). Die Kaschemme in den Keller und zurück in die Welt. Vorgeschichte einer Besetzung. In Gängeviertel e.V. (Hrsg.), *Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel* (S. 36-42). Berlin & Hamburg: Assoziation A.
- Selle, A. (2019). *DB schmeißt Obdachlose Frauen raus*. Verfügbar unter: <https://taz.de/Besetztes-Haus-in-Koeln!/5613994/> [Zugriff am 06.07.2020].
- Stillich, S. (2012). Handy aus, Akkus raus. Der Tag der Besetzung. In Gängeviertel e.V. (Hrsg.), *Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel* (S. 45-52). Berlin & Hamburg: Assoziation A.
- Strubelt, W. (2000). Stadtentwicklung. In Häußermann, H. (Hrsg.), *Großstadt. Soziologische Stichworte* (2. Aufl., S. 222-235). Opladen: Leske + Budrich.
- UN Office of the High Commissioner for Human Rights (2009). *The right to adequate housing*. Verfügbar unter: [https://www.ohchr.org/documents/publications/fs21\\_rev\\_1\\_housing\\_en.pdf](https://www.ohchr.org/documents/publications/fs21_rev_1_housing_en.pdf) [Zugriff am 06.07.2020].

- Waschats, B. (2013). *Sanierung kommt in die Gänge*. Verfügbar unter: [https://www.weserkurier.de/region/niedersachsen\\_artikel,-Sanierung-kommt-in-die-Gaenge-\\_arid,681485.html](https://www.weserkurier.de/region/niedersachsen_artikel,-Sanierung-kommt-in-die-Gaenge-_arid,681485.html) [Zugriff am 06.07.2020].
- Weiland, S. (2013). Integriertes Entwicklungskonzept: Ziele und Maßnahmen. *Fokus Gängeviertel 1* (1), 2. Verfügbar unter: [https://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2014/26353/pdf/Gaengeviertel\\_02.pdf](https://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2014/26353/pdf/Gaengeviertel_02.pdf) [Zugriff am 06.07.2020].
- Wotzlaw, S. (2016). *Stadt mietet neue Flüchtlingsunterkunft in Köln-Sülz*. Verfügbar unter: <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presse/mitteilungen/16605/index.html> [Zugriff am 06.07.2020].
- Zentrale Münster (2019a). *Twitter Status 1*. Verfügbar unter: <https://twitter.com/ZentraleM/status/1153349518064267266> [Zugriff am 06.07.2020].
- Zentrale Münster (2019b). *Twitter Status 2*. Verfügbar unter: <https://twitter.com/ZentraleM/status/1153348056949121026> [Zugriff am 06.07.2020].
- Zentrale Münster (2019c). *Twitter Status 3*. Verfügbar unter: <https://twitter.com/ZentraleM/status/1152145486930948097> [Zugriff am 06.07.2020].
- Zentrale Münster (2019d). *Twitter Status 4*. Verfügbar unter: <https://twitter.com/ZentraleM/status/1152553074512318464> [Zugriff am 06.07.2020].
- Zentrale Münster (2019e). *Twitter Status 5*. Verfügbar unter: <https://twitter.com/ZentraleM/status/1154771308892348416> [Zugriff am 06.07.2020].
- Zentrale Münster (2019f). *Twitter Status 6*. Verfügbar unter: <https://twitter.com/ZentraleM/status/1155037134363004928> [Zugriff am 06.07.2020].
- Zentrale Münster (2019g). *Twitter Status 7*. Verfügbar unter: <https://twitter.com/ZentraleM/status/1153704573330186240> [Zugriff am 06.07.2020].
- Zentrale Münster (2019h). *Twitter Status 8*. Verfügbar unter: <https://twitter.com/ZentraleM/status/1154445769958670336> [Zugriff am 06.07.2020].

## **Anhang**

CD mit dem Inhalt:

1. „Geschichte und Aktualität von Hausbesetzungen in Deutschland“ im Format .pdf
2. Internetquellen gespeichert im Format .pdf

THESIS AM  
FACHBEREICH SOZIAL- UND  
KULTURWISSENSCHAFTEN  
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

### **Persönliche Erklärung**

Hiermit versichere ich, dass ich meine Bachelor-Thesis zum Thema: „Geschichte und Entwicklung von Hausbesetzungen in Deutschland“ selbstständig verfasst und keine anderen Hilfsmittel, als die angegebenen benutzt habe. Alle Stellen, die von Autoren wörtlich oder sinngemäß übernommen sind, habe ich durch Angabe von Quellen als Zitat kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher weder in Teilen noch insgesamt einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht. Ich bin damit einverstanden, dass ein Exemplar meiner Bachelor-Thesis zur Einsicht ausgelegt wird.

--	--

(Ort, Datum)

(Unterschrift / Vor- und Zunamen)

THESIS AM  
FACHBEREICH SOZIAL- UND  
KULTURWISSENSCHAFTEN  
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF